Wie die deutsche Wehrmacht vor 70 Jahren kapitulierte S. 10

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 19 – 9. Mai 2015
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Rest der Geschichte verschüttet: Bundespräsident Gauck gedenkt der Opfer des KZ Bergen-Belsen Bild: laif

Verdruss und Verdacht

70 Jahre Kriegsende: Warum das Gedenken die Deutschen kaum noch erreicht

Das Gedenken an die schweren NS-Verbrechen löst bei vielen Deutschen zunehmend Überdruss aus. Woher rührt diese Abwehrhaltung?

Ende Januar stellten Medienbeobachter entgeistert fest, dass die Deutschen die Flut der TV-Berichte zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz mit einem regelrechten Zuschauerstreik belegt hatten. Die Einschaltquoten sackten überall dort in den Keller, wo Auschwitz Thema war.

Der Grund für den Boykott liegt zum einen im schlichten Überdruss. Die schiere Masse erdrückt. Andererseits mag dem einen oder anderen auch dämmern, dass mit dem Gedenken etwas nicht stimmt.

Es wird behauptet, die Dauerbeschäftigung mit Krieg und NS öffne und schärfe den Blick auf die deutsche Geschichte. In Wahrheit scheint eher das Gegenteil einzutreten. Eine Schülerin kurz vor dem Abitur seufzte einem Journalisten gegenüber unlängst, sie habe den Eindruck, acht Jahre nur NS-Diktatur gelernt zu haben. Der Blick auf die deutsche Geschichte insgesamt wurde durch die Fixierung auf den NS also weder geöffnet noch geschärft, er wurde verschüttet.

> Vehikel für maßlose Forderungen an die Bundesrepublik

Zum Trost wird den Deutschen erzählt, sie genössen hohes Ansehen dafür, dass sie sich, anders als andere Nationen, schonungslos ihren Verbrechen stellten. Stimmt das?

Griechenland stellt maßlose Reparationsforderungen an Deutschland und garniert sie mit gehässigen Attacken. Von ähnlichen Forderungen und Attacken gegenüber den beiden weiteren Besatzungsmächten des Zweiten Weltkriegs, Italien und Bulgarien, hört man nichts. Liegt die Ungleichbehandlung vielleicht daran, dass diese beiden Länder weitaus „schonender" auf ihre Geschichte blicken? Wird die Schonungslosigkeit der Deutschen gegen sich selbst also mit „Ansehen" belohnt, sondern als Vehikel gesehen, um von uns Dinge einzuklagen, die man anderen nie zumuten würde?

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, nannte die Deutschen dieser Tage ein „angebliches Kulturvolk", das „als letztes" das Recht habe, „Flüchtlinge und Verfolgte abzulehnen". Er zog dabei eine direkte Linie von den NS-Verbrechern zur Pegida, die sich ausdrücklich nicht gegen die Aufnahme von Verfolgten richtet, sondern gegen die illegale Zuwanderung Nichtverfolgter und die Ausbreitung eines radikalen Islam in Europa. Schuster fordert also von den Deutschen, dass sie illegale Zuwanderung und radikalen Islam gefällig hinzunehmen haben – wegen des NS.

Nun beobachten die Deutschen auch noch, wie sich die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs darüber in den Haaren liegen, wer das Recht habe, die Ereignisse vor 70 Jahren für seine heutige Politik in Anspruch zu nehmen, und wer nicht. Der Verdacht des „Missbrauchs der Vergangenheit zu gegenwärtigen Zwecken" (Martin Walser 1998) drängt sich hier besonders penetrant auf, da die Form des Missbrauchs auf einmal umstritten ist. *Hans Heckel*

Jan Heitmann: Guter Anfang

Jemand ist „friedlich entschlafen", heißt es, wenn er ohne zu leiden von dieser Welt gegangen ist. Viele jedoch haben dieses Glück nicht und erleben ihre letzte Lebensphase als ein Martyrium. Mancher sehnt sich dann nach aktiver Sterbehilfe. Es gibt viele Argumente, die dafür, aber auch ebenso viele, die dagegen sprechen. Deshalb wird die Debatte so intensiv und bisher ohne das Ergebnis einer gesetzlichen Regelung geführt. Einig sollten sich dagegen alle sein, dass Todkranke die bestmögliche medizinische Betreuung und Pflege erhalten. Das Stichwort ist flächendeckende, professionelle Sterbebegleitung für alle Betroffenen. Wenn sie keine Angst davor haben brauchen, unter Schmerzen sterben zu müssen, wird es ihnen leichter fallen, ihr Schicksal anzunehmen. Dann wird auch der assistierte Freitod nur noch wenigen von ihnen als eine Option erscheinen.

Die Bundesregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Begleitung und Versorgung von schwerkranken und sterbenden Menschen verbessert werden soll. Unter anderem soll es mehr Geld für stationäre und ambulante Hospizdienste geben. Jeder solle laut Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CSU) die Gewissheit haben, wenn es zu Ende geht, nicht allein zu sein und gut versorgt zu werden. Dafür ist das neue Gesetz ein guter Anfang. Nun muss er auch beweisen, dass es ihm in dieser Sache um mehr geht als lediglich darum, Aktivität zu suggerieren, wie es bei manchem Gesetzesvorhaben im Gesundheitsbereich leider der Fall war. Mit der Aufstockung der Mittel für den Ausbau der Palliativversorgung um ein paar Millionen Euro allein ist es nicht getan.

Moskau setzt auf langfristige Strategien

Aufschwung dank Rüstung: Russlands Wirtschaft konnte sich trotz Sanktionen und Ölpreisverfall festigen

Wenn es der Plan des Westens, genauer der USA, gewesen sein sollte, Russlands Wirtschaft durch die Sanktionspolitik zu isolieren und zu schwächen, so scheint dieser gründlich danebenzugehen. In erstaunlich kurzer Zeit ist es dem Land gelungen, die Talfahrt aufzuhalten. Und das liegt nicht nur an der derzeitigen Erholung des Ölpreises.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Bürgern seines Landes versprochen, der Krise zu trotzen, und die guten Umfragewerte zeigen, dass das Volk seinen Schwüren Glauben schenkt. Die aktuelle Entwicklung scheint seine innenpolitische Strategie zu bestätigen. Putin hat die Russen mit Beginn der Krise auf eine Rückbesinnung auf russische Stärken eingeschworen. Dazu gehören einerseits die Leidensfähigkeit des russischen Volkes, andererseits aber auch die Erfolge der Großmacht Sowjetunion, die diese vor allem im militärtechnischen Bereich vorweisen konnte. Wer glaubt, die Russen durch materielle Straen gegen den Kremlherrn aufwiegeln zu können, hat die russische Mentalität unterschätzt.

Als Wladimir Putin 2012 ins Präsidentenamt zurückkehrte, lag eines seiner Hauptaugenmerke auf der Modernisierung der Armee. Sein Vorgänger Dmitrij Medwedjew hatte sich noch gegen eine drastische Erhöhung der Militärausgaben ausgesprochen. Dass Putin aber dort ansetzt, worin die Russen gut sind, nämlich bei der Entwicklung von Rüstungstechnologien und der Raumfahrt, könnte die russische Wirtschaft langfristig aus dem Tief holen (siehe auch Seiten 4 und 8).

> Propaganda in westlichen Medien wird offensichtlich

Denn das Militär ist auch immer ein Kontaktgeber für die zivile Entwicklung. Dank der Aufrüstung wird wieder mehr produziert, was nicht nur positive Auswirkungen für die Binnenmarkt hat, sondern Russland auch für andere interessant macht, die ihre Armeen modernisieren wollen. Der Iran will Russland neue Raketen abkaufen, China ist besonders an der Raumfahrt interessiert.

Statt Russland in die Knie zu zwingen, bewirken die Wirtschaftssanktionen des Westens, dass Putin langfristige Strategien zur Überwindung der Isolation entwickelt. Das Vorankommen der Eurasischen Wirtschaftsunion, eine engere Zusammenarbeit der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), eine Konkurrenz zum IWF, sind deutliche Zeichen einer Abkehr Russlands von bisherigen westlichen Partnern. Zugleich bieten diese Bündnisse Russland die Möglichkeit, den Hegemonieansprüchen der USA Grenzen zu setzen.

Laut „Washington Post" hortet Russland Gold, weil es den Wert und die Stabilität des angeschlagenen Rubel so erhöhen will. Die Russische Föderation hat ihre Goldreserven auf 1238 Tonnen erhöht und ist der fünftgrößte Halter der Welt. Wie China verfolge Russland eine langfristige Strategie, die amerikanischen Schwächen für sich zu nutzen. Die verschwenderischen Ausgaben und die Anfälligkeit des US-Dollar müssten letztlich in einer Katastrophe enden, so die Zeitung.

Der im Westen erwartete Kollaps der russischen Wirtschaft ist dagegen ausgeblieben. Das liegt unter anderem an der niedrigen Verschuldung des Landes von unter 15 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP). In Deutschland sind es mehr als 80 Prozent, in den USA über 100. Das US-Magazin „Forbes" bescheinigt der russischen Wirtschaft einen hohen Restpflichtkeitsgrad trotz Sanktionen: „Die Anfang Winter begonnene Panik in den Reihen der Anleger resultiert aus einer nicht objektiven Berichterstattung westlicher Medien über die Entwicklung in Russland", so das Magazin. Trotz niedriger Ölpreise sei Russland derzeit ein Favorit für Investoren. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Lieber Blini statt Burger

Moskau – Die Brüder Nikita Michalkow und Andrej Kontschalowskij wollen eine nationalrussische Schnellrestaurantkette aufbauen. Für ihr auf inländische Produkte setzendes Unternehmen, das sie „Jedim Doma!“, also in etwa „Lasst uns zuhause essen!“, nennen und das mit 41 Filialen in den Regionen Moskau und Kaluga starten soll, wollen sie knapp 20 Millionen Euro investieren. Als Söhne des Dichters der sowjetischen wie auch der russischen Nationalhymne waren beide Junggastronomen früh patriotisch vorgeprägt, und gerade Michalkow ist als Regisseur vaterländischer Großfilme hervorgetreten. Kulinarisch soll vor allem seine Ehefrau das Unternehmen gestalten, die in Russland als Fernsehköchin bekannt ist. *T.W.W.*

Volksbund mit neuem Leitbild

Kassel – Pünktlich zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen Entwurf für sein neues Leitbild vorgelegt. Darin heißt es unter anderem: „Wir sehen einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen den Kriegen und ihren Folgen mit den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Wir erkennen und benennen den Zweiten Weltkrieg als Angriffs- und rassisch motivierten Vernichtungskrieg, als ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen. Wir beziehen in unser Gedenken an die Toten die Auseinandersetzung mit unserer Verantwortung, mit Ursachen und Folgen der Kriege ein.“ Durch diese Formulierungen sehen sich diejenigen bestätigt, die bei der Wahl des ehemaligen DDR-Außenministers und SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel zu dessen Präsidenten befürchtet hatten, der Volksbund werde sich unter seiner Führung von einer Kriegsgräberorganisation zu einer zeitgeistkonformen volkspädagogischen Bildungseinrichtung entwickeln (siehe *PAZ* 46/2013). *J.H.*

»Kein Asyl ohne Verfolgung«

Köln – Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, fordert, angesichts des starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen aus dem Kosovo und Albanien auch diese Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Wie er gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte, gebe es dort keine systematische Verfolgung „und damit keinen Grund für Asyl“. Die Menschen vom Balkan suchten in Deutschland Arbeit und eine bessere Perspektive, dafür aber sei das Asylverfahren nicht da. Dass Schmidts Forderung Erfolg verspricht, zeigen die Beispiele Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die im vergangenen Jahr zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden waren. Seitdem stagniert die Zahl der Asylbewerber aus diesen Ländern. Zudem fordert Schmidt eine schnelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber aus den Balkanstaaten. Sollte dies nicht funktionieren, müsse man sich überlegen, ob man die Transferleistungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern überdenkt. Seine Behörde gehe davon aus, dass diese Sozialleistungen Asylbewerber aus den Balkanländern anzögen. *J.H.*

Der IS greift nach Afghanistan

Internationale Front der Fanatiker: Talibankämpfer wechseln zum Islamischen Staat

Seit einiger Zeit werden die schwarzen Flaggen des Kalifats Islamischer Staat sogar bei der Konkurrenz, dem Islamischen Emirat Afghanistan, den Taliban, gesichtet.



Nun auch in Afghanistan: IS-Flagge symbolisiert den Siegeszug der Gotteskrieger Bild: Mauritius

Mitte Februar wurde der ehemalige Taliban-Kommandant, der in Guantanamo zum Salafisten mutiert war, Mullah Abdul Rauf Khadim, gemeinsam mit sechs weiteren Personen von einer US-Drohne in der südafghanischen Provinz Helmand getötet. Khadim war jedoch kein Taliban-Kommandant mehr, sondern der Gouverneur des Islamischen Staates (IS) in Afghanistan und sollte im Auftrag des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al Baghdadi dort Männer für den IS rekrutieren. Auch in Afghanistan und Pakistan, dem einstigen Ausgangspunkt des globalen Dschihad, sollen afghanische wie auch pakistanische Extremisten dem IS die Treue geschworen haben und sich von den Taliban getrennt haben. Angeführt wurden sie zunächst von Hafez Said Khan, einer ehemaligen Führungsperson der pakistanischen Taliban, bevor der Afghane Khadim an die Spitze trat. In IS-Kreisen hat man sogar schon einen arabischen Namen für die neue Provinz, „Khorasan“, so hieß das Gebiet um Zentralasien und Afghanistan schon im Koran.

Die beiden Dschihadisten-Gruppierungen unterscheiden sich maßgeblich – sowohl ideologisch als auch in Hinsicht auf ihre politischen Ziele. Während der IS dem salafistisch-wahhabitischen Spektrum zugeordnet werden kann, das sein Zentrum auf der arabischen Halbinsel hat, betrachten sich die Taliban als Anhänger der hanafitischen Rechtsschule des Islams, die in der Rechtsschule von Deoband im indisch-pakistanischen Grenzgebiet ihr Zentrum hat. Vor allem unterscheiden sich die beiden Terrorschulen in ihrem Umgang mit nationalen und religiösen Minderheiten. Während der IS Nichtmuslime und auch islamische Minderheiten wie Schiiten und Alewiten ermordet sowie deren Kultstätten und Moscheen in die Luft jagt, konnten derartige Taten den Taliban nie zugeordnet werden. Pakistan und Afghanistan waren im Gegensatz zur arabischen Halbinsel historisch und kulturell immer Durchzugsgebiete mit vielfältigen religiösen und kulturellen Einflüssen, die sogar die Taliban nicht ganz verleugnen können, auch wenn sie bereits Kulturreste aus der hinduistischen und buddhistischen Phase der Region in Bamyan zerstört haben. Die Taliban operieren ausschließlich in Afghanistan und in Pakistan, wohingegen der IS international agiert und gerade bestehende Grenzen überwinden will.

Der Kalif des Islamischen Staates wie auch der Emir des Islamischen Emirats Afghanistan tragen den Titel „Führer der Gläubigen“ (arabisch: Amir al-Muminin). Einen Führer der Gläubigen, der dazu noch vorgibt, Stellvertreter (Kalif) einer höheren Macht, ganz gleich ob Gott oder seines Gesandten, zu sein, kann es jedoch auch im Islam nur einen einzigen geben. Bereits im letzten Jahr hatte es der IS-Kalif Baghdadi abgelehnt sich einem Schiedsspruch des Al-Kaida-Emirs Zawahiri zu beugen, der von der IS verlangte, die Angriffe gegen die islamistische Al-Nusra-Front in Syrien einzustellen. Auch dort hatte der Kampf der beiden verfeindeten Organisationen bereits Tausende Tote gefordert. Der Kampf zwischen den Anhängern des Kalifen Abu Bakr al Baghdadi und dem Emir Mullah Omar konzentriert sich auf die afghanische Provinz Helmand. Dort haben bereits Kämpfe zwischen beiden Gruppen stattgefunden.

> Taliban und Islamischer Staat unterscheiden sich in Ideologie und politischen Zielen

Auf den Tod ihres Gouverneurs in Afghanistan hat die IS-Führung im syrischen Raqqa bis jetzt noch nicht reagiert. Der Tod von Khadim könnte schon der Anfang vom Ende des IS in seiner neuen Provinz Khorasan sein. Auch liegt zwischen dem Irak und Afghanistan noch der Iran, die schiitische Vormacht der Region. Der Iran hat zwar mit der Revolution der Mullahs 1979 als erstes Land dem extremen Islamismus die Tore geöffnet, aber der später entstandene sunnitische Extremismus ist wesentlich gefährlicher und brutaler als der schiitische, ein Ausgreifen des IS vom Irak nach Afghanistan könnte den Iran, der zwischen beiden Ländern liegt, einkreisen. Das Auftauchen eines afghanischen Ablegers des IS zeigt den Größenwahn des Terrorkalifats. Selbst Al Kaida hat es in seinen stärksten Zeiten nie gewagt, die Vorherrschaft der Taliban in Afghanistan oder Pakistan in Frage zu stellen. Sonst wäre ihr Aufenthalt dort schon längst beendet worden. *Bodo Bost*

»Haltet den Dieb«

Westen wirft Russland Meinungsmanipulation vor

Wegen ihrer Berichterstattung zur Ukraine-Krise in die Kritik geraten, war es für einige etablierte Medien in Deutschland eine willkommene Entlastung, worüber die staatsnahe, französische Nachrichtenagentur AFP unlängst berichtete: In einer Reportage wurde erstmalig einer jener vom Kreml bezahlten „Internet-Trolle“ präsentiert, die verdeckte Stimmung für den Kreml machen sollen. Der Darstellung zufolge gäbe es 800 Euro pro Monat. In einem „grauen Gebäude“ in Sankt Petersburg müssten die Lohnschreiber in Zwölf-Stunden-Schichten in Beiträgen und Kommentaren im Internet die Politik des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin loben und „seine Gegner niedermachen“. Von einer ganzen Reihe hiesiger Medien ist die Geschichte von Putins Internet-Trollen gern aufgegriffen worden. Allzu willkommen war nämlich die scheinbar übermittelte Botschaft: Nicht echte deutsche Leser sind für die Flut kritischer Leserkommentare unter den Ukraine-Artikeln in den vergangenen Monaten verantwortlich, sondern bezahlte Lohnschreiber Putins, so die schon länger verbreitete These einiger führenden Köpfe im deutschen Journalismus, die nun erstmals mit Tatsachen untermauert schien.

Was bei der Darstellung oftmals auf der Strecke blieb, war ein entscheidendes Detail. Der ursprüngliche Bericht hatte sich ganz klar auf Manipulationen in russischen Medien bezogen – nicht auf verdeckte Meinungsmache im Westen.

> Kritiker werden als »Internet-Trolle« diffamiert

Im Westen nämlich scheint die Lage eher umgekehrt zu sein. Erst unlängst berichtete der Informationsdienst „heise online“, dass der britische „Guardian“ und die Schweizer „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) sich als Reaktion auf die zahlreichen „prorussischen“ Leserkommentare zu ihren Artikeln die Mühe gemacht hätten, das Phänomen genauer zu untersuchen und dabei zu dem Resultat gekommen seien, dass „zahlreiche Beiträge, die eher beim Westen als bei Russland die Schuld für die Ukraine-Krise sehen, von langjährigen Kommentatoren stammten“ – nicht von bezahlten Meinungsmachern. Hingegen sind bereits seit Jahren Details über die ganz massive Meinungspflege bekannt, die etwa das israelische Außenministerium oder das US-Pentagon mit Hilfe bezahlter Kommentatoren betreiben. Bereits im Jahr 2009 war nämlich dem damaligen Chef der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) sprichwörtlich der Kragen geplatzt, so dass Einzelheiten über die Medienarbeit des US-Verteidigungsministeriums enthüllt wurden. So soll das Pentagon schon damals mit 27 000 PR-Beratern und mit einem Budget von 4,7 Milliarden Dollar Propaganda betrieben haben – inklusive falscher Online-Identitäten für soziale Netzwerke und Leserkommentare. Auf die damals erhobenen Vorwürfe erwiderte ein Vertreter des Pentagon, dass Formen manipulativer Propaganda nur im Ausland, sprich außerhalb der USA angewendet würden. Diese Rechtfertigung des Pentagon sollte den hiesigen Medienvertretern zu denken geben. *Norman Hanert*

Streit um Czaja

Gedenktafel für Schlesier verweigert

Ein heftiger Streit ist über die Beurteilung von Herbert Czaja entbrannt, insbesondere über sein Verhältnis zum Nationalsozialismus. Auslöser ist die Bitte der Familie des langjährigen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Oberschlesier, Bundestagsabgeordneten und Gründers der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen um eine Gedenktafel an der Fassade des Vaterhauses des gebürtigen Schlesiers in Skotschau aus Anlass seines 100. Geburtstages am 5. November. Auf dieser soll stehen, dass Herbert Czaja im besagten Haus gelebt und dass er sich um die deutsch-polnische Verständigung verdient gemacht habe.

> BdV-Politiker als »Nazi« diffamiert

Politische Brisanz gewinnt der Vorgang dadurch, dass sich einerseits die Deutsche Minderheit in Schlesien den Wunsch der Familie zu eigen gemacht hat und sich andererseits in dem betreffenden Gebäude heute eine Schule im Besitz der Woiwodschaft Schlesien befindet. „Für uns war Herbert Czaja ein Mensch der Versöhnung zwischen den Deutschen und deren östlichen Nachbarn. Außerdem war er ein beispielhafter Politiker“, begründet der Vorsitzende der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft, Marcin Lippa, deren Engagement für die Gedenktafel.

Die polnische Woiwodschaftsverwaltung hat die Bitte jedoch abgelehnt. Unterstützung erfährt die Verwaltung in dieser Entscheidung durch Schlesiens meistgelesene Tageszeitung „Dziennik Zachodni“. Diese hat einen Beitrag von Teresa Semik mit dem Titel „Deutsche wollen in Skotschau den Nazi Herbert Czaja ehren. Wer ist dagegen?“ veröffentlicht. Semik stützt sich in ihrem Versuch, Czaja als Nationalsozialisten dazustellen, auf ein Dokument einer Kommission für Ermittlungen der Verbrechen des Hitlerregimes aus dem Jahr 1973. Mit ihrem ehrverletzenden Vorwurf gegenüber Czaja im Allgemeinen und ihrem Rückgriff auf kommunistische Quellen aus der Ära der Volksrepublik im Besonderen hat Semik sich ihrerseits entschiedener Kritik ausgesetzt. Doch bei der staatlichen Entscheidung gegen die Gedenktafel ist es vorerst geblieben. *Manuel Ruoff*

Zschäpe will angeblich aussagen

Hauptangeklagte im NSU-Prozess scheint unzufrieden mit ihren zum Schweigen ratenden Anwälten

Auf Anraten ihrer Verteidiger verweigerte Beate Zschäpe bislang im Münchner NSU-Prozess die Aussage. Nach rund 200 Verhandlungstagen scheint die 40-jährige Hauptangeklagte in dem Mammutprozess allerdings unzufrieden mit ihrer Verteidigung zu sein und ihr Schweigen brechen zu wollen.

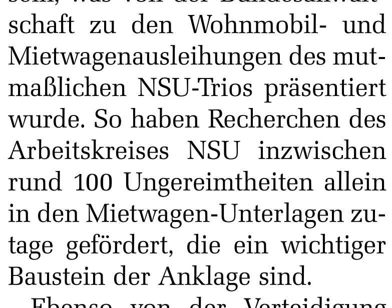
Je länger der Prozess dauert, desto deutlicher wird, wie schwach eigentlich die Anklage aufgestellt ist. Hans-Christian Ströbele (Grüne), selbst Anwalt und Mitglied des NSU-Untersuchungsauschusses des Bundestages, brachte es bereits vor einiger Zeit gegenüber der „taz“ deutlich auf den Punkt: „Für mich sind eine ganze Reihe von Thesen aus der Anklageschrift gegen Beate Zschäpe nicht mehr haltbar.“

Überraschenderweise wird die inzwischen entstandene Lage von der Verteidigung Zschäpes nicht sonderlich offensiv genutzt. Sie hält an der Zschäpe empfohlenen Schweige-Strategie fest. Neben den etablierten Medien wundert sich auch Siegfried Mayr vom Arbeitskreis NSU über das Agieren der Anwälte: „Die Beweismittelfälschung bei der Ermittlungsarbeit der Behörden liegt auf der Hand. Jeder hat die Möglichkeit, das nachzuvollziehen. In manchen Fällen wurde nicht einmal mehr gefälscht, man hat einfach jede Aussagelogik über Bord geworfen. Es gehört zu den verstörendsten Rätseln unserer Zeit, warum die Prozessbeteiligten nicht auf diesen ungeheuren Skandal reagieren. Fünf Minuten Redezeit im Saal würden genügen, um der Bundesanwaltschaft den Kopf zu waschen und den Turm einstürzen zu lassen.“

Ähnlich die Einschätzung des Internetbloggers „Fatalist“, dem von anonymer Seite im letzten Jahr alle 650 NSU-Ermittlungsordner in Kopie zugespielt wurden. Gestützt auf ein mittlerweile profundes Wissen über die Ermittlungsergebnisse hegt der im Ausland lebende Blogger den Verdacht, dass es hinter den Kulissen Absprachen gibt: „Ich gehe nicht davon aus, dass wir da einen völlig normalen Prozess haben, bei dem die Verteidiger mit harten Bandagen kämpfen, um die Anklage aus den Angeln zu heben. Was ja leicht wäre. Es gibt da lauter Elfmeter ohne Torwart.“

Tatsächlich kann der Blogger, der Auszüge aus den Ermittlungsakten regelmäßig unter https://sicherungsblog.wordpress.com im Internet veröffentlicht, diverse Punkte aufzählen, die regelrecht darauf zu warten scheinen, von Verteidigung und Medien zerpflückt zu werden: „Man muss sich zum Beispiel fragen, warum wird etwa der zweite Reisepass von Uwe Böhnhardt verheimlicht. Warum wird nicht behandelt, dass die angebliche Selbstmordwaffe keine Fingerabdrücke hat. Warum wird nicht berichtet, dass DNA-Spuren von Mitarbeitern des LKA Baden-Württemberg an beiden Tatorten (Wohnmobil in Eisenach, Wohnung in Zwickau) vorhanden sind. Sogar auf den Handschließen der ermordeten Polizistin Michele Kiesewetter. Berichtet wird auch nicht, dass in Eisenach und Zwickau Behördenmunition gefunden wurde, die gar nicht vom Heilbronner Polizistenmord stammen kann.“

> Die Angeklagte wollte ihre Pflichtverteidiger schon einmal loswerden



Zu dem angesprochenen zweiten Reisepass von Uwe Böhnhardt äußerte sich der damalige Leiter der Meldebehörde laut den durchgestochenen Ermittlungsakten wie folgt: „Das Fehlen des eingescannten Antrages deute laut seiner Einschätzung darauf hin, dass es sich möglicherweise um ein legendiertes Identitätsdokument handeln könnte“. Das heißt, dass das Vorgehen beim Passantrag von Uwe Böhnhardt im Jahr 1998 nach den Erfahrungen des Meldeamtsleiters dem Prozedere glich, mit dem sich Geheimdienste Identitätspapiere beschaffen.

Für jede Verteidigung ein gefundenes Fressen sollte ebenso sein, was von der Bundesanwaltschaft zu den Wohnmobil- und Mietwagenausleihungen des mutmaßlichen NSU-Trios präsentiert wurde. So haben Recherchen des Arbeitskreises NSU inzwischen rund 100 Ungereimtheiten allein in den Mietwagen-Unterlagen zutage gefördert, die ein wichtiger Baustein der Anklage sind.

Ebenso von der Verteidigung ungenutzt blieben die zahllosen Auffälligkeiten bei der Tatortarbeit. Das Paradebeispiel ist der Rucksack, in dem am 1. Dezember vergangenen Jahres auf einmal sechs angebliche Bekenner-DVD des NSU gefunden worden sein sollen, obwohl er am 5. November 2011 von Tatortexperten schon einmal durchsucht sowie samt Inhalt erfasst und fotografiert worden war. *Norman Hanert*



Ziehen sie am selben Strang? Beate Zschäpe und ihre Pflichtverteidiger Bild: pa

MELDUNGEN

Von Griechen lernen

Kiew – „Von Griechenland lernen heißt siegen lernen“, wird der populistische ukrainische Politiker Oleg Ljaschko zitiert. Nach dem Vorbild der Griechen fordert der Vorsitzende seiner Radikalen Partei mit Sitz im Kiewer Parlament Kriegsreparationen von Deutschland für dessen Schuld am Tod von Millionen Menschen. Es sei an der Zeit, dass Berlin die Rechnung begleiche. Statt am 10. Mai nach Moskau zu reisen, solle Merkel sich lieber in der ukrainischen Hauptstadt sehen lassen. Die Ukraine erwarte von ihr Hilfe bei der europäischen Modernisierung und Integration. Wenn es Bundespräsident Joachim Gauck mit Unterstützung der Grünen, der SPD und der Linken gelingt, der Regierung Zahlungen an Griechenland schmackhaft zu machen, hätte vielleicht auch Ljaschko Aussicht auf Erfolg. *MRK*

Verbrecher mit Asylantrag

Wiesbaden – Mit der Zunahme der Asylbewerber nimmt auch die Zahl der Einbrüche in Deutschland zu. Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, konstatiert: „In den vergangenen fünf Jahren verzeichnen wir einen Anstieg der ausländischen Tatverdächtigen um 40 Prozent, die meisten aus Ost- und Südosteuropa, insbesondere aus Serbien, Rumänien, Polen und dem Kosovo. Zunehmend auch aus Georgien.“ Die Tatverdächtigen kommen dabei nicht zuletzt als Asylbewerber nach Deutschland. Wie das BKA in einem 34-seitigen Dossier feststellt, missbraucht die georgische Mafia systematisch das Asylrecht, um Landsleute nach Deutschland einschleusen zu können, wo sie dann gezielt über das Land verteilt werden, um Häuser und Läden auszuräumen. Der Schaden wird im neunstelligen Eurobereich vermutet. *M.R.*

Qual der Wahl

In Bremen treten gleich zwei bürgerliche Protestparteien an

Der Wahlkampf in Bremen scheint zu enden, bevor er wirklich begonnen hat. Bundespolitisch spielt die Bürgerschaftswahl am Sonntag keine große Rolle. Das Duell zwischen dem Präsidenten des Senats Jens Böhrnsen (SPD) und seiner CDU-Herausforderin Elisabeth Motschmann ist längst entschieden. Bremen ist seit dem Zweiten Weltkrieg rotes Terrain, noch nie stellte die Union den Regierungschef. Daran wird sich auch diesmal nichts ändern. Meinungsumfragen vor der Wahl gab es nur wenige, die Medienlandschaft ist überschaubar, das Interesse mäßig. Zwischen 36 und 38 Prozent werden der SPD vorhergesagt, weitere zwölf bis 16 dem bisherigen Koalitionspartner von den Grünen, der damit im Vergleich zu 2011 mindestens sechs Punkte verlieren würde. „Die Zahlen zeigen: Rot-Grün kann weiter regieren. Das ist das Positive. Aber die 16 Prozent sind ein klarer Dämpfer für uns und ein Weckruf“, sagte der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner.

Die Union, die vor vier Jahren mit nur 20 Prozent erschreckend schwach abschnitt, wird sich leicht verbessern können, aber von einer Regierungsbeteiligung ist sie weit entfernt. „Ich erwarte nun nicht, dass wir unser Ergebnis gleich verdoppeln können, aber einen signifikanten Anstieg halte ich für möglich“, glaubt Motschmann. Während des Wahlkampfs versuchte sie, Böhrnsen in einem TV-Duell zu stellen, was dieser aber ablehnte. „Vor einer Wahl haben die Menschen aber ein Recht darauf, sich ein klares Urteil von den zur Wahl stehenden Parteien und ihren Kandidaten bilden zu können“, sagte Motschmann und machte den Bürgermeister auch für eine mögliche Politikverdrossenheit am Wahltag verantwortlich: „Seine Verweigerung zum Diskurs wird dazu führen, dass die Wahlbeteiligung weiter sinkt.“ Die Sorge teilen viele Beobachter. 2011 lag die Wahlbeteiligung bei 55,5 Prozent. „Fatal“ meint Björn Tschöpe, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bremer Bürgerschaft. Er hatte mit dem Vorschlag für Aufsehen gesorgt, man möge die Menschen doch in Einkaufszentren wählen lassen. Doch der Senat konnte sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.

> Alternative für Deutschland oder »Bürger in Wut«?

Allgemein wird erwartet, dass von einer geringen Beteiligung die kleinen Parteien profitieren. Die Linke dürfte ihr Ergebnis steigern und erneut in die Bürgerschaft einziehen. Vor einer parlamentarischen Rückkehr steht die FDP, die in den Umfragen auf sechs Prozent kam, was nicht zuletzt am Auftreten der erst 29-jährigen Spitzenkandidatin Lencke Steiner lag. Im finanzschwachen Bremen spielten im Wahlkampf traditionell soziale Themen und Bildung eine Rolle. Auch die Innere Sicherheit war ein Thema. Davon könnte die eurokritische AfD profitieren, die zuletzt bei fünf Prozent lag, sowie die konservative Wählervereinigung „Bürger in Wut“. Die Organisation um den Kriminalbeamten Jan Timke profitierte bereits zweimal von der Besonderheit des Bremischen Wahlrechts, wonach die Wahlbezirke Bremen und Bremerhaven getrennt ausgewertet werden. Ein Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde in der Seestadt garantiert somit ein Mandat in der Bürgerschaft. Die „Bürger in Wut“ sorgten während des Wahlkampfs für den einzig wirklichen Aufreger mit einer Plakatserie gegen Asylbewerberunterkünfte. Für einen Einzug in Fraktionsstärke dürfte dieser kurzfristige Effekt aber nicht reichen. *Peter Entinger*

Was will Joachim Gauck?

Rätselraten in Berlin, ob der Präsident ein zweites Mal antreten wird

Bislang hat Bundespräsident Joachim Gauck jede Äußerung zu einer zweiten Amtszeit vermieden. 2017 endet die erste Wahlperiode, aber bereits jetzt wagen sich die ersten Unterstützer aus der Deckung: „Ich habe eine klare Vorstellung, und das, was ich mir wünsche, ist, dass Joachim Gauck ein zweites Mal antritt“, erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Und Grünen-Chef Cem Özdemir schloss sich diesen Wünschen schleunigst an: „Wenn er möchte, hat er unsere hundertprozentige Unterstützung.“ Ob Gauck möchte, darüber herrscht in Berlin derzeit Rätselraten. Aus dem Umfeld des Präsidenten verlautete lediglich, dass er sich spätestens Ende 2016 entscheiden werde. Der 75-Jährige will eine erneute Kandidatur offenbar von seiner gesundheitlichen Verfassung abhängig machen.

Der parteilose Kandidat trat 2012 die Nachfolge von Christian Wulff an, der nach einer Affäre um Hausfinanzierung und nicht selbst bezahlte Urlaube zurücktreten musste. Auch Wulffs Vorgänger im Amt, Horst Köhler, trat nur ein Jahr nach seiner Wiederwahl zurück, Auslöser war eine Debatte um sicherheitspolitische Belange. Gauck habe dem Amt schließlich seine Würde wieder gegeben, schrieben Kommentatoren zur Halbzeit im vergangenen Herbst. Der 75-Jährige genießt Meinungsumfragen zufolge hohe Beliebtheitswerte in der Bevölkerung.



Joachim Gauck Bild: Bundesprädialamt

Mit seinen Äußerungen zum osmanischen Genozid an den Armeniern hat er die Bundeskanzlerin Angela Merkel verärgert. Das Verhältnis zwischen dem evangelischen Pastor Gauck und der mecklenburgischen Pastoren-Tochter ist ohnehin ambivalent. Die Kanzlerin und CDU-Chefin wollte auch 2012 einen anderen Kandidaten, nachdem sie zuvor schon Wulff gegen Gauck durchgeboxt hatte, der daraufhin zum „Präsidenten der Herzen“ wurde.

Als Merkels Favorit galt damals der frühere Umweltminister Klaus Töpfer. Doch nach dem Fehlgriff mit Wulff scheute die Kanzlerin eine parteipolitische Auseinandersetzung und winkte Gauck schließlich durch, obwohl sie Befürchtungen hegte, dieser könne sich zu stark in innenpolitische Belange einmischen.

Bereits jetzt ist absehbar, dass das bürgerliche Lager mit Union und FDP keine Mehrheit in der Bundesversammlung haben wird. Strippenzieherin Merkel wird diesen Umstand für ein politisches Pokerspiel ausnutzen. CSU-Chef Horst Seehofer durfte schon mal das Terrain sondieren. „Ich sage, dass die Amtsführung des Bundespräsidenten Gauck sehr auf Zustimmung der Bayern und der CSU stößt. Aber um über eine zweite Amtszeit zu sprechen, ist es noch zu früh.“ Am Ende dürfte ohnehin die Kanzlerin das letzte Wort haben. *P.E.*

Moskau rüstet nach

Bis 2020 sollen 300 Milliarden Euro in die Modernisierung der Waffensysteme fließen

Angesichts der weltpolitischen Lage intensiviert Russland seine Verteidigungsanstrengungen in einem Maße, das viele Beobachter aufmerken lässt: Bis 2020 sollen umgerechnet 300 Milliarden Euro in die Modernisierung der atomaren und konventionellen Waffensysteme Moskaus fließen.

„Vor drei Jahren hat man noch oft über den Zustand unseres militärisch-industriellen Komplexes geschmunzelt; alle waren der Ansicht, dass wir bestenfalls Kochtöpfe machen können“, sagte der russische Vizepremier Dmitrij Rogosin am 25. Januar im Moskauer Staatsfernsehen, wonach er voller Genugtuung hinzusetzte: „Das ist jetzt anders.“

Und tatsächlich stockte Russland sein Arsenal allein im Jahr 2014 um 38 Interkontinentalraketen, 138 Kampfflugzeuge sowie 259 Hubschrauber, 280 Panzer und fünf U-Boote auf. Darüber hinaus ist geplant, bis 2021 jährlich weitere 100 Flugzeuge, 120 Hubschrauber, 30 Kriegsschiffe und 600 Panzer anzuschaffen. Dabei soll es zugleich zu einer umfassenden Modernisierung der Militärtechnik kommen, so dass der Anteil neuer Modelle teilweise bis auf 70 Prozent steigt. Außerdem werden auch deutlich mehr Mittel zur Finanzierung der beschleunigten Entwicklung von aussichtsreichen innovativen Rüstungstechnologien bereitgestellt. Das kommt nicht zuletzt der Entwicklung von ausgereifteren strategischen Waffen zugute, wobei hier aber bereits jetzt bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen sind.

> Wer zuerst schießt, soll auch zukünftig als Zweiter sterben

So stehen die Arbeiten an der schweren Interkontinentalrakete „Sarmat“, welche die R-36M2 „Wojewoda“ (Nato-Code: SS-18 „Satan“) ablösen soll, kurz vor dem Abschluss. Das heißt, Russland verfügt bald über einen Kernwaffenträger, dessen Reichweite derart groß ist, dass er die USA auch über den Südpol hinweg attackieren kann. Das zwingt die Vereinigten Staaten zur Erweiterung ihres aufwendigen Abwehrsystems, wenn es denn seinen Zweck erfüllen soll. Parallel hierzu werden die russischen Raketentruppen demnächst noch die neue ballistische Feststoffrakete RS-26 „Rubesch“ erhalten, die gleichermaßen die Fähigkeit besitzt, die Schutzschirme des Gegners wirkungslos zu machen. Weiterhin scheint die Erprobung der fortgeschrittenen U-Boot-gestützten Atomrakete RSM-56 „Bulawa“ (SS-N-32) nun endlich erfolgreich beendet worden zu sein. Auch hier liegt die Reichweite des Waffensystems deutlich über der des Vorgängermodells; darüber hinaus kann es Ausweichmanöver durchführen und Täuschkörper ausstoßen, was das Abfangen erheblich erschwert.

Als Träger für die „Bulawa“ dienen die ebenfalls neu entwickelten, nukleargetriebenen Boote der Boreij-Klasse, von denen seit 2013 drei, nämlich die „Jurij Dolgorukij“, die „Alexander Newskij“ und die „Wladimir Monomach“, in Dienst gestellt wurden; fünf weitere Einheiten sollen in nächster Zukunft folgen. Diese Unterwasserfahrzeuge können jeweils 16 „Bulawa“-Raketen mit bis zu 160 separat steuerbaren Kernsprengköpfen mitführen und künden wiederum von den wachsenden technologischen Fähigkeiten der Russen. So arbeitet der Düsenringpropellerantrieb der gewaltigen Boreij-Boote offenbar fast lautlos.

Ein weiteres spektakuläres atomares Rüstungsprojekt der Russischen Föderation ist der Atomraketenzug BZRK „Bargusin“. Ab 2018 werden fünf dieser Abschussplattformen als Güterzug getarnt durchs Land rollen, versehen mit sechs ballistischen Raketen vom Typ RS-24 „Jars“ (SS-27 „Sickle“), die ebenfalls Mehrfachsprengköpfe tragen können.

Wolfgang Kaufmann



Die Besatzung ist vollständig in der Wanne untergebracht, die Waffenanlage im Turm ferngesteuert: Kampfpanzer T-14 Bild: Getty

Neue Kampfmontur »Ratnik«

Seit Anfang April werden die russischen Streitkräfte nach und nach mit der neuentwickelten High-Tech-Kampfmontur „Ratnik“ (Krieger) ausgerüstet, die erst kürzlich auf den Rüstungsmessen Eurosatory und IDEX Furore machte. Dabei hat Moskau für seine insgesamt 766 000 Soldaten 150 000 Exemplare des modulartig aufgebauten Anzuges geordert.

Der nur 1,06 Kilogramm wiegende Helm widersteht auch Pistolenschüssen aus nächster Nähe, und die Weste mit ihren keramischen Platten hält gar dem Einschlag von bis zu zehn schweren Projektilen stand, wie sie aus Scharfschützengewehren verschossen werden. Dazu kommen weitere kugelsichere Module für Hals, Unterleib und so weiter sowie eine splitterfeste Brille. Alles in allem besteht der „Ratnik“ aus 150 Komponenten, durch die der Körper des Soldaten zu 90 Prozent geschützt ist.

> 20 Kilo, die 90 Prozent schützen

Darüber hinaus vermag die Aramidfaser des Overalls, der unter den verschiedenen Schutz-, Lüftungs- und Dämpfungsmodulen getragen wird, zehn Sekunden lang offenem Feuer zu widerstehen. Außerdem bietet der Anzug im Temperaturbereich von minus 50 bis plus 50 Grad ein komfortables Tragegefühl. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der „Ratnik“ einschließlich allen Zubehörs lediglich 20 Kilogramm wiegt, also 16 Kilo weniger als das Vorgängermodell „Barmiza“.

Und der Soldat im „Ratnik“ ist mit Hilfe der integrierten Kommunikationstechnik permanent mit seinem Kommandeur verbunden, der über einen Tablet-PC verfügt, auf dem er unter anderem die Position aller Kämpfer, deren körperlichen Zustand und den verbleibenden Munitionsvorrat eines jeden Einzelnen angezeigt bekommt. *W.K.*

Zeitzeugen



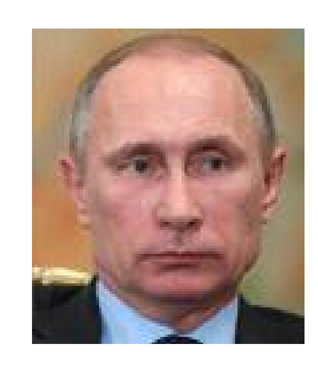
Walerij Gerassimow – Als Chef des Generalstabs ist der frühere Tschetschenien-Kommandeur der militärische Befehlshaber der russischen Streitkräfte. Diese verfügen derzeit über 15 400 Kampfpanzer, 45 000 weitere gepanzerte Fahrzeuge, 3400 Flugzeuge und 1100 Hubschrauber, 252 Kriegsschiffe (darunter 55 U-Boote) sowie 420 Interkontinentalraketen mit insgesamt 1600 Atomsprengköpfen. Diese Technik soll nun zu einem erheblichen Teil modernisiert werden.

Andrej Burbin – Der Generalmajor und Chef des Zentralkommandos der Strategischen Raketentruppen Russlands (RWSN) in Wlassicha bei Moskau erklärte am 1. März in einem Radiointerview mit dem Militäranalysten Igor Korotschenko, seine 6000 Unterstellten seien bereit, den Befehl über einen Einsatz von Atomwaffen „ohne Zögern“ auszuführen.



Sergej Schojgu – Weil es im Bordsystem einer dreistufigen ballistischen „Bulawa“-Rakete zu Fehlfunktionen mit anschließender Selbstzerstörung gekommen war, ließ der russische Verteidigungsminister und frühere Armeegeneral im September 2013 erst einmal sämtliche Erprobungsflüge stoppen. Nach deren Wiederaufnahme im Herbst 2014 verliefen dann die nächsten drei Versuchsstarts erfolgreich: Die Gefechtsköpfe schlugen zielgenau im Testgelände Kura auf der Halbinsel Kamtschatka ein.

Kirill Makarow – Auf die Frage, ob der US-amerikanische Experimentalraumgleiter Boeing X-37, der offenbar auch als Erstschlagwaffe beziehungsweise Atombombenträger dienen könnte, die russische Seite zu eigenen Entwicklungen veranlassen werde, antwortete der Generalmajor und Stabschef der Kosmischen Streitkräfte Russlands ebenso lakonisch wie deutlich: „Wir passen auf und arbeiten an Gegenmaßnahmen.“



Wladimir Putin – Am 26. März sagte der russische Präsident auf einer Sitzung des Kollegiums des Inlandsgeheimdienstes FSB mit Blick auf die Entwicklung neuer Waffensysteme seitens der USA, dass sein Land „nach wie vor eine angemessene Antwort auf alle äußeren und inneren Bedrohungen der nationalen Sicherheit parat“ haben werde – niemand solle darauf hoffen, dass die Russen jetzt aus Angst „Zugeständnisse machen oder schweifwedeln“.

Für jeden etwas

Bei der Modernisierung werden alle Waffengattungen bedacht

Bei der Modernisierung der Streitkräfte Russlands bleibt kein Bereich ausgespart. So erhält die Marine neben den neuen strategischen Raketen-U-Booten extrem leise Multifunktionsboote der „Jassen“-Klasse, die Land- und Seeziele mit konventionellen Mitteln attackieren können und bereits zum Albtraum westlicher Militärs geworden sind. Dabei werden sie dann ab 2017 auch noch über innovative Marschflugkörper verfügen, wie den russisch-indischen BrahMos-II, der sich mit siebenfacher Schallgeschwindigkeit fortbewegt. Außerdem ist die Kiellegung von sechs Flugzeugträgern für die Nord- und Pazifikflotte geplant – und zwar stufenweise ab 2020. Insgesamt steht sogar der Bau von mehr als 600 Schiffen bis zum Jahre 2050 auf der Agenda, darunter auch einer komplett neuen Klasse von Lenkwaffenzerstörern namens „Lider“.

Die Luftwaffe Moskaus wiederum erwartet die Lieferung von Drohnen des Typs „Tschirok“ sowie des Jagdflugzeuges Suchoij T-50. Diese Maschine hat angeblich bessere Tarnkappen-Eigenschaften als das US-Spitzenmodell Lockheed Martin F-22 „Raptor“ und dürfte spätestens 2016 in Serie vom Band rollen. Dazu kommt der Ersatz der Langstreckenbomber und Abfangjäger aus Sowjetzeiten durch modernere Typen, deren Auslieferung für den Zeitraum von 2019 bis 2026 geplant ist. Bis dahin werden die vorhandenen MiG-31, Tu-95 und Tu-160 noch einmal kostenaufwendig mit verbesserten Bordanlagen und Waffensystemen versehen.

> Teilweise moderner als die westlichen Pendants

Bei der Modernisierung der Landstreitkräfte ist das ehrgeizigste Projekt die Entwicklung des neuen Kampfpanzers T-14. Vielleicht wird er schon diesen Sonnabend auf der Siegesparade zu sehen sein. Experten zufolge hat er einen unbemannten, ferngesteuerten Turm. Das ermöglicht, die gesamte Besatzung in der besonders solide gepanzerten Wanne unterzubringen, und eine extrem flache Silhouette des Fahrzeugs.

Des Weiteren steht die Auslieferung der neuen Schützenpanzer „Bumerang“ und „Kurganez-25“ unmittelbar bevor. Deren Entwicklung unterlag einer vergleichbar strengen Geheimhaltung wie die des T-14. Auch in diesem Fall wird das Versteckspiel wohl mit der diesjährigen Maiparade enden.

Und dann kam es noch zu Innovationen auf dem Gebiet der Handfeuerwaffen. Besonders hervorzuheben wären hier die Maschinenpistole aus Polymerstoffen sowie die neue Klasse halbautomatischer Scharfschützengewehre mit enorm verbesserter Treffsicherheit aufgrund einer fast kompletten Vermeidung von Vibrationen beim Schuss. Vom hierdurch ausgelösten Aufschwung profitierte auch der Waffenkonzern Kalaschnikow. Der konnte seine Produktion 2014 trotz des embargobedingten Wegfalls vieler ausländischer Kunden verdoppeln und schrieb dadurch wieder schwarze Zahlen. Dies ermöglicht nun Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Rubel (fast 90 Millionen Euro). Selbige sind unter anderem nötig, um die Produktion des neuen Sturmgewehrs AK 12 vorzubereiten, dessen Erprobung kürzlich abgeschlossen wurde. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Genossen gegen Gabriel

Der Streit um die Zukunft der Braunkohle wird für den Wirtschaftsminister zum Minenfeld



Großdemonstration vor dem Kanzleramt in Berlin: Mehrere tausend Bergleute aus den Kohleregionen demonstrieren am 25. April gegen Gabriels Klima-Abgabe

Bild: imago

Ein Großaufgebot von Bergarbeitern, die gegen die Energiepolitik von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf die Straße gegangen sind, zeigt, dass der SPD-Parteichef zunehmend auf Widerstand in der eigenen Klientel trifft.

Für den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten muss es als ernst zu nehmendes Alarmsignal gelten, was Ende April im Berliner Regierungsviertel zu beobachten war. Gut 15000 Beschäftigte aus Braunkohle-Gebieten in Brandenburg, Sachsen und dem Rheinland waren angereist, um unter dem Motto „Gegen den sozialen Blackout ganzer Regionen" gegen unlängst bekannt gewordene Pläne Gabriels zu protestieren.

Kern des Vorhabens des Wirtschaftsministers: Ältere Kohlekraftwerke sollen mit einer sogenannten Klima-Abgabe belastet werden. Ziel ist, dass künftig weniger Strom in fossilen Kraftwerken produziert wird. Bis zum Jahr 2020 soll so eine Reduzierung der deutschen CO_2-Emissionen von 40 Prozent erreicht werden. Sollte Gabriel tatsächlich daran festhalten wollen, bei der ohnehin verfahrenen Energiewende eine neue Baustelle aufzumachen, dann ist die Absturzgefahr groß – sowohl für Deutschland als Industriestandort als auch im Hinblick auf die weitere politische Karriere Gabriels.

Nach einhelliger Ansicht bedeuten die Pläne in der Praxis nämlich das weitgehende Aus für die deutsche Braunkohleverstromung. Aus dem Energiemix genommen würde nicht nur der preiswerteste Energieträger, sondern mit den großen Braunkohlekraftwerken auch die Kraftwerksart, die bislang noch für die Frequenzstabilität im deutschen Stromnetz sorgt.

Als ebenso weitreichend könnten sich die politischen Konsequenzen entpuppen: Eine treibende Kraft hinter der Berliner Großdemonstration gegen die Gabriel-Pläne war die Industrie-Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Gegenwind erfahren hat der SPD-Chef ebenso bereits von der IG Metall. Gabriel müsse klar sein, dass die Strompreise nicht weiter steigen dürften, so IG-Metall-Chef Detlef Wetzel zur Deutschen Presse-Agentur. Verdi-Chef Frank Bsirske warnte Gabriel vor dem Verlust von 100000 Arbeitsplätzen in den deutschen Braunkohlerevieren.

Ungewöhnlich scharf auch die Kritik aus der eigenen Partei: Die Pläne des Wirtschaftsministers seien „unverantwortlich" und ein „ideologisch motivierter Schlag gegen die Braunkohle", so Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, Sozialdemokrat wie der attackierte Gabriel. Tatsächlich ist die Frage nach der Motivation hinter Gabriels Plänen sehr berechtigt.

Ein Jahr ist es nämlich erst her, da waren vom SPD-Chef erstaunlich kritische Töne in Sachen Energiewende zu hören: „Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht", so der Wirtschaftsminister im April 2014 als Gast auf einer Veranstaltung des hessischen Unternehmens SMA Solar. Laut einem Medienbericht war dies nicht die einzige bemerkenswerte Botschaft im Zusammenhang mit der umstrittenen Energiewende, mit der Gabriel das Publikum überraschte: „Für die meisten anderen Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte", soll der Minister laut Aussage eines Anwesenden gelästert haben.

Nachbarländer würden profitieren

Sollte Gabriel trotz aller eigenen Bedenken nun die nächste Stufe der Energiewende forcieren, dann dürfte dies vor allem in Polen für Freude sorgen. Klaus Ness, Chef der SPD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, machte darauf aufmerksam, das Gabriels Pläne faktisch in einem „Nullsummenspiel" enden könnten, wenn allein die deutschen Kohlekraftwerke mit zusätzlichen Abgaben belegt würden. Der hierzulande eingesparte CO_2-Ausstoß würde sich dabei nur in andere Länder verlagern.

Als Folge von Kraftwerks-Stilllegungen in Deutschland würden im europäischen Handel sogar mehr Zertifikate für Kohlendioxid frei, die zum Beispiel von polnischen Kraftwerksbetreibern genutzt werden könnten. Tatsächlich bleibt völlig offen, wie Gabriel unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarktes verhindern will, dass der Ausstieg Deutschlands aus der Braunkohleverstromung nicht umgehend von Nachbarländern wie Polen, Tschechien und Frankreich mit ihren Kohle- und Atomkraftwerken für Stromexporte nach Deutschland genutzt wird.

Fragen werfen die durchgesickerten Pläne aus dem Hause des Wirtschaftsministers allerdings auch in Bezug auf die politische Karriere Gabriels auf. So wird der Streit um die geplante Klima-Abgabe auf alte Kohlekraftwerke zunehmend zur Belastung für die schwarz-rote Koalition. „Wir können jetzt nicht einfach die Kohle plattmachen, auch nicht durch die Hintertür", so der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) gegenüber der „FAZ".

Sollte Gabriel sein Vorhaben wiederum bereits als Mitgift für eine künftige rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene konzipiert haben, dann geht er damit ein beträchtliches Risiko ein. Zwar haben zehn Grünen-Landesminister inzwischen demonstrativ dem Bundeswirtschaftsminister in einem offenen Brief den Rücken gestärkt, aufpassen muss Gabriel allerdings, ob er bei seinen Plänen noch die eigene Partei hinter sich hat. Ein flächendeckender personeller Kahlschlag in den Braunkohlerevieren der Lausitz und im Rheinland könnte nach der Hartz-IV-Reform nämlich den Status der SPD als „Arbeiterpartei" endgültig ruinieren.

Norman Hanert

Schulkinder werden missbraucht

Von Theo Maass

Schulfrei? Prima! Welcher Schüler würde da schon Nein sagen? Totalitäre Regime haben diesen Drang zur Freizeit für eigene Zwecke gern missbraucht. Ich erinnere mich noch gut an den Film „Mit dem Wind nach Westen", der die spektakuläre Flucht einer Familie aus der DDR zum Thema hatte. Gleich am Anfang werden dort die Schulkinder einer Kleinstadt in Thüringen vom Unterricht befreit, um Unterschriften von Passanten zu sammeln. Sie sollen damit die „Republikflucht" eines Bürgers verurteilen.

Sehr weit davon war der „Schulstreik" Berliner Schüler am 24. April nicht entfernt. Angeblich waren 2500 (von 330232) Berliner Schulkinder – teilweise mit ihren Lehrern – auf der Straße, um für Asylanten zu demonstrieren. Das „Neue Deutschland" kennt derartige Aktionen ja noch gut aus der eigenen journalistischen Vergangenheit und feierte die Aktion entsprechend begeistert. Dass von anderen Blättern sogar Zwölf- („Wir sind gegen die Verschärfung des Asylgesetzes") und 14-Jährige („Ich bin mit meinen Freunden hier, wir wollen etwas für die Flüchtlinge tun") zitiert werden, um die "richtige" Meinung zu transportieren, stört die Schreiber keineswegs. Eine begleitende Lehrerin erklärt ihr Handeln: „Wir haben über das Thema Flüchtlinge im Unterricht gesprochen. Den Kindern war es wichtig, an der Demo teilzunehmen." Dass es sich bei der ganz überwiegenden Zahl der „Flüchtlinge" keineswegs um politisch verfolgte Menschen handelt, wird den jungen Leuten vorenthalten. Sie werden manipuliert.

Die Eltern, die darauf vertrauen, ihre Kinder lernten in der Schule Schreiben, Lesen und Rechnen, werden von solchen „Pädagogen" hinters Licht geführt. Immerhin leben jene Lehrer von den Steuergeldern der Eltern, die ihnen die Kinder vertrauensvoll übergeben haben. Jahre später kann das dann so aussehen: Der 17-jährige Jan Börger von der Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg gehört zum Organisationsteam des „Refugee Schul- und Unistreik (RSUS)".

Er plappert die gelernten „Antifa"-Phrasen herunter: „Wir wollen zeigen, dass es Rassismus in allen Arten gibt. Auf den Straßen, mit Pegida, in den Köpfen und auch im Parlament", und weiter: "Die Ursachen, die die Menschen zur Flucht zwingen, werden im Allgemeinen von Kapitalismus und Imperialismus mit verursacht."

Börger sollte mal über den Begriff „Streik" nachdenken. Wenn er morgens versucht, mit der S-Bahn zu fahren, und die in der GDL organisierten Lokführer ihre Züge stehen lassen, um für sich mehr Tarifmacht durchzusetzen, dann nennt man das Streik. Wenn Börger keine Lust hat, zur Schule zu gehen, ist das kein Streik.

Neues Polit-Chaos um BER

Das Gerangel im Aufsichtsrat geht wieder los

Am Flughafenprojekt BER sind trotz Kostenexplosion endlich gewisse Fortschritte zu verzeichnen: Für den Umbau der Entrauchungsanlage liegen nun die genauen Pläne vor. Seit dem 2. Mai wird zudem die alte Startbahn im Norden saniert. Zugleich befindet sich die neue Piste im Süden im Test. Teuer bleibt das gigantische Projekt dennoch: Hunderte Änderungswünsche und mehr als 100000 Mängel haben sich angehäuft.

Ausschlaggebend war und ist die Politik. Berlins Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Innensenator Frank Henkel (CDU) wollen beide überraschend doch im Aufsichtsrat des Chaos-Flughafens bleiben. Die Politiker vollziehen damit binnen Tagen eine Wende, Müller sogar schon zum wiederholten Male.

Er hatte ursprünglich den Vorsitz im Aufsichtsrat abgelehnt – unter Verweis auf Dietmar Woidke (SPD), Brandenburgs Ministerpräsident, der kein Aufsichtsratsmitglied sei.

Nun will auch Henkel in dem Leitungsgremium bleiben. Er fordert überdies, weitere externe „Fachleute" einzuspannen. Das jedoch kostet Geld. Auf einen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden für die Flughafengesellschaft, die Berlin, Brandenburg und der Bund gemeinsam steuern, wartet das Projekt nach dem Abgang von Klaus Wowereit (SPD) indes schon seit Monaten. Nun will Müller den Posten für sich selbst: „Wenn Steuergelder verbaut werden, bleibt die Politik in der Verantwortung."



Bild: pa

Karsten Mühlenfeld

Derzeit führt niemand den Aufsichtsrat. Müllers Opfergang stößt daher auf breite politische Zustimmung – denn niemand will den Posten, der in der Öffentlichkeit für Chaos, Inkompetenz und Milliarden Euro Zusatzkosten steht. Den Rückzug von Hartmut Mehdorn als Vorsitzender der Geschäftsführung und damit eigentlichen Flughafen-Macher hat das Projekt zwar verkraftet, doch Berlins Einfluss auf die folgende Neubesetzung war gering. Brandenburgs Landesvater Woidke schlug für Mehdorns Nachfolge Karsten Mühlenfeld vor, Berlin hat dessen Ernennung nur noch abgenickt. *SG*

Falsche Zahlen

Umstrittener Staatssekretär geht lieber selbst

Erst seit November 2014 im Amt, will Brandenburgs Innenstaatssekretär Arne Feuring Medienberichten zufolge seinen Posten bereits wieder aufgeben. Wie Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) Parlamentariern des Innenausschusses mitgeteilt haben soll, wurde er von Feuring unterrichtet, dass dieser sich „beruflich umorientieren will".

Bevor Feuring Staatssekretär wurde, war er mehrere Jahre Landespolizeipräsident. In seine Amtszeit fällt die massenhafte Falscherfassung von Straftaten in den Jahren 2013/2014 bei zwei Polizeidirektionen, die gegen Bundesvorgaben verstieß und erst im März von Innenminister Schröter gestoppt wurde.

Zwar wollte Schröter keinen Vorsatz sehen, dennoch ordnete er an, dass die ursprüngliche Erfassungsweise von Straftaten abgestellt wird und bundeseinheitlichen Richtlinien angewendet werden. Bei einer inzwischen vorgenommenen Korrektur der Statistik sind 4000 Delikte nachgemeldet worden, so dass die Aufklärungsquote entsprechend nach unten korrigiert werden musste.

Feurings Name steht für Polizei-Kahlschlag

Unter anderem hatte die oppositionelle CDU Feuring vorgeworfen, mit geschönten Kriminalitätszahlen den Personalabbau bei der Polizei gerechtfertigt zu haben. Feuring gilt als planerischer Kopf eines Reformprojekts, bei dem ursprünglich ein massiver Stellenabbau geplant war. Vorwürfe, auch bei Ermittlungen im sogenannten „Maskenmann"-Fall und bei der Besetzung eines Polizeipräsidenten-Postens Einfluss genommen zu haben, führten dazu, dass Feuring in letzter Zeit unter Dauerkritik stand. *N.H.*

»Piraten« gegen Henkel

Die Berliner Piratenpartei hat in diesen Tagen versucht, die Mitgliedschaft des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU) in der Sängerschaft Borussia zu skandalisieren. Dort würden auch Mensuren geschlagen. Bereits vor zwei Jahren war Henkels Parteifreund, der damalige Staatssekretär Michael Büge, wegen seiner Mitgliedschaft in der Burschenschaft „Gothia" aus dem Amt gedrängt worden. Damals ließ Henkel seinen Parteifreund weitgehend im Regen stehen. Oliver Höfinghoff, „Sprecher für antifaschistische Aktionen" bei den „Piraten", glaubt zu wissen: „Solche Fechtkämpfe sind verboten und strafbar. Das ist gefährliche Körperverletzung." Wenn Henkel als Dienstherr der Polizei von solchen Kämpfen erfahren und sie nicht gemeldet habe, „hat er sich strafbar gemacht". Die Staatsanwaltschaft hat nun hingegen erklärt, sie teile diese Sicht der Dinge nicht. In der Tat ist die Tradition des Mensurfechtens vom Gesetz gedeckt. *H.L.*

MELDUNGEN

Russen wollen eigenen Weg

Moskau – Nach einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts Levada-Zentrum wollen 55 Prozent der Russen einen eigenen russischen Weg bei der Entwicklung ihres Landes gehen. 17 Prozent glauben, dass man sich „den Westen“ als Vorbild nehmen sollte, zwölf Prozent plädieren für eine „asiatische Ausrichtung“. Weniger als 20 Prozent wünschen sich eine Orientierung an der früheren Sowjetunion. Damit haben sich die Anhänger eines Sonderweges seit der Intensivierung der antirussischen Politik der USA knapp verdoppelt und die einer Westorientierung knapp halbiert. Auch heute noch wünschen zwei Drittel der Russen eine enge Verbindung zu Europa. *T.W.W.*

Weniger Polen wollen studieren

Warschau – Statt der vom polnischen Hochschulministerium erwarteten 2,4 Millionen interessieren sich in diesem Jahr nur 1,5 Millionen Studenten für ein Masterstudium. Diese rückläufige Zahl markiert eine Trendwende: Galt Anfang der 90er Jahre ein Masterstudium, gleich in welcher Branche, noch als erstrebenswert, ziehen junge Polen es heute vor, nach dem Abitur einen Beruf zu erlernen, der ihnen eine bessere Perspektive bietet als ein Hochschulstudium mit Diplom. Allzu häufig folgte – wie hierzulande übrigens auch – in den vergangenen Jahren auf ein Studium mit Masterabschluss die Arbeitslosigkeit. Trotz Versprechen der Regierung, mit neuen, innovativen Studiengängen gegenzusteuern zu wollen, ziehen die Schulabsolventen es vor, eine Stelle zu suchen statt zu studieren. Polnische Hochschulen leiden inzwischen an Studentenmangel, wovon besonders private Hochschulen betroffen sind. Einige stehen vor dem Aus. *MRK*

Auf den Spuren Robert Mugabes

In Südafrika sieht sich die weiße Minderheit zunehmend schwarzem Rassismus ausgesetzt

Seit der Machtübernahme der Schwarzen im Jahr 1994 hat sich die Situation der weißen Farmer in Südafrika dramatisch verschlechtert. Die Regierung denkt nun sogar über Enteignungen nach.

Die Diskussion am Kap der guten Hoffnung hat längst emotionale Züge angenommen. Bereits um die Zahl der Todesopfer ist ein erbitterter Streit ausgebrochen. Seit 1994 seien mehr als 3000 weiße Farmer ermordet worden, erklärte die in Washington ansässige Nichtregierungsorganisation „Genocide Watch“ schon vor drei Jahren und setzte den Status von Südafrika vorübergehend von Beobachtungsstufe 5 (Polarisation) auf Stufe 6 (Vorstufe zum Völkermord) hinauf. „Lüge und Hetze von weißen Lobbyisten“, sagen südafrikanische Regierungsstellen. Der Farmerverband „Transvaal Agricultural Union of South Africa“ (TAU SA) hat in den vergangenen 20 Jahren mehr als 1000 weiße und 72 schwarze getötete Farmer gezählt, wobei er darauf hinweist, dass diese Zählung noch unvollständig sein könnte. Von der Polizei, die keine Statistiken über Angriffe auf landwirtschaftliche Betriebe führt, wurden diese Zahlen nicht bestätigt.

Südafrika ist ein armes Land. Das Versprechen der Regierung, bis zum Jahr 2014 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in die Hände von Schwarzen zu geben, wurde bislang nicht umgesetzt. Die weiße Minderheit kontrollierte früher etwa neun Zehntel des Grund und Bodens, heute sind es noch etwa mehr als zwei Drittel. Viele Weißen sehen nicht ein, warum sie auf ihr Land verzichten sollten: „Wir haben hart gearbeitet, um unseren Lebensunterhalt zu verdienen, warum sollen wir das hergeben?“ Sie sehen sich einem Rachefeldzug für die Apartheid ausgesetzt und verweisen auf das im Nordosten Südafrikas bei Polokwane gelegene Monument „Plaasmoord slagtoffers“, einen Hügel voller Grabkreuze für die Bauern, die seit der schwarzen Machtübernahme getötet wurden.

Und die Stimmung wird immer schlechter. Die Economic Freedom Fighters (EFF), eine linke Partei, deren Name so viel heißt wie „Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit“ oder „wirtschaftliche Freiheitskämpfer“, will das Agrarland verstaatlichen und an die schwarze Bevölkerung verteilen. Sie führen die ländliche Armut auf einen den Weißen unterstellten Bodendiebstahl zurück. „Wir verlangen nicht, dass Weiße das Land verlassen“, sagt der EEF-Funktionär Andile Mngxitama der Deutschen Presse-Agentur, „aber die Siedler haben das Land gestohlen.“

Die Staatsgewalt lässt eine klare Distanzierung vermissen

So radikal formuliert dies in der südafrikanischen Politik kaum jemand. So äußert Präsident Josef Zuma von der Regierungspartei „African National Congress“ (ANC) die Kritik diplomatischer: „Das Schicksal von zu vielen liegt in den Händen von zu wenigen.“ Ungeachtet dieser Mäßigung im Ton schaute auch er Entgleisungen seiner Anhänger lange zu. Auch gehörte der heutige Oppositionspolitiker Julius Malema lange Zeit zu seinen Vertrauten. Der Radikale war über Jahre Führer der ANC-Nachwuchsorganisation „ANC Youth League“ (ANCYL) und stimmte auf Versammlungen schon mal Kampflieder mit der Aufforderung „Erschießt die Buren“ an. Zuma ließ ihn gewähren. Das Verhältnis zerbrach erst, als Malema die Parteispitze öffentlich kritisierte und ihr Korruption vorwarf. Mittlerweile vertritt er die EEF als Abgeordneter in der Nationalversammlung und ruft in seinen Tiraden zu Enteignungen auf. Als großes Vorbild wird Robert Mugabe, der Päsident und ehemalige Ministerpräsident von Simbabwe, genannt, der die weißen Landbesitzer enteignen und vertreiben ließ. Simbabwe galt früher als der „Brotkorb“ Afrikas, jetzt hungern viele Menschen. Von 4500 Farmern sind nicht einmal 400 übrig geblieben, Tendenz fallend.

In Südafrika könnte nun ein ähnliches Prozedere anstehen. Wenn es nach den Plänen der Regierung geht, sollen die gewerblichen Landwirte bis zur Hälfte ihres Betriebes an ihre Arbeiter überschreiben. Zudem sollen eine Besitzobergrenze von 12 000 Hektar eingeführt und Ausländer vom Grunderwerb ausgeschlossen werden. „Die Buren-Morde sind keine gewöhnlichen Verbrechen, sondern fügen sich in einen Kontext, indem die ANC-Regierung die weißen Farmer aus politischen Gründen loswerden will. Es handelt sich somit um Völkermord und um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, erklärte der Südafrikaner Henk van de Graaf, Vize-Präsident der TAU SA, in Straßburg, wo er auf Einladung verschiedener europäischer Rechtsparteien sprach.

Vor 20 Jahren gab es in Südafrika noch 62 000 Farmen, heute sind es nur noch rund 40 000. Bauern-Funktionäre sprechen von einer nationalen Krise, gehe die Schrumpfung so weiter, sei die Versorgung der rund 50 Millionen Einwohner gefährdet. Die Angst unter den weißen Siedlern wächst von Tag zu Tag. „Nachts und wenn es regnet, verlassen wir unser Grundstück nicht mehr“, klagte eine Betroffene gegenüber einer Wochenzeitung. Andere Farmer zeigten TV-Anstalten, wie sie ihr Land mit Stacheldrähten umzäunen und mit Alarmanlagen versehen. Ein Polizeisprecher machte nicht nur schwarzen Rassismus, sondern auch die allgemeine wirtschaftliche Lage hierfür verantwortlich: „Es hat nicht nur etwas mit einer Wut auf die Weißen zu tun. Die Räuber gehen einfach immer dahin, wo sie Reichtum vermuten.“ Die Stimmung der weißen Siedler kann dies nicht beruhigen. Viele sehen sich nach Alternativen um. „Zeit Online“ sieht das „Ende des weißen Mannes in Afrika“ bereits kommen. *Peter Entinger*



Bild: tia.mysoa.blogspot.com

Lassen ihrem Hass auf Weiße freien Lauf: Aktivisten der von Julius Malema gegründeten EFF

Seit' an Seit' mit den Russen

Serben marschieren bei der Siegesparade in Moskau mit

Es soll eine riesige Parade werden, mit der Russlands Staatspräsident Wladimir Putin an diesem Sonnabend den 70. Jahrestag „unseres großen Sieges über den Faschismus“ feiern will: 14 000 Soldaten in voller Ausrüstung und unter Mitführung einer ganzen Palette neuester Waffen. In dieser Streitmacht wird auch eine Abteilung der Serbischen Armee (VS) mitmarschieren, die dorthin von Staatspräsident und Oberbefehlshaber Tomislav Nikolic abgeordnet wurde. Außenminister Ivica Dacic, derzeit amtierender OSZE-Vorsitzender, hatte die vom russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu ausgesprochene Einladung zuerst abgelehnt, dann aber akzeptiert, weil Serbien gern Siege feiert, „für die wir eine große Zahl Menschleben geopfert haben“. Dieser „wird manchen nicht gefallen“, aber das ist kein Problem „Serbiens und seiner souveränen Außenpolitik“, so Dacic. Also werden uniformierte Serben über den Roten Platz marschieren, neben ihnen Soldaten aus Indien, Kasachstan, Kirgisien, China, Weißrussland, Armenien und Tadschikistan. Eventuell kommt noch die Mongolei hinzu, die eine militärische Teilnahme zusagte, „erstmalig in ihrer Geschichte“.

Serbien kann mit sich zufrieden sein. Die Soldaten, die neben den ihren auf dem Roten Platz marschieren, stammen aus Ländern, die das Kosovo nicht anerkennen, es gar wie Russland als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats international nicht auf die Beine kommen lassen. Gerade haben Tirana und Prishtina mit neuen „Groß-Albanien-Parolen“ Moskau schwer verärgert, was Belgrad mit Freude sieht. Putin hat immer den Westen gewarnt, das Kosovo zu fördern, und mit der „Universalisierung des Kosovo-Prinzips“ gedroht, was er im Fall der Krim auch praktizierte. So sieht es zumindest Serbien, dessen Präsident gerade einen neuen Kosovo-Plan erarbeitet, der die „Souveränität der Republik Kosova“ fast zur Gänze zurückdrehen will.

Den Serben gefällt es, die EU zu brüskieren

Noch mehr gefällt es den Serben, die EU zu brüskieren. Nur altgediente Diplomaten wie Dusan Lazic, Serbiens Ex-Botschafter in der Ukraine, warnen davor, dass Belgrads neuer Umgang mit Moskau Serbiens EU-Ambitionen nicht förderlich sei. Das sagt auch der Slowake Eduard Kukan, im EU-Parlament für Serbiens EU-Assoziierung zuständig, während Michael Davenport, Chef der EU-Mission in Serbien, jede Auswirkung auf Serbiens EU-Annäherung ausschließt. Am 15. April ließ US-Präsident Barack Obama seinen Außenminister John Kerry einen Brief an Präsident Nikolic aushändigen, dass die „amerikanisch-serbischen Beziehungen stark und ansteigend“ seien, dass „Serbien sich in den letzten Jahren regional und global sehr verändert“ habe, die OSZE gut leite und im Kampf „gegen Extremismus und Terrorismus“ wertvolle Unterstützung leiste. Solches Lob kommt aus Brüssel nicht. Serbien wird seit langer Zeit von der EU hingehalten, jede Konzession gegenüber dem Kosovo geriert neue Forderungen, gerade hat Deutschland elf neue Vorbedingungen für den Beginn von Beitrittsverhandlungen vorgebracht – was Brüssel bestätigt, Berlin bestreitet und Belgrad ignoriert. Es hat die Sanktionen gegen Russland nicht mitgetragen, wovon es nun profitiert. Putin hat verkündet: „Ich erwarte keine baldige Aufhebung der Sanktionen. Sie werden Russland zwingen, seine Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren, und wir müssen nicht auf das Ende der Sanktionen warten.“ *Wolf Oschlies*

Seitenwechsel

Oligarchen bedrohen ukrainisch-amerikanisches Bündnis

Viele Jahre war Rinat Achmetow der bedeutendste Oligarch der Ukraine. Er hatte sich im Donbass ein gigantisches Wirtschaftsimperium aufgebaut und unterstützte Staatschef Janukowitschs Partei der Regionen. Mit den zunehmenden US-Bemühungen um eine Kontrolle der Ukraine wechselte er rasch die Seiten und wurde als Gouverneur seines bisherigen Herrschaftsbereichs eingesetzt. Um sich als Sachwalter US-amerikanischer Interessen in der Gunst des erwarteten neuen Hegemons zu positionieren, finanzierte er zunächst verschiedene Separatistengruppen, um sie später durch einen von ihm koordinierten Einsatz bewaffneter Arbeiter seiner Werke niederschlagen zu lassen. Doch die Separatisten entzogen sich seiner Kontrolle und die Arbeiter sympathisierten mit einer Autonomie der Region. Durch die faktische Abspaltung des Donbass verlor er einen erheblichen Teil seines Besitzes. Auch die von ihm kontrollierten Unternehmen auf der Krim wurden nach deren Anschluss an Russland verstaatlicht. Seitdem führt Achmetow Verhandlungen mit Moskau über seine Besitztitel im Donbass und auf der Krim. Politisch verhielt er sich in der letzten Zeit auffallend ruhig.

Niemals ruhig verhalten hat sich sein Konkurrent Igor Kolomojskij, einer der Hauptfinanziers der früheren westlichen Machtergreifungsversuche unter Juschtschenko und Timoschenko. So überraschte es nicht, dass er im März 2014 ähnlich wie Achmetow im Donbass zum Gouverneur seiner Heimatstadt Dnjepopetrowsk ernannt wurde. Von Kolomojskij ist bekannt, dass er Unternehmen mit Waffengewalt übernimmt. Nach seinem Amtsantritt gründete er das private „Dnipro-Bataillon“ zur Bekämpfung der Separatisten, das zahlreiche Kriegsverbrechen verübte. Inzwischen wurden auch die USA über diese Entwicklungen und die aus ihnen resultierende Gefahr eines völligen Entgleitens der militärischen Lage im Osten der Ukraine besorgt und forderten Poroschenko zum Handeln auf, mit der Folge, dass Kolomojskijs als Gouverneur entlassen wurde.

US-Botschaft war offenbar an Machtspielen beteiligt

Zentrale Streitobjekte zwischen Kolomojskij und Poroschenko waren das Erdölunternehmen Ukrnafta und Ukrtransnafta, das die wichtigsten Pipelines des Landes besitzt und damit auch für die europäische Gasversorgung von Bedeutung ist. Das ukrainische Parlament hatte vor allem im Hinblick auf diese beiden Unternehmen zur Erfüllung von „allgemeinen“ Anforderungen des IWF als Kreditgeber Änderungen im Unternehmensgesetz beschlossen. Kolomojski drohte daraufhin ziemlich unverhohlen mit einem Seitenwechsel hin zu den Separatisten.

Angesichts der verfahrenen Lage folgten Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, an denen offenbar auch die US-Botschaft maßgeblich beteiligt war, handelte es sich doch bei allen beteiligten Parteien um ihre bisherigen Interessensvertreter. Keine zwei Wochen später lud der Kiewer Generalstaatsanwalt Kolomojskij „zu einem Gespräch“ ein. Es gehe dabei um einen Mordanschlag auf einen Rechtsanwalt vor zehn Jahren, als dessen Urheber er gilt. Leichen im Keller gibt es in der Ukraine reichlich, so dass hierüber noch mancher gegenwärtig Mächtige stolpern könnte – die Entwicklung des Landes bleibt somit in weiten Teilen offen. Dass aber die einflussreichsten ukrainischen Oligarchen in einem solchen Ausmaß aus der amerikanisch-nationalukrainischen Phalanx ausscheren und erkennbar über ein Arrangement mit Moskau nachdenken, gibt in jedem Fall zu denken. *T. W. Wyrwoll*

Bargeldverbot: Die Gefahr rückt näher

Eine scheinbar abstruse Idee nimmt zunehmend Gestalt an – Was den Bürgern drohen könnte

Ein mögliches Bargeldverbot dringt immer weiter in die Debatte. Die einen preisen das Verbot an, Skeptiker warnen vor seinen schlimmen Folgen für die Bürger, und Ökonomen sagen, was wirklich damit beabsichtigt wird.



Auslesbarer Mensch: Bei jedem bargeldosen Vorgang hinterlassen wir Spuren Bild: ddp images

Bargeld könnte verboten werden? Man will uns, vielleicht schon in einigen Jahren, zwingen, alles nur noch mit Karte, Chip, Mobiltelefon oder anderen Vehikeln des bargeldlosen Verkehrs zu bezahlen, ganz ohne Münzen und Scheine? Selbst Kleinstbeträge?

Auf den ersten Blick erscheint das wie eine Schnapsidee. Oder wie die Alarmmeldung chronisch aufgeregter Katastrophenpropheten. In die zweite Kategorie mag so mancher die Ankündigung des Wirtschaftsjournalisten Michael Mross stecken, der in seinem Internet-Portal „MMnews“ unlängst von einem internen Papier der EU-Kommission berichtete. Danach solle das Bargeld ab 2018 verschwinden, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe das Papier bereits abgesegnet.

Unsinn? Wer die Debatte der vergangenen Monate beobachtet hat, die in einflussreichen Kreisen zu dem Thema geführt wurde, wird da anders denken. Der ehemalige US-Finanzminister und gewichtige Harvard-Ökonom Larry Summers hat ebenso wie sein US-Ökonomen-Kollege Kenneth Rogoff vergangenes Jahr ganz offen ein Verbot von Bargeld gefordert. Beider Argument: Nur so ließen sich Negativzinsen auf Spareinlagen dauerhaft durchsetzen.

Das Problem: Regierungen und Finanzwirtschaft haben einen Schuldenberg aufgetürmt, den sie faktisch nicht mehr abtragen können. Wollen sie ihren Zusammenbruch verhindern, wünscht sie demzufolge in viel drastischerer, theoretisch unbegrenzter Weise auf das Geld der Bürger zugreifen.

Jetzt schon experimentieren einzelne Kreditinstitute und Staaten mit Negativzinsen. Wer eine fünfjährige deutsche Staatsanleihe kauft, also der Bundesregierung für fünf Jahre Geld leiht, muss absurderweise dazu bezahlen, anstatt dass ihm der Kreditnehmer Bundesrepublik für sein Geld Zinsen zahlte, wie es eigentlich sein sollte. Auch die ersten Banken erheben auf große Einlagen bereits Negativzinsen.

Wer aber kauft negativ verzinste Staatsanleihen? Das sind beispielsweise Versicherungen. Sie hat die Politik per Gesetz gezwungen, das Geld der Versicherten zu einem Großteil in Staatspapiere anzulegen, weil es dort „sicher“ sei.

Die Überlegungen von Summers und Rogoff gehen weiter. Sie wollen alle, auch kleine private Ersparnisse mit Negativzinsen für Regierungen und Finanzindustrie „nutzbar“ machen.

Das derzeit noch bestehende Hindernis ist, dass die zur Schröpfung freigegebenen Bürger ihr Geld einfach von der Bank holen und zuhause in bar aufbewahren könnten. Genau da setzt das Bargeldverbot an: Gibt es keine Scheine und Münzen mehr, liegt alles Geld immer bei irgendeiner Bank und kann jederzeit eingezogen werden. Die Bürger hätten keine Chance mehr, sich ihrer schrittweisen Enteignung zu entziehen.

Als Wissenschaftler können Rogoff und Summers solche Absichten ganz offen vortragen, Politiker und Banken haben es da schwerer: Sie wollen gewählt werden oder buhlen um Kunden. Daher versuchen beide, ihren Bürgern und Bankkunden den Abschied vom Baren möglichst schmackhaft zu verkaufen – so, als sei es zu deren eigenem Vorteil.

> Negativzinsen sind nur so gegen alle durchsetzbar

Da heißt es etwa, der bargeldlose Zahlungsverkehr sei für die Verbraucher viel bequemer, und man könne nicht mehr bestohlen werden. Letzteres wird schon Lügen gestraft dadurch, dass es Computer-Ganoven immer wieder gelingt, Geld auf elektronischem Wege zu stehlen.

Zudem wird versucht, den Bargeldverkehr in schiefes Licht zu rücken: Im Grunde benötigten nur Gestalten wie Drogendealer oder Steuerhinterzieher das Bargeld. Wer nichts zu verbergen habe, könne jede Zahlung auch offen über sein Konto laufen lassen.

Bei jener Offenheit liegt jedoch schon die zweite Gefahr. Nicht bloß könnten sich die Bürger ohne Bargeld kaum noch gegen ihre häppchenweise Enteignung durch Banken und Staaten wehren. Sie würden auch nahezu lückenlos überwachbar.

Heute schon hinterlassen die Menschen, etwa über die Handy-Ortung, eine weit dichtere Datenspur als noch vor Jahrzehnten. Bei ausschließlich bargeldlosem Bezahlen wäre nahezu ihr gesamter Lebenswandel unter dem Radar staatlicher Überwacher. Die wüssten dann lückenlos, was wir wann und wo einkaufen und wie viel, wohin wir abends ausgehen und was wir dort zu uns genommen haben, wann und wo wir die U-Bahnkarte nach Hause lösen oder wann und wo wir wie viel Benzin tanken und alles mögliche mehr. Ein Großteil dessen, was die Bürger tagtäglich tun, löst schließlich einen Zahlungsvorgang aus.

Jeder einzelne hinterließe eine gewaltige Datenspur, welche staatliche Stellen jederzeit unter die Lupe nehmen könnten, ohne den Bürger dafür aufwendig beschatten zu müssen. Arglosen, die immer noch meinen, das sei ihnen egal, denn sie hätten ja „nichts zu verbergen“, empfehlen warnende Stimmen folgendes Gedankenspiel: Stell dir vor, jene Partei, die du am gefährlichsten findest, gewänne die absolute Mehrheit – und damit die Herrschaft über all diese, deine Daten. Dann entscheide noch einmal, ob du wirklich nichts hast, was du lieber verborgen halten möchtest.

Die Bargeldabschaffung läuft derweil schleichend, in Schweden ist sie am weitesten fortgeschritten. Skeptiker wenden ein, dass der gänzlichen Abschaffung der Scheine und Münzen jedoch einiges entgegenstehe, weshalb sie ein (abartiger) Traum bleibe. So würden die Menschen im Zweifel auf Devisen, Edelmetalle oder Tauschhandel ausweichen, und das Bargeldverbot aushebeln. Zudem litte ohne Bargeld die Stabilität der Währung.

Indes: Auch der Besitz von Edelmetallen könnte, ebenso wie der von Devisen, verboten werden. Und die Möglichkeiten im Tauschhandel sind stark begrenzt. Und die Stabilität der Währung? Die Erfahrung mit dem Euro zeigt, dass die gern geopfert wird, wenn Politik und Banken an das Geld der Bürger wollen.

Bargeld-Verteidiger empfehlen, als Mittel des Widerstands gegen die drohenden Entwicklung wo immer möglich bar und nicht mit Karte zu bezahlen. Letztlich entscheide die Akzeptanz rein bargeldlosen Zahlungsverkehrs darüber, ob die Politiker den Schritt zum Bargeldverbot wagten. Es komme also auf jeden einzelnen und sein tägliches Verhalten an, ob die Gefahr gebannt werden könne. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

EU-Milliarden für die Ukraine

Brüssel – Die EU hat weitere 250 Millionen Euro für die Ukraine freigegeben. Damit beliefen sich die insgesamt geleisteten Hilfskredite auf 1,6 Milliarden Euro, teilte die EU-Kommission mit. Bereits vor dieser Ausschüttung hatte die EU ein neues Hilfsprogramm von 1,8 Milliarden Euro für die Ukraine aufgelegt. Zwei Drittel dieser Summe sollen noch vor Jahresende ausgezahlt werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wiederum hat Kiew 16,4 Milliarden Euro, verteilt über die kommenden vier Jahre, zugesagt. Der Betrag gilt als Basis für ein Hilfspaket der internationalen Gemeinschaft von insgesamt 40 Milliarden Dollar. *J.H.*

US-Lesezimmer zu TTIP für EU

Washington – Die US-Regierung reagiert auf die Forderungen aus EU-Mitgliedsstaaten nach einem einfacheren Zugang zu Texten und größerer Transparenz rund um das Freihandelsabkommen (TTIP). In den US-Botschaften in der gesamten EU werden sogenannte Lesezimmer eingerichtet, in denen Politiker der Mitgliedsstaaten Geheimdokumente über das Freihandelsabkommen einsehen können. Wer dort Zugang zu den Dokumenten haben soll, bestimmen die nationalen Regierungen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.528.518.364 €
Vorwoche: 2.049.422.738.806 €

Verschuldung pro Kopf:
25.375 €
Vorwoche: 25.374 €

(Dienstag, 5. Mai 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bachelor in der Kritik

Wirtschaft will mehr Abiturienten für die Lehrstellen

Die deutsche Wirtschaft ist in zunehmendem Maße unzufrieden mit dem Bachelor. Bei einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) gaben die mit 47 Prozent weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen an, dass Berufseinsteiger mit diesem Hochschulabschluss ihre Erwartungen erfüllen würden. Von den 2000 befragten Unternehmen zeigten sich vor allem kleine Firmen sowie die Tourismuswirtschaft und Dienstleistungsunternehmen von den Bachelor-Absolventen enttäuscht. Rund jedes dritte Unternehmen aus diesen Wirtschaftszweigen wünscht sich demzufolge eine stärkere Praxisausrichtung der Studiengänge. Jeder fünfte Bachelorabsolvent bekommt die Kündigung schon vor dem Ende der Probezeit.

Ein Vergleich mit vorangegangenen Umfragen zeigt, dass die ohnehin nie große Zufriedenheit in der Wirtschaft kontinuierlich sinkt: Im Jahr 2007 zeigten sich immerhin noch 67 Prozent der befragten Unternehmen mit den Bachelor-Absolventen zufrieden. Bis 2011 war der Anteil auf 63 Prozent abgesunken.

DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert, aus diesen Zahlen Konsequenzen zu ziehen: „Die Zahl der Studienplätze kann nicht grenzenlos steigen. Ich bin sogar dafür, sie wieder zu verknappen.“ „Wir leiden an einer Überakademisierung“, so Schweizer. Aus Sicht des DIHK-Präsidenten ist die Abbrecherquote unter den Studienanfängern mit knapp 30 Prozent viel zu hoch. Zudem gehe der Boom bei den Studentenzahlen zulasten der dualen Berufsausbildung. Als konkrete Gegenmaßnahme empfiehlt Schweitzer sinnvolle Zulassungsbeschränkungen, die sich nicht nur an Abiturnoten orientieren dürfen, um geeignete Kandidaten für die richtigen Fächer zu finden.

> Nicht-Abiturienten gelten kaum noch als ausbildungsfähig

Doch nicht nur die Entwicklung um den Bachelor gibt Anlass, über eine Kehrtwende bei der bislang betriebenen Bildungspolitik nachzudenken. So sind im Ausbildungsjahr 2013/2014 erstaunliche 37100 Lehrstellen unbesetzt geblieben – zehn Prozent mehr als im Ausbildungsjahr zuvor. Trotzdem blieben 20900 Bewerber ohne Ausbildungsplatz. Gut 250000 junge Menschen wechselten in das sogenannte Übergangssystem. Als Übergangssystem werden mehrere einjährige Bildungsangebote bezeichnet, namentlich das Berufsgrundbildungsjahr, das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufseinstiegsjahr, die für alle Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz gefunden und ihre Pflichtschulzeit noch nicht erreicht haben, verpflichtend sind.

Die erstaunlich hohe Zahl sowohl unbesetzter Lehrstellen als auch unversorgter Ausbildungsinteressierter wird je nach politischem Lager verschieden gedeutet. Laut einer Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden in der deutschen Wirtschaft kaum noch Lehrstellen für Hauptschulabsolventen ausgeschrieben. Vor diesem Hintergrund seien die zunehmenden Versuche der Wirtschaft, Abiturienten für eine Lehre zu gewinnen, zu sehen. Die Wirtschaft verschmähe Bewerber mit Haupt- oder Realschulabschluss und wolle nur noch Abiturienten, so der im Raum stehende Vorwurf. Allerdings wäre in diesem Falle zu fragen, warum mittlerweile Hauptschulabsolventen seitens der Wirtschaft kaum noch als ausbildungsfähig eingeschätzt werden. *Norman Hanert*

Nicht nur billige Löhne

Was Mexiko für die Autoproduzenten der Welt so attraktiv macht

Endlich eine gute Nachricht für das von negativen Drogen-Schlagzeilen heimgesuchte Mexiko: Die Autoindustrie des Landes prosperiert zur Zeit und ist dabei, die USA zu übertrumpfen. Experten wie „HIS Automotive“ rechnen mit einem Anstieg der Fahrzeugproduktion um jährlich 54 Prozent bis auf rund fünf Millionen im Jahre 2022. Dagegen nehmen sich die sieben Prozent auf nicht mehr als zwölf Millionen der bisher dominierenden US-Industrie ziemlich mager aus.

Der Grund für das mexikanische Wachstum: Die großen Automobilproduzenten der Welt machen sich niedrige Arbeitslöhne, Freihandelsabkommen und die erstaunlich angestiegene Qualifikation der mexikanischen Arbeitskräfte zunutze und investieren Milliarden. BMW kündigte bereits im letzten Jahr den Bau einer Fabrik in San Luis Potosi für eine Milliarde US-Dollar an. Daimler und Nissan bauen gemeinsam für 1,4 Milliarden ein Werk in Aguascalientes, und Audi errichtet für 1,3 Milliarden eine Fabrik nahe Puebla. Auch Toyota hat längst den Wert mexikanischer Herstellung erkannt und wird für eine Milliarde Dollar ein Werk in Zentralmexiko errichten, wo Kompaktwagen des Typs „Corolla“ hergestellt werden sollen. Selbst diese Investition wird noch übertrumpft von der Ford Motor Company, die für 2,5 Milliarden Dollar Motor- und Getriebe-Werke in Chihuahua und Guanajuato ausbauen beziehungsweise neu errichten und damit 3800 Arbeitsplätze schaffen will. Wie das Center for Automotive Research (CAR) ermittelte, haben die Autohersteller und ihre Lieferanten allein in diesem Jahr den Einsatz von 5,5 Milliarden Dollar für den Aus- und Neubau von Fabriken in Mexiko angekündigt, während in den USA die großen Automobilhersteller seit 2009 keine einzige neue Fabrik mehr errichtet haben.

> 5,5 Milliarden Dollar für den Aus- und Neubau von Fabriken

Dieser Boom ist, wie der Präsident des CAR, Jay Baron, ausführt, vor allem zu erklären mit einem Netz von Freihandelsabkommen, das Mexiko mit 40 Nationen abgeschlossen hat, die gemeinsam für 70 Prozent der Weltproduktion verantwortlich zeichnen. Auch ist das Land prädestiniert für Exporte mit seinen Häfen sowohl am Pazifik wie auch am Atlantik. „Kein anderes Land in der Welt hat vergleichbare Exportmöglichkeiten“, schwärmt Baron. „Schon jetzt gehen große Mengen von in Mexiko hergestellten Volkswagen und Nissans nach Europa, Südamerika und an andere globale Märkte.“

Ein anderer Standortvorteil sind die niedrigen Löhne. Arbeiter in der mexikanischen Autoindustrie verdienen nur einen Bruchteil des Gehalts ihrer Kollegen in den USA und Kanada. Der Stundenlohn in der Autoproduktion beträgt umgerechnet 5,64 Euro, in den USA sind es 27,78, in Kanada gar 34,65 Dollar. Bei den Lieferanten beträgt er gar nur 2,47 Dollar gegenüber 19,65 in den USA und 21,66 in Kanada. So erwartet zum Beispiel Toyota mit seiner neuen Fabrik in Guanajuato eine Senkung der Herstellungskosten um 40 Prozent gegenüber 2008.

Doch, wie Jim Lentz, Präsident und CEO von Toyota Motor North America, meint, geht es nicht nur um billigere Löhne, sondern mit 2000 neuen Arbeitsplätzen um den geplanten Einsatz von neuesten Technologien, um den Start der – wie der Auto-Gigant es nennt – „Toyota New Global Architecture“. Da darf man gespannt sein. *Liselotte Millauer*

Falsches Vorbild

Von Harald Tews

Das Streikrecht ist ein hohes Gut in Deutschland. So soll, so muss es bleiben. Problematisch wird es, wenn eitle Machtkämpfe kleinerer Gewerkschaften dazu führen, dass dauerhaft gesamtwirtschaftlicher Schaden angerichtet wird. Denn der droht so langsam nach dem monatelangen Streik der Lokführergewerkschaft GDL zu entstehen.

Millionen Bahnreisende müssen ausbaden, was GDL-Chef Claus Weselsky (siehe „Zur Person" S. 24) mit seinem in diesen Tagen intensivierten Streik bezweckt. Er zielt mit seiner Forderung nach einem eigenen Tarifvertrag für die in seiner Gewerkschaft organisierten Zugführer und -begleiter gegen die Bahn, will aber die Bundesregierung treffen. Denn die bereitet ein Tarifeinheitsgesetz vor, das gerade solche „englischen Verhältnisse" verhindern will. In den Zeiten vor der britischen Premierministerin Margaret Thatcher waren es kleine Spartengewerkschaften – ähnlich wie die GDL hierzulande –, welche die Insel auch wirtschaftlich lahmlegten.

Damit der soziale Friede in diesem Land gewahrt bleibt, dürfen diese kleinen Gewerkschaften nicht weiter an Macht gewinnen. Englische Verhältnisse sollten wir uns nicht zumuten.

Eine Wende

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Erstaunlich, dass es in Russland wirtschaftlich nach einem Jahr Sanktionen allmählich wieder aufwärts geht. Dass sich der Rubelkurs, wie von russischen Wirtschaftsanalysten vorausgesagt, schon in diesem Frühjahr von seiner Talfahrt wieder erholen würde, hätte niemand im Westen geglaubt. Zu Jahresbeginn noch wurden russische Aktien von führenden Ratingagenturen auf Ramschniveau herabgestuft.

Und nun die Wende: Das amerikanische Magazin „Forbes" lobt Russlands Wirtschaft in seiner jüngsten Ausgabe. Es heißt, zwar werde es Erschütterungen geben, Märkte würden kollabieren, aber Russland werde sich immer erheben. Es sei sogar ein Favorit für Investoren. Woher dieser überraschende Sinneswandel? Kann es doch sein, dass westliche Medien seit dem Ausbruch des Ukrainekonflikts Unwahrheiten über Russland verbreitet, ja, sogar einen Propagandakrieg gegen Putins Land geführt haben? Die jüngste Berichterstattung in der „Washington Post" über den Gold-Rubel und die Einschätzung von „Forbes", dass „die Panik in den Reihen der Anleger aus einer nicht objektiven Berichterstattung westlicher Medien über die Entwicklung in Russland" geschürt wurde, und weiter das Zitat eines holländischen Unternehmers in derselben Ausgabe, „Von allen Seiten wird zu viel Müll über Russland verbreitet", legen diesen Schluss nahe. Es ist gut, wenn amerikanische Medien damit beginnen, unwahre Meldungen über Russland und Putin aufzudecken.

Vielleicht werden unsere Medien sich nach und nach ein Beispiel daran nehmen.

Wer sich selbst verachtet ...

Von Frank Horns

Was mag so ein potenzieller Einwanderer aus fremden Landen eigentlich denken, wenn er ausgerechnet dieser Tage in Deutschland seine neue Heimat sucht? Mal angenommen, er ist absolut willens, sich zu integrieren. Er will fleißig sein, sich anpassen und dazugehören. Irgendwann möchte er sogar von sich sagen können, dass er ein guter Deutscher sei, vielleicht sogar, dass er stolz sei, ein Deutscher zu sein.

Aber wie verstört wird dieser – ja nicht unwillkommene – Mensch sein, wenn er auf eine Nation im Selbsthass trifft. Der derzeitige Umgang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren macht dies wieder einmal besonders deutlich (siehe Seite 1). Der zugewanderte „Möchtegern-Deutsche" findet sich in einem Land wieder, dass seine weit über tausendjährige, großartige Geschichte auf zwölf dunkle Jahre reduziert. Karl der Große, Luther, Friedrich der Große, Bismarck – sie alle stehen aus dieser Sicht im düsteren Schatten des Mannes mit dem lächerlichen Schnauzbart. Zudem hat sich der exzessive Schuldkult längst verselbstständigt. Anscheinend alle Untaten der Welt möchte die Nation auf ihre derzeit 81 Millionen Schultern laden. Der Völkermord an den Armeniern? Ja, irgendwie sind natürlich auch wir Deutschen Schuld daran. Wenn das der Bundespräsident behauptet, wird es schon stimmen. Andere Menschheitsverbrechen? Wenn man lange genug sucht, wird sich bestimmt etwas Deutsches finden lassen, was sich damit in Zusammenhang bringen lässt, selbst wenn es noch so abwegig ist.

Im Schatten des Mannes mit dem lächerlichen Bart

Der Hass auf die eigene Geschichte verschattet auch die Gegenwart. Verschämt und verängstigt tritt man den Fremden gegenüber. Bloß nichts falsch machen, lautet die Vorgabe der political correctness, und wenn sich doch jemand beschwert, dann wird er schon recht haben. Als Deutsche können wir ja nur alles falsch machen.

Wer mit dieser Einstellung allerdings Hunderttausende aus aller Herren Länder in die eigene Nation integrieren möchte, wird katastrophal scheitern. Zu einer erfolgreichen Willkommenskultur gehört ein Gastgeber, der dem Neuzugang eben nicht nur mit Speis und Trank versorgt, sondern ihm gerade in die Augen schaut. Mit festem Händedruck und selbstbewusstem Auftreten muss er ihm bewusst machen, dass er nicht irgendwo aufgenommen wird, sondern dass er sich glücklich schätzen kann, ausgerechnet an diesem Flecken und bei diesem Völkchen Unterkunft zu finden. Wer sich dagegen selbst verabscheut und verachtet, dem werden genau diese Gefühle auch von anderen entgegengebracht. Er wird nicht mehr ernst genommen, sondern ausgenutzt. Er wird im eigenen Land zum Opfer.



Ein klares Bekenntnis zur neuen Heimat: Deutsche Fahnen am Stand eines türkischstämmigen Gemüsehändlers in Berlin

Bild: Ullstein

Frei gedacht



Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

Von Eva Herman

Es sind ganz alltägliche Ereignisse, die manchmal den Blick öffnen für den derzeitigen Fieberzustand unserer Gesellschaft. Die Rede ist von dem einstigen Land der Dichter und Denker, die heute allerdings nur in weniger Menschen Bildungskenntnisstand, wenn überhaupt, noch namentlich vorhanden sind. Nehmen wir die deutschen Ämter und Verwaltungen. Folgende Geschichte habe ich selbst erlebt, oder, anders ausgedrückt, dieser Albtraum scheint offenbar nie mehr enden zu wollen.

Eine Freundin ist mit ihren beiden Töchtern und ihrem Lebensgefährten nach Hamburg gezogen, ganz in meine Nähe. Sie will sich und den Rest der Familie ummelden. Ich erkläre mich bereit mitzugehen, da ich selbst in dem großen Referat etwas zu erledigen habe. Gegen neun Uhr morgens betreten wir die Behörde. Eine kleine Schlange steht vor uns, diese Leute haben keine Nummer gezogen, denn sie wollen lediglich einen Termin vereinbaren, wozu ich Susanne auch geraten hatte. Anderenfalls müssten wir, wie die anderen Leute, die da drüben wie die armen Sünder in dem sonnendurchglühten Glaskasten vor sich hinbrüten, mehrere Stunden lang bis zum Aufruf warten. Nach etwa einer Viertelstunde sind wir an der Reihe. Eine Beamtin thront hinter einem hohen Desk, dessen ansehnliche Breite eine noch größere Kluft zum Besucher schafft. Susanne bittet um einen Termin. Das Gesicht der Beamtin wirkt müde, desillusioniert, gleichzeitig gerät jetzt aber auch eine Spur von Nachdruck in die Miene. Sie rafft sich etwas auf, die Schultern straffen sich, als sie auf das große Schild vor sich auf dem Pult deutet und Susanne anblitzt: „Können Sie nicht lesen?" In der Tat hatten wir nicht auf die graue Pappe geachtet, die uns in bestürzender Sachlichkeit mitteilt, dass aus „krankheitstechnischen Gründen" leider keine Terminvereinbarungen möglich seien. „Ja, aber Sie sitzen doch selbst hier, um die Termine zu vergeben", wende ich ein. „Aber ich kann Ihnen nur einen Termin in sechs Wochen anbieten, da ich nicht weiß, wann die Kollegen wieder gesund sind." Ein kratzendes Hüsteln, das ihre Ansprache beendet, deutet auf eine mögliche Infizierung ihrerseits hin, die sich noch innerhalb der Inkubationszeit zu befinden scheint, die jedoch in absehbarer Zeit ebenso ihren Anspruch geltend machen wird. „Sechs Wochen?" Susannes Augen verdoppeln ihre Größe. „Sechs Wochen!" Die Frau ist fest entschlossen, von diesem Datum auf keinen Fall auch nur einen Tag abzuweichen. Susanne stöhnt, ich atme tief durch. Macht man sich nicht sogar strafbar, wenn man nicht innerhalb einer vorgegebenen Zeit umgemeldet ist? Meine Freundin denkt offenbar ähnlich, sie entgegnet nun, dass es doch irgendeine Möglichkeit geben müsse, diesen schwierigen Akt deutscher Bürokratie zeitnah zu überwinden. Die Verwaltungsfrau, die mir irgendwie leid tut, jedoch bleibt hart: „Sie können gerne morgen früh um sieben kommen und eine Nummer ziehen." Sie deutet mit leichtem Kopfnicken zu der dampfenden Glassauna hinüber, die sich inzwischen gefährlich angefüllt hat mit ergeben wartenden, demutsvoll gebeugten Steuerzahlern. „Aber, wie ich schon sagte, es wird wohl bis zum Nachmittag dauern!" Es handelt sich, ganz klar, bei dieser Aussage um eine massive Drohung, die ihre Wirkung nicht verfehlt. Ein kurzer Blick genügt, dann sehen wir uns an. „Wann wird Ihr Betrieb hier denn wieder normal laufen", will ich wissen. „Frühestens Ende nächster Woche!" Die Amtsfrau ist nun Feldwebel! Susanne lässt sich nicht einschüchtern, sie hat noch mehr auf dem Zettel: „Sagen Sie bitte, und wo kann ich mein Auto ummelden?" Die Beamtin scheint leise zu triumphieren: „Hier! Vereinbaren Sie am besten Anfang übernächster Woche hier einen Termin. Die Nummernschilder allerdings gibt's hier nicht: Da müssen Sie zur Kfz-Zulassungsstelle!" Sie lächelt milde. Nehme ich einen leicht ironischen Zug um ihre Lippen wahr, während sie sagt: „Dort brauchen Sie allerdings mindestens sechs bis acht Wochen Wartezeit!"

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der PAZ. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Fliehenden Schrittes verlassen wir das Amt. Es ist, als seien wir in einem Horrorfilm gelandet, wo man von allen Seiten verfolgt, verlacht, verhöhnt wird. Dennoch: So schnell lassen wir uns nicht unterkriegen. Zwei Tage später sitzen wir um acht Uhr morgens im bereits gut vorgeheizten Glaskasten, inmitten Dutzender anderer Wartenden, um 12.30 Uhr sind wir endlich stolze Besitzer sämtlicher Ummeldungspapiere. Da das Eisen unbedingt geschmiedet werden muss, solange es noch heiß ist, verkünde ich kühn: „Und morgen gehen wir zur Zulassungsstelle. Und zwar früh um sieben! Dann sind wir die Ersten, ruck-zuck wird es gehen!"

Selbstbewusst machen wir uns am nächsten Morgen um 6.15 auf den Weg. Kurz vor sieben ist es, als wir unser Auto an der großen Kfz-Ummelde-Anstalt parken. Wir gehen um das Gebäude herum, zum Haupteingang, und erstarren: Mehrere etwa 50- bis 80-Meter-Schlangen tun sich vor uns auf, es sind hunderte Menschen, die offenbar schon lange hier warten. Ihre Niedergeschlagenheit steht den meisten ins Gesicht geschrieben, stumpf ergeben trotten sie im Fünf-Minuten-Takt um wenige Zentimeter vorwärts. Die meisten sprechen nicht, trostlose Ferne in den Mienen, scheinen sie alle sozialen Kontakte vermeiden zu wollen. Manche telefonieren, wenige unterhalten sich miteinander: Es sind offenbar südosteuropäische Autohändler, die mit ganzen Stößen Ummelde-Papierzeugs warten. Entsetzt schaue ich Susanne an, sie starrt ebenso fassungslos zurück. Wie auf Kommando schütteln wir beide den Kopf: „Nein, hier bleiben wir ganz gewiss nicht!" Auf dem Absatz machen wir kehrt, ein anschwellendes Stimmengewirr, das sich in Sekundenschnelle zu einem lautstarken Streit auswächst, beschleunigt unseren Schritt. Nichts wie weg hier.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt mit Ehemann und Kind in Hamburg.

Was nun? Susanne hat den rettenden Gedanken. Entschlossen lenkt sie den Wagen zu einem Vertragshändler ihrer Automarke, betritt mit nachdrücklichem Schritt das moderne Gebäude und steuert die noble Rezeption an, wo eine gutaussehende, junge Blondine sie freundlich nach ihrem Wunsch fragt. Nachdem Susanne sie gebeten hat, dass das Autohaus ihren Wagen ummelden möge, lächelt sie: „Gewiss können wir das für Sie tun, wir kennen diese Klagen schon. Bringen Sie uns morgen Ihren Wagen, wir benötigen: eine Vollmacht von Ihnen, die ASU-Bescheinigung mit TÜV-Bericht, Ihren Personalausweis, Kfz-Schein, sicherheitshalber den Kfz-Brief, ein SEPA-Formular. Dann, nach zwei, drei Tagen, können Sie Ihren Wagen mit einem nagelneuen Kennzeichen wieder abholen. Das Ganze macht nicht ganz 300 Euro." Die Blonde strahlt, freut sich offenbar über ihr gutes Angebot. „Aber dann habe ich ja zwei, drei Tage lang kein Auto?" Susanne denkt an die beiden Kinder, auch an die bevorstehende Reise mit ihnen zu Oma und Opa in den Harz. Da bleibt wohl nur noch der Zug.

Als wir – autolos – schließlich unseren Kaffee im Einkaufszentrum schlürfen, meldet die Radiostimme, die den riesigen Markt geräuschvoll flutet, dass nun einer der längsten Lokführerstreiks der Geschichte Deutschlands unmittelbar bevorstehe: „Eine Woche lang geht im gesamten Schienenverkehr gar nichts mehr!" Welch eine Überraschung!

Mein armes Deutschland ...

Gefühl und Ekstase

Peter Tschaikowski wurde vor 175 Jahren geboren – Sein Werk steht im Mittelpunkt großer Musikfestivals im Sommer

Mit seinen Sinfonien, Balletten und Opern verhalf Peter Tschaikowski Russlands klassischer Musik zu Weltgeltung. Ein innerer Zwiespalt löste dabei seine kreative schöpferische Kraft aus.

Das zwischen der russischen Tradition und der westlichen Musik seiner Zeit stehende Werk Tschaikowskis umfasst fast alle musikalischen Bereiche der Instrumental- und Vokalmusik. Selbst wer mit klassischer Musik nicht viel anfangen kann, wird die berühmtesten Ohrwürmer aus seinen Balletten „Schwanensee“ und „Der Nussknacker“ kennen. Die Melodien dürften auch vielen „Klassikhassern“ vertraut sein.

Mit einer umfassenden Retrospektive ehrt das Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) in über 50 Veranstaltungen vom 11. Juli bis 30. August den Russen als Sinfoniker, Kammermusiker, Lied- sowie Ballettkomponisten und rückt dabei auch weniger Bekanntes ins Scheinwerferlicht. Auch beim Rheingau Musik Festival vom 27. Juni bis 12. September bildet Russlands größter Komponist einen Schwerpunkt.

So eingängig und verständlich Tschaikowskis Musik ist, so geheimnisvoll ist seine Persönlichkeit. Dazu verband eine der rätselhaftesten Beziehungen der Musikgeschichte Tschaikowski mit seiner Gönnerin Nadeschda von Meck. Ein unausgesprochenes Gesetz dieser Freundschaft bestand darin, einander nie persönlich zu begegnen. Dafür pflegten der Musiker und die reiche Witwe eines Eisenbahnunternehmers, die Tschaikowski ab 1876 rund 14 Jahre lang mit einer stattlichen Jahresrente finanziell unter die Arme griff, eine innige Brieffreundschaft. Die Mäzenin wurde für Tschaikowski in jeder Beziehung zum Lebenselixier. Am 28. März 1877 schrieb er ihr: „Wenn Sie wüssten wie schön es für einen Komponisten ist, zu wissen, dass es eine Seele gibt, die alle in seinem Werk offenbarten Gefühle ebenso leidenschaftlich und tief nachempfindet.“ Die über 1200 Briefe der beiden gewähren tiefe Einblicke in das Seelenleben eines Künstlers, der trotz seiner enormen gesellschaftlichen Stellung ein innerlich zerrissener und zweifelnder Mensch blieb. (Dazu Lesung mit Musik beim SHMF am 20., 21. und 22. August.)

Klaus Mann, Sohn von Thomas Mann, setzte dem Komponisten mit seinem Roman „Symphonie Pathétique“ ein literarisches Denkmal: „Gerade die Fragwürdigkeit seines Genies, die Gebrochenheit seines Charakters, die Schwächen des Künstlers und des Menschen machten ihn mir vertraut, verständlich, liebenswert. Seine neurotische Unrast, seine Komplexe und seine Ekstasen, seine Ängste und seine Aufschwünge, die fast unerträgliche Einsamkeit, in der er leben musste, der Schmerz, der immer wieder in Melodie, in Schönheit verwandelt sein wollte, ich konnte es alles beschreiben; nichts davon war mir fremd.“ (Dazu Lesung mit Musik beim SHMF am 16. Juli; die „Pathétique“ genannte Sinfonie Nr. 6 wird am 30. und 31. Juli gespielt.)

Selber homosexuell, verstand Klaus Mann den Musiker sicher besser als andere. Auch er führte ein rastloses Leben ohne Lebensmittelpunkt. Für Tschaikowski waren die Konflikte, die sich nicht zuletzt aus seiner Homosexualität ergaben, jedoch auch wichtige Stimuli für sein emotionsgeladenes Schaffen.

Der Komponist entstammte einer angesehenen Familie, bürgerlich gebildet, aber ohne musikalische Wurzeln. Er wurde am 7. Mai 1840 (25. April laut russischem Kalender) als Sohn eines Bergbauingenieurs und einer Französin in Wotkinsk geboren, einem kleinen Ort nahe dem Uralgebirge, in dem es nicht viel zu erleben gab, kein Theater, keine Oper, keine großartigen Konzerte. Dennoch verlangte der kleine Pjotr Iljitsch bereits mit vier Jahren Klavierunterricht zu erhalten. Sein Talent und Eifer blieb den Eltern zwar nicht verborgen, die vorgesehene Karriere im Staatsdienst wurde dadurch aber nicht in Frage gestellt.


Einziges Bild mit Dame: Nur drei Monate nach der Hochzeit 1877 trennte sich Tschaikowski von Antonina und wollte sich in der Moskwa ertränken Bild: Archiv

Tschaikowskis Berufsleben begann somit zunächst als Justizbeamter in Sankt Petersburg. Schon bald aber gab er den sicheren Beamtenstatus auf, um ab 1862 am St. Petersburger Konservatorium Musik zu studieren, vor allem bei Anton Rubinstein. „Ob die Übersättigung plötzlich in ihm erwacht war – vielleicht unter dem Eindruck irgendeines uns unbekannt gebliebenen Ereignisses, oder ob sie sich nach und nach in seine Seele geschlichen hat, das weiß keiner, denn Pjotr Iljitsch hat sich durch jene schweren Stunden ganz allein durchgerungen. Seine Umgebung hat erst dann etwas davon bemerkt, als die Wandlung bereits vollzogen war“, notierte sein Bruder Modest später in seinen Erinnerungen.

Mit der Ouvertüre „Romeo und Julia“ gelang ihm 1869 der Durchbruch. Zu dieser Zeit arbeitete er bereits drei Jahre am Moskauer Konservatorium als Lehrer, später ab 1871 war er zudem als Musikkritiker tätig. In diesen Jahren entstanden etliche seiner bekanntesten Werke, darunter das Klavierkonzert Nr. 1, das Violinkonzert, die Sinfonie Nr. 4 und die „Rokoko-Variationen“ für Violoncello und Orchester.

Mit dem wachsenden Erfolg als Komponist war die Lehrtätigkeit nicht mehr vereinbar, und 1878 gab Tschaikowski sie auf. Bereits 1875 hatte Hans von Bülow sein erstes Klavierkonzert in Boston uraufgeführt. Und nachdem Nikolaij Rubinstein es drei Jahre später in Paris vorgestellt hatte, avancierte es schnell zu einem der populärsten Klavierkonzerte überhaupt. Tschaikowskis Violinkonzert wurde 1881 von Adolf Brodsky und den Wiener Philharmonikern unter Hans Richter in Wien aus der Taufe gehoben.

Der weltweite Ruhm war nicht mehr aufzuhalten. 1887 entdeckte Tschaikowski auch sein Talent als Dirigent und machte mehrere erfolgreiche Tourneen durch Europa. 1891 brachte ihn eine Auslandstournee sogar bis nach New York, Philadelphia und Baltimore. Nur zwei Jahre später starb er überraschend im Alter von 53 Jahren in St. Petersburg. Nur neun Tage nach der Uraufführung seiner 6. Sinfonie „Pathétique“, die er selber noch dirigiert hatte.

Todesursache war nach Aussagen des Bruders Modest die Cholera. Eine andere Version behauptet, er wurde von einem „Ehrengericht“ zum Selbstmord getrieben, um einer bevorstehenden Bloßstellung als Homosexueller zu entgehen. In Russland bis heute ein Tabu-Thema, das man bei Tschaikowski allem Anschein nach jedoch großzügig „vergisst“. So war auf dem staatlichen russischen Nachrichtenportal Sputniknews zu lesen gewesen: „Pjotr Iljitsch Tschaikowski ist zum nationalen Wahrzeichen Russlands geworden, zum Symbol seines geistigen und intellektuellen Reichtums.“ *Helga Schnehagen*

40 Tage Widerstand

Franz Werfel und der Armenier-Völkermord

Fragt man einen Armenier nach dem in seinem Volk bekanntesten deutschsprachigen Autoren, kommt als Antwort wie aus der Pistole geschossen: Franz Werfel. Dessen Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ wird in Armenien wie ein Nationalheiligtum verehrt. Es gibt kaum einen Haushalt, in dem das Werk nicht zu finden ist. Weil darin der vor 100 Jahren an den Armeniern begangene Völkermord thematisiert wird, dürfte es nach der Bibel das unter Armeniern in aller Welt am meisten gelesene Buch sein.

Ohne dass es in seiner Absicht lag, hat ein Österreicher das Nationalepos der Armenier geschaffen. Es war bei einer Nahostreise lange nach dem Ersten Weltkrieg, als Werfel erstmals mit dem Elend der Armenier konfrontiert wurde. Im Roman-Vorwort schreibt er: „Dieses Werk wurde im März des Jahres 1929 bei einem Aufenthalt in Damaskus entworfen. Das Jammerbild verstümmelter und verhungerter Flüchtlingskinder, die in einer Teppichfabrik arbeiteten, gab den entscheidenden Anstoß, das unfassbare Schicksal des armenischen Volkes dem Totenreich alles Geschehenen zu entreißen.“

Biblisch: »Die vierzig Tage des Musa Dagh«

Nach seiner Rückkehr von der Reise fing Werfel sofort an, historisches Material für einen Roman über diesen Genozid zu sammeln. Dabei stieß er unter anderem auf Dokumente des bedeutenden deutschen Armenien-Forschers Johannes Lepsius, der in dem Roman eine wichtige Rolle als Unterhändler spielt, letztlich aber den türkischen Kriegsminister Enver Pascha vergeblich anfleht, keine weiteren Deportationen durchzuführen.

In seinem fast 1000-seitigen Roman greift Werfel das wahre Schicksal der 4000 christlichen Armenier auf, die sich auf den unweit des historischen Antiochia im Süden der heutigen Türkei am Mittelmeer gelegenen Berg Musa Dagh verschanzten und 40 Tage lang Widerstand gegen die Türken leisteten. Dass er als Jude Parallelen zu der Belagerung von Masada zog, bei der die Römer 73/74 n. Chr. gegen jüdische Aufständische kämpften, ist allzu offensichtlich. Andererseits wurde der im Jahr der Machtergreifung 1933 erschienene Roman später als prophetisches Werk über den Völkermord an den Juden gedeutet.

Nationalsozialismus und Krieg sorgten aber dafür, dass Werfels Roman in Deutschland keine große Beachtung fand. Nach seinem Tod im August 1945 in seinem Exil in Los Angeles stießen der Autor und sein Werk auf kein großes Interesse mehr. Anders in Armenien: In der Völkermord-Gedenkstätte Zizernakaberd in der Hauptstadt Eriwan befindet sich neben Gedenkplatten für Lepsius und Werfel auch ein Raum, der den „Vierzig Tagen des Musa Dagh“ gewidmet ist und in dem jeden Tag eine andere Seite von Werfels bekanntestem Roman aufgeschlagen wird. *Harald Tews*

So sieht es in der Hölle aus

Meister und Epigonen – Hieronymus Bosch und seine Nachahmer

Der niederländische Maler Hieronymus Bosch war schon zu Lebzeiten eine Legende. Dies verdankte er solch bizarren Schöpfungen wie „Die sieben Todsünden“ oder „Das Jüngste Gericht“. Dabei geht es auf den Tafelbildern und Triptychen zumeist chaotisch, lasterhaft und brutal zu: So werden die Verdammten auf dem rechten Innenflügel von „Der Garten der Lüste“, der die Hölle darstellt, mit genau den Musikinstrumenten gefoltert, die sie zu Lebzeiten gespielt haben.

Hiermit wollte der strenggläubige Bosch zeigen, was einen Sünder nach dem Tode erwartet – und das kam während der Renaissance offenbar genauso gut an wie heute ein gruseliger Horrorfilm. Deshalb wurden seine Werke auch von hohen und höchsten Potentaten wie Philipp I., dem Regenten der Niederlande, erworben. Und das wiederum rief jede Menge Nachahmer auf den Plan, welche im Windschatten von Bosch das große Geld verdienen wollten, wobei einige dieser sogenannten „Höllen- und Teufelsmaler“ durchaus begabt waren.

Selbigen Epigonen des großen Künstlers, darunter Hendrik Hondius, Philips Galle und Pieter van der Heyden, widmet das Kupferstichkabinett im Dresdner Residenzschloss nun eine Sonderausstellung, welche noch bis zum 15. Juni zu sehen ist, bevor sie dann im Bosch-Jahr 2016 – der Maler lebte von zirka 1450 bis 1516 – auf die Reise nach Luxemburg geht.

Die Exponate gruppieren sich dabei alle um ein ganz besonderes Prachtstück, nämlich den Kupferstich „Die Endzeit, Himmel und Hölle“ nach Art eines Triptychons von Bosch, der um 1560 im Antwerpener Atelier von Cornelis Cort entstand, und 2012 von den Staatlichen Kunstsammlungen der sächsischen Landeshauptstadt für eine Summe angekauft wurde, welche die Öffentlichkeit nicht erfahren darf. Allerdings wirkt die Präsentation des Druckes doch recht lieblos, was auch auf die anderen Kupferstiche, Bücher, Gemälde und sonstigen Objekte zutrifft, die alle aus der Zeit zwischen 1550 und 1700 stammen und irgendwie den Stil Boschs widerspiegeln sollen.


Philips Galle: Narr (um 1560) Bild: SKD

Zudem kann man über die Interpretation der Kunstwerke durch die Ausstellungsmacher um den Kurator Tobias Pfeifer-Helke streiten: So wird beispielsweise behauptet, Corts Stich stehe für die Zweifel der Nachreformationszeit an den kirchlichen Dogmen rund um das Jüngste Gericht – schließlich zeige das Triptychon ja ein verwirrendes Kampfgetümmel, welches so gar nichts mit der behaupteten systematischen Trennung von Auserwählten und Kandidaten für die Hölle zu tun habe. Allerdings weist Corts Werk auffallende Ähnlichkeiten mit einem Kupferstich von Alaert du Hamels auf, der definitiv vor 1506 und somit ein Jahrzehnt vor Beginn der Reformation entstand.

Ebenso sucht man das „Boscheske“ bei einigen der Ausstellungsstücke weitgehend vergebens. Zu nennen wäre hier unter anderem David Teniers Ölgemälde „Der heilige Antonius in der Felsengrotte“. Darüber hinaus fehlt natürlich auch der Vergleich mit dem, was der Meister selbst geschaffen hat. Hierfür muss der Besucher den Katalog zur Exposition heranziehen, der reichlich Bilder von Werken Boschs enthält. *Wolfgang Kaufmann*

Ein Kriegsende auf der Ostsee

Die Kapitulation im Mai 1945 hätte einen spannenden Romanstoff abgeben können. Dass Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg gleich dreimal an drei verschiedenen Orten die Kapitulationsurkunde unterschrieb, um anschließend Selbstmord zu begehen, lässt sich an Tragik kaum überbieten (siehe Seite 10). Gerade erst den Frieden unterzeichnet und dann selbst Opfer des Krieges!

Ein ähnliches Schicksal griff 1984 Siegfried Lenz in seiner Erzählung „Ein Kriegsende“ auf. Darin schildert der ostpreußische Erzähler semibiografische Erlebnisse als Marinesoldat in Dänemark. In der Erzählung erlebt die Besatzung eines in Dänemark stationierten Minensuchers das Kriegsende mitten auf der Ostsee. Als man nach Libau in Kurland unterwegs ist, um Verwundete zu evakuieren, flüstert der Funkmaat die Neuigkeit: „Bei Lüneburg, sagte er leise, Friedeburg hat unterzeichnet, Generaladmiral von Friedeburg: die Kapitulation.“

Weil der Kapitän selbst auf die Gefahr hin, auf dem gefährlichen Gewässer versenkt zu werden, den Evakuierungsbefehl ausführen will, meutert die Besatzung. Zurück im dänischen Hafen, wird sie vors Kriegsgericht gestellt. Weil man de facto zwar unter britischem Gewahrsam, de jure aber unter deutscher Justizhoheit steht, werden zwei Rädelsführer im Schnellverfahren hingerichtet. Paradox: So überlebten sie das Kriegsende, aber nicht den Krieg. Lenz überlebte übrigens, weil er sich kurz vor der Kapitulation von seinem Hilfskreuzer in Dänemark absetzte und nach Schleswig-Holstein floh. *H. Tews*

Der Frieden begann an der Elbe

Die kampflose Übergabe Hamburgs an die britischen Truppen war der erste Schritt auf dem Weg zur Gesamtkapitulation

Hamburg war die größte Stadt, die während des Zweiten Weltkrieges vollkommen kampflos in die Hände des Gegners fiel. Dass der durch den Bombenkrieg bereits schwer zerstörten Stadt weitere Opfer erspart blieben, verdankt sie einigen mutigen Männern, die mit den Briten bei passender Gelegenheit die Kapitulation Hamburgs aushandelten. Großadmiral Karl Dönitz nutzte den so zum britischen Hauptquartier geschaffenen Kontakt, um ihm die Kapitulation Nordwestdeutschlands anzubieten. Damit war der Weg zur Gesamtkapitulation beschritten.



Wollten den Krieg beenden: Generalmajor Wolz (2. v. l.) und die OKW-Delegation bei den Briten

Bild: IWM

Der Frieden begann mit einem Streit. Nachdem die britischen Truppen am 20. April 1945 das Vorfeld von Hamburg erreicht hatten, begann die Beschießung der südlich der Elbe gelegenen Stadtteile. Von dem britischen Artilleriefeuer wurden auch die Phoenix-Gummiwerke in Harburg mehrfach getroffen, in deren Keller Stabsarzt Prof. Dr. Hermann Burchard ein Volkssturm-Reservelazarett eingerichtet hatte. Um die Verwundeten zu schützen, ließ er ein großes Rotes Kreuz anbringen. Das führte zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Werksdirektor Albert Schäfer, der hierin einen Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht sah, da in dem Werk noch immer kriegswichtige Güter hergestellt wurden. Schließlich kamen beide überein, die Briten um die Einstellung des Artilleriefeuers zu bitten.

Am Morgen des 29. April überquerten sie in Begleitung des Leutnants Otto von Laun als Dolmetscher am südlichen Stadtrand die Linien. Nachdem sie von einer britischen Feldwache aufgenommen worden waren, gelangten sie zum Gefechtsstand der 7. britischen Panzerdivision im Gasthaus „Hoheluft“ in Meilsen bei Buchholz. Hier wurden sie von Hauptmann Thomas Martin Lindsay, dem Nachrichten- und Feindlageoffizier der Division, begrüßt. Der junge, hochgebildete und fließend Deutsch sprechende Offizier behandelte die Deutschen äußerst höflich und zuvorkommend. Die Verhandlungen über die Einstellung des Artilleriefeuers auf das Ortslazarett in Harburg verliefen ohne Probleme. Nachdem die Verhandlungen in so unerwartet kurzer Zeit zu Ende gegangen waren, hatten die deutschen Parlamentäre ihren Auftrag erfüllt.

Hauptmann Lindsay aber hatte einen kühnen Plan. Er wollte dem Hamburger Kampfkommandanten durch die Parlamentäre die kampflose Übergabe der Stadt vorschlagen, um sinnloses Blutvergießen zu vermeiden. Da die beiden Soldaten dies unter Hinweis auf ihren Fahneneid ablehnten, bat er Albert Schäfer um ein Gespräch. Lindsay erklärte, wenn Hamburg nicht innerhalb kürzester Zeit kapituliere, werde es durch Bombenangriffe dem Erdboden gleichgemacht. Schäfer zeigte sich sofort aufgeschlossen.

So schickte Lindsay ihn, nachdem sie gemeinsam ein Glas Whiskey auf das Gelingen ihres Vorhabens geleert hatten, am nächsten Tag mit einer Kapitulationsaufforderung des britischen Divisionskommandeurs an den Hamburger Kampfkommandanten zurück. Als Schäfer Generalmajor Alwin Wolz das Schreiben des britischen Generals überreichte, rechnete er wegen seiner Eigenmächtigkeit mit dem Schlimmsten. Stattdessen bekam er einen freundlichen Händedruck. Schäfer konnte nicht wissen, dass weder Wolz noch Gauleiter Karl Kaufmann bereit waren, den „Führerbefehl“ zur Verteidigung der „Festung Hamburg“ zu befolgen und die Stadt damit sinnlos zu opfern. Beide planten – zunächst unabhängig voneinander –, Hamburg bei passender Gelegenheit kampflos zu übergeben. Diese Gelegenheit war jetzt gekommen.

Wolz informierte Kaufmann über die neueste Entwicklung und beide kamen überein, unverzüglich Parlamentäre zur Herbeiführung der kampflosen Übergabe der Stadt zu entsenden. Das alles musste selbstverständlich unter strengster Geheimhaltung geschehen. Am gleichen Tage hatte Kaufmann in einem Telegramm an Großadmiral Karl Dönitz, den Oberbefehlshaber des gesamten Nordraums, die Frage aufgeworfen, ob der Kampf gegen die Westalliierten, der allenfalls Erfolge von begrenzter lokaler Bedeutung bringen würde, angesichts des unaufhaltsamen Vordringens der Roten Armee noch als sinnvoll angesehen werden könne. Die Antwort war eindeutig: „Halten der Elbe-Stellung mit äußerster Zähigkeit gegen den Westen.“ Dem Großadmiral erschien eine Verteidigung Hamburgs so lange sinnvoll, wie es möglich war, Soldaten und Flüchtlinge durch den schmalen Korridor zwischen Elbe und Ostsee vor der Roten Armee nach Westen in Sicherheit zu bringen.

In den Abendstunden des 1. Mai übergaben zwei Offiziere vom Stab des Hamburger Kampfkomman-

Auftreten der Sieger war wenig ritterlich

danten dem britischen Divisionskommandeur, Generalmajor Lewis O. Lyne, in dessen Gefechtsstand ein Schreiben von Wolz, in dem dieser seine Kapitulationsbereitschaft erklärte. Anschließend diktierte Lyne die Kapitulationsbedingungen und ließ die deutschen Unterhändler wissen, dass er Wolz am nächsten Tag, dem 2. Mai, zu einer Besprechung über die Einzelheiten der Übergabe erwarte.

Trotz aller Bemühungen um Geheimhaltung sickerte etwas von Wolz' Kapitulationsbemühungen zu seinen Vorgesetzten durch, und er rechnete jederzeit mit seiner Verhaftung. Die Spannung in seinem Gefechtsstand löste sich erst, als telefonisch der Befehl des nunmehr zu Hitlers Nachfolger ernannten Großadmirals Dönitz einging, Hamburg kampflos zu räumen. Mittlerweile hatten die britischen Truppen ostwärts von Hamburg die Elbe überquert und die Ostsee bei Lübeck erreicht. Damit war sein Konzept zur Rettung von Millionen „wertvoller deutscher Menschen vor der russischen Willkür“ hinfällig geworden. Nun wollte auch Dönitz den Krieg so schnell wie möglich beenden. Dönitz erkannte die Chance, die sich ihm in dieser Situation durch den von Wolz hergestellten Kontakt zu den Briten bot.

Kaum von der Besprechung mit den Briten über die Modalitäten der Besetzung Hamburgs zurückgekehrt, musste Generalmajor Wolz am frühen Morgen des 3. Mai wieder aufbrechen, um die von Dönitz entsandte Delegation des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) zu Generalmajor Lyne zu begleiten. Nachdem er Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, Konteradmiral Gerhard Wagner und General der Infanterie Eberhard Kinzel dort abgeliefert hatte, durfte Wolz jedoch zu seinem Ärger noch nicht die Kapitulationsurkunde unterzeichnen und nach Hamburg zurückkehren. Stattdessen musste er die OKW-Parlamentäre weiter ins Hauptquartier von General Miles C. Dempsey, dem Oberbefehlshaber der 2. britischen Armee, bei Lüneburg begleiten. Hier ließ man die Deutschen erst einmal warten. Da die Parlamentäre hungrig waren, wurden auf ihre Bitte hin Tee und Kuchen gereicht. Wolz versuchte, mit einem Scherz etwas gegen die frostige Atmosphäre zu tun. Nachdem er herzhaft zugebissen hatte, meinte er, dass es sich gelohnt habe, für ein Stück dieses köstlichen Kuchens zu kapitulieren. Das kam jedoch nur bei den Briten gut an; seine deutschen Begleiter hatten in dieser Situation keinen Sinn für Humor. Bei der anschließenden Kapitulationsverhandlung wurde kein überflüssiges Wort gesprochen. Nachdem Wolz die Kapitulationsurkunde unterschrieben hatte, verließ Dempsey mit einem knappen „finish“ („Ende“) grußlos den Raum. Um 17 Uhr war Wolz endlich wieder in Hamburg. Nicht einmal eineinhalb Stunden später vollzog er vor dem Portal des Rathauses die militärische Übergabe der Stadt.

Unterdessen waren die OKW-Parlamentäre zum britischen Hauptquartier auf dem Timeloberg, einer 80 Meter hohen Erhebung am Rande von Lüneburg, weitergeleitet worden. Feldmarschall Bernard L. Montgomery, der Oberbefehlshaber der 21. britischen Heeresgruppe, war enttäuscht, hatte er doch den ihm militärisch ranggleichen Dönitz erwartet. Da dieser aber nicht nur Großadmiral, sondern zugleich Staatsoberhaupt und damit protokollarisch höherstehend war, wollte er dem eitlen Montgomery nicht die Genugtuung lassen, die deutsche Teilkapitulation von ihm entgegenzunehmen. So behandelte Montgomery die deutschen Offiziere mit ehrverletzender Herablassung. Obwohl ihm die Delegation per Funk angekündigt war, ließ er sie erst einmal im Freien warten. Erst nach einiger Zeit kam er aus seinem Wohnwagen, schlenderte betont lässig heran und ließ die Deutschen unter dem eilig gehissten Union Jack wie Rekruten antreten. Seine überlegene Situation auskostend, fragte er seinen Dolmetscher: „Wer sind diese Männer?“ Und, nachdem er Antwort erhalten hatte: „Was wollen sie?“ Generaladmiral von Friedeburg bot die Teilkapitulation der ostwärts der Elbe operierenden deutschen Truppen an. Im Gegenzug sollten die Briten Flüchtlinge aus dem Osten in das von den Westalliierten besetzte Gebiet lassen und den sich ergebenden deutschen Soldaten die Übernahme in westliche Kriegsgefangenschaft ermöglichen. Montgomery lehnte schroff ab und forderte die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, Holland und Dänemark. Erst nach einigem Hin und Her bat er die Deutschen in ein Zelt und ließ ihnen ein Mittagessen servieren. Hier erläuterte Montgomery ihnen die militärische Lage und machte unmissverständlich deutlich, dass über das britische Angebot nicht verhandelt werde. Dönitz könne akzeptieren oder die Kampfhandlungen würden unvermindert weitergehen. In einem Punkt jedoch ging Montgomery schließlich auf von Friedeburgs Forderungen ein, denn er sei „kein Ungeheuer“: Wenn deutsche Soldaten mit erhobenen Händen vor seiner Front auftauchten, würden sie gefangengenommen werden und damit in britisches Gewahrsam kommen.

Wählte gedemütigt den Freitod: Generaladmiral von Friedeburg

Foto: Archiv

Die Deutschen baten um Bedenkzeit bis zum Abend des folgenden Tages. Um die sichere Rückkehr der Delegation nach Flensburg zu gewährleisten, befahl Montgomery seinen Truppen, ihren Vormarsch in Schleswig-Holstein zu unterbrechen und untersagte Tieffliegereinsätze. Außerdem gab er den Deutschen seinen Adjutanten mit, der sie sicher durch die britischen Linien geleiten sollte. Dafür ließ von Friedeburg Konteradmiral Wagner bei Montgomery zurück.

Dönitz wollte keine Zeit verlieren und fuhr seinen Parlamentären entgegen. Mitten auf der Levensauer Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal nahm er von Friedeburgs Bericht entgegen. Montgomery hielt Wort. Am Himmel zeigte sich kein feindliches Flugzeug. Dönitz hatte keine andere Wahl, als von Friedeburg zu beauftragen, die Teilkapitulation zu Montgomerys Bedingungen zu unterschreiben. Allerdings war er damit nicht unzufrieden, hatte er doch eine Etappe auf dem schrittweisen Weg zur Gesamtkapitulation erreicht: Waffenruhe im Westen ohne Kapitulation im Osten.

Als von Friedeburg und seine Begleiter am Abend des 4. Mai wieder auf dem Timeloberg eintrafen, wurden sie bereits von britischen Kamerateams erwartet. Montgomery hatte alles für eine wochenschaureife Inszenierung des Kapitulationsakts vorbereitet. Dazu gehörte, die Deutschen erst einmal im Regen warten zu lassen. Schließlich kam er aus seinem Wohnwagen heraus und blieb unter dem Union Jack stehen. Als die deutschen Parlamentäre salutierten, zögerte er zunächst, erwiderte dann aber doch den Gruß, so, wie es die militärische Etikette verlangte. In einer kurzen und formalen Verhandlung in einem Zelt wurden die von den Briten diktierten Bedingungen verlesen und die Kapitulationsurkunde um 18.30 Uhr

Friedeburg musste drei Mal kapitulieren

von beiden Seiten unterschrieben. Um Mitternacht schwiegen im Norden die Waffen.

Damit war von Friedeburgs Mission jedoch noch nicht beendet. Um das Blutvergießen im Westen zu beenden, schickte Dönitz ihn gleich weiter nach Reims zu General Dwight D. Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westalliierten Streitkräfte in Europa. Als von Friedeburg dort am Abend des 5. Mai eintraf, wurde ihm erst einmal ein Zeitschriftenartikel über die von den US-Truppen befreiten Konzentrationslager vorgelegt. Verstört nahm der untadelige Marineoffizier die Vorhaltungen seiner Gesprächspartner über die NS-Verbrechen hin, bis er einen Zusammenbruch erlitt. Schnell wurde ihm klar, dass es keine Verhandlungslösung geben würde. Eisenhowers Stabschef General Walter Bedell Smith wies das Angebot einer Teilkapitulation gegenüber den US-Truppen unmissverständlich zurück und verlangte ultimativ die bedingungslose Gesamtkapitulation an allen Fronten, also auch im Osten. Von Friedeburg spielte nun auf Zeit, um noch möglichst vielen Flüchtlingen und Soldaten die Möglichkeit zu geben, in die von den Westalliierten besetzten Gebiete zu gelangen. Nachdem er den Abschluss der Kapitulation mit allerlei Ausreden immer wieder hinausgezögert hatte, zitierte Smith ihn an die Lagekarte. Die tief nach Deutschland hineinweisenden Angriffspfeile, die besonders dick hervorgehoben waren, um ihn zu beeindrucken, überzeugten von Friedeburg von der Aussichtslosigkeit der Lage. Mit Tränen in den Augen bat er, Dönitz einen Funkspruch senden zu dürfen. Auch der Großadmiral sah keinen Ausweg mehr und beauftragte von Friedeburg und den zwischenzeitlich ebenfalls von ihm nach Reims entsandten Generaloberst Alfred Jodl, die Urkunde zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am Morgen des 7. Mai zu vollziehen.

Als die beiden deutschen Offiziere den Raum betraten, in dem die Kapitulationsurkunde unterzeichnet werden sollte, erwarteten sie zahlreiche Reporter und Pressefotografen. Auf dem Tisch lagen zwei goldene Füllfederhalter, die Eisenhower einzig zu diesem Zweck seit Langem mitgeführt hatte. Er selbst hingegen ließ sich nicht blicken. Nach der Unterzeichnung meldeten sich von Friedeburg und Jodl bei Eisenhower, der sie mit übertrieben selbstsicheren Auftreten empfing. Eisenhower fragte, ob sie die Kapitulationsbedingungen verstanden hätten, was beide bejahten. Dann ein knappes „Das ist alles“, und sie waren entlassen.

Auf von Friedeburg wartete jedoch bereits der nächste Auftrag. Auf Druck der sowjetischen Führung musste die Kapitulationszeremonie am nächsten Tag im Hauptquartier von Marschall Georgi Schukow in Berlin-Karlshorst wiederholt werden. Da er bereits in Kapitulationsangelegenheiten erfahren war, gab Dönitz ihn dem OKW-Chef Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel als Begleitung mit. Pflichtbewusst bis zur Selbstaufgabe, führte von Friedeburg auch diesen undankbaren Befehl aus. Als sie bei Schuckow eintraf, wurde die deutsche Delegation von den Scheinwerfern vieler Kamerateams geblendet. Anders als Keitel, der seine Verfassung hinter einer betont steifen militärischen Haltung verbarg, war von Friedeburg dazu nicht allem, was er in den vergangenen Tagen mitgemacht hatte, nicht mehr in der Lage. Bleich und eingefallen, die Kameras auf ihn gerichtet, ließ er die Sache über sich ergehen. Da es mittlerweile Mitternacht geworden und die Kapitulation somit gemäß der Urkunde von Reims bereits in Kraft getreten war, wurde das Berliner Dokument auf den 8. Mai zurückdatiert. Damit war der Kapitulationsprozess, der mit den Verhandlungen zur Schonung eines Hamburger Volkssturmlazaretts begonnen hatte, abgeschlossen. Der Krieg in Europa war zu Ende.

Generaladmiral von Friedeburg war physisch und psychisch am Boden zerstört, versah aber weiter pflichtgetreu seinen Dienst als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, zu dem er am 1. Mai ernannt worden war. Am 23. Mai jedoch marschierten britische Soldaten in Flensburg-Mürwik auf, um die militärische und zivile Führung des Reiches festzusetzen. Die Offiziere erwarteten eine ritterliche Behandlung als Kriegsgefangene. Stattdessen wurden sie zusammengetrieben, in einer jedes Schamgefühl verletzenden Weise durchsucht und anschließend, teilweise mit heruntergelassenen Hosen, britischen Militärfotografen präsentiert. Das war zu viel für den durch drei vor der Weltöffentlichkeit vollzogene Kapitulationsakte und das Auftreten der Sieger zutiefst gedemütigten von Friedeburg. Bevor die Reihe an ihn kam, erklärte er Dönitz, den „nun beginnenden Zirkus mit all seinen entehrenden Begleiterscheinungen“ nicht mitmachen zu wollen. Vergeblich versuchte Dönitz ihn umzustimmen. In einem unbeobachteten Augenblick nahm sich von Friedeburg mittels einer Zyankalikapsel das Leben. Wenigstens nach seinem Tod erwiesen die Briten dem Generaladmiral die ihm zustehende Ehre, indem sie eine würdige Beisetzung ermöglichten.

Jan Heitmann

Eigene Erinnerung abgewöhnt

Deutschlands nationales Geschichtsmuseum widmet sich dem Kriegsende aus europäischer Perspektive

Das von einer Bundesstiftung getragene Deutsche Historische Museum (DHM) im Berliner Zeughaus ist Deutschlands nationales Geschichtsmuseum. Wie dieses Haus, dessen Kuratorium sich aus Vertretern der Bundesregierung, des Bundestages und der Landesregierungen zusammensetzt, sich dem Kriegsende vor 70 Jahren widmet, ist von nicht geringer geschichtspolitischer Bedeutung.

Die Zahl der Zeitzeugen zum Zweiten Weltkrieg und zur unmittelbaren Nachkriegszeit wird immer geringer. Deshalb stellt das DHM authentische Zeugen der damaligen Ereignisse in den Mittelpunkt seiner Ausstellung zum Jahrestag des Kriegsendes. Es sei „der letzte Moment“, Zeitzeugen zu befragen und erzählen zu lassen, so die Museumsleitung.

Die Ausstellung „1945. Niederlage. Befreiung. Neuanfang“ zeigt etwa 500 Exponate, davon rund 150 Leihgaben aus mehreren europäischen Ländern. In der Vergangenheit sah sich das DHM bei themenbezogenen Ausstellungen wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, viel zu sehr mit dem reichen Fundus des eigenen Bestandes zu operieren, also vor allem einen „Augenschmaus“ zu liefern, und weniger ein zwingendes Konzept deutlich zu machen. Diesmal wollte man es bewusst anders machen und an zahlreichen Biografien eine Momentaufnahme vom Kriegsende und dessen Folgen für die Menschen geben. Es sind zwölf solcher Momentaufnahmen, die sich auf Deutschland und auf seine Nachbarn, auf Großbritannien, Norwegen und auf die Sowjetunion beziehen. Warum damalige Nachbarn wie Italien und Ungarn und so betroffene Länder wie Griechenland und die Balkanstaaten nicht dabei sind, konnten die Kuratorinnen der Ausstellung, Maja Peers und Babette Quinkert, nicht überzeugend darlegen.

Die Ausstellung thematisiert nicht die vielzitierte „Stunde Null“, sondern reicht zeitlich bis zum Anfang der 1950er Jahre. Für die zwölf Länder sind jeweils eigene, gleichgroße Korridore eingerichtet. Jeder Korridor wird dominiert von drei Porträtfotografien, insgesamt also 36. Es sind ganz unterschiedliche Personen, deren Biografien beispielhaft für die Geschichte des jeweiligen Landes stehen sollen, für die Niederlande etwa eine Widerstandskämpferin, ein Mitläufer der NS-Besatzung von der SS vernichteten Dorf Oradour. Bei anderen Ländern sind es mehr oder weniger bekannte Personen wie der belgische Staatsmann Paul-Henri Spaak, der polnische Politiker Jozef Cyrankiewicz oder der tschechoslowakische Langstreckenläufer Emil Zatopek. Für Deutschland stehen ein Kriminalbeamter im Dienst vor und nach 1945, ein Kriegsgefangener und die langjährige Alterspräsidentin der DDR-Volkskammer, Wilhelmine Schirmer-Pröscher (LDPD).



Berühmtes Exponat: Karte der Alliierten, die Deutschland – aufgeteilt in Besatzungszonen – zeigt Bild: DHM

und ein jüdisches Mädchen; für Großbritannien der damalige Oberbefehlshaber der britischen Truppen im Pazifik, Lord Louis Mountbatten, eine Labour-Politikerin und ein junger Flieger, der als Junge aus Deutschland geflohen war. Für Frankreich stehen der Ministerpräsident der Vichy-Regierung, Pierre Laval, eine aus Auschwitz zurückgekehrte Germanistin und ein Waisenjunge aus dem

Diese Biografien mit Plakaten, Bildern, Filmen und persönlichen Dokumenten zu ergänzen ist zunächst ein bezwingendes Konzept. Tatsächlich aber ist es nur in Ansätzen verwirklicht worden, einfach deshalb, weil für die Fülle der Themen und des Materials nur ein kleiner Ausstellungsraum zur Verfügung steht. Die 1100 Quadratmeter im Untergeschoss des Pei-Baus, dem immer wieder faszinierenden Anbau des DHM mit Blick auf Alte Wache und frühere Singakademie, zwang zu äußerster Beschränkung – der Besucher fragt sich, warum nicht auch das darüber liegende Geschoss, wo in diesen Tagen eine andere Schau endet, mit einbezogen werden konnte.

Gleichwohl sind es dann doch viele Ausstellungsstücke, die einen Besuch lohnen. Man liest sich fest, blickt betroffen auf persönliche Zeugnisse aus Gefangenschaft, Lagerhaft oder Zwangsarbeit, sieht in Filmausschnitten unübersehbare Menschenmassen bei den Siegesfeiern in London, Paris oder Kopenhagen. Zu den Exponaten in der deutschen Abteilung zählen die berühmte „Map A“ der Alliierten von 1944, in der Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt ist, ein Flugblatt mit der Bekanntgabe der bedingungslosen Kapitulation, Plakate, welche die Übertragung von „Junkerland in Bauernhand“ in der Sowjetischen Besatzungszone feiern und zahlreiche Fotografien aus dem Alltag. Aus der Tschechoslowakei werden Fotos vom Aufstand gegen die Deutschen im Mai 1945 gezeigt, Bilder aus dem KZ Theresienstadt und Emil Zatopeks Silbermedaille über die 5000 Meter von den Olympischen Spielen 1948 in London.

Eher am Rande steht das Thema Flucht und Vertreibung. Die Ausstellung spricht hier verharmlosend von „erzwungener Migration“ und zeigt sowohl Bilder zwangsumgesiedelter Polen aus früheren polnischen Ostgebieten wie auch, allerdings sehr kurz, die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Aus dem Sommer 1946, als die Vertreibungen nicht mehr so brutal, sondern in relativ geordneten Bahnen, allerdings nach wie vor mit großer Konsequenz betrieben wurden, datiert ein Plakat, das in deutscher und polnischer Sprache die dabei zu beachtenden Formalien nennt und am Ende mahnt: „Die deutsche Bevölkerung wird dringend in ihrem eigenen Interesse ersucht, während der Repatriierung stets Ruhe und Ordnung zu bewahren.“

Die Ausstellung macht ganz unterschiedliche Entwicklungen deutlich. Norwegen war schon 1947 wieder soweit gesundet, dass das Parlament einen dreiwöchigen Urlaub für die arbeitende Bevölkerung beschließen konnte: Es wird ein wohldurchdachter Picknickkoffer für Ausflüge und Reisen gezeigt. Großbritannien hingegen stand um 1947 am Abgrund. Der Krieg, der Verlust Indiens und die kräftezehrende Besatzung Deutschlands hatten die Ressourcen des Landes erschöpft; nicht Deutschland, sondern Großbritannien wurde Hauptnutznießer des Marshallplans der USA.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier eröffnete die bis zum 25. Oktober dauernde Ausstellung. Dabei äußerte er, dass dem aus Krieg und Elend resultierenden „Nie wieder“ heute ein zweites, ein „Nie wieder allein“ zur Seite treten müsse. Deutschland sei wie kein anderes Land auf eine funktionierende internationale Ordnung angewiesen: „Der einstige Anstifter von Unordnung muss heute in besonderem Maße Ordnungsstifter sein, muss mehr als andere engagiert sein für politische Lösungen in Konflikten und den Erhalt von friedenssichernden Strukturen.“ *Dirk Klose*

Weizsäckers Rede vor 30 Jahren ebnete den Weg

Die pauschale These von der Befreiung, die in der DDR Staatsdoktrin war, setzte sich im Westen Deutschlands erst nach 1985 durch

Wenn sich in diesen Tagen die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht vom 8. Mai 1945 zum 70. Male jährt, werden deutsche Politiker wieder gebetsmühlenartig die pauschale These von der Befreiung beschwören, die das Datum angeblich ausmacht. Dabei hat sich diese Sichtweise, die in der DDR Staatsdoktrin war, erst nach 1985 auch im Westen Deutschlands allmählich durchgesetzt.

Tatsächlich hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1945 in seiner Anweisung ICS 1067 (Ziff. I.4.b.) verfügt: „Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation ...“ Dieser Grundsatz wurde von seinem Nachfolger Harry S. Truman bestätigt, und auch General Dwight D. Eisenhower als Oberbefehlshaber der Truppen in Europa stellte noch einmal ausdrücklich klar, die Alliierten kämen „als siegreiches Heer, nicht als Befreier“ nach Deutschland. Deshalb kapitulierte am 8. Mai 1945 ja auch nur die Wehrmacht und nicht etwa das Deutsche Reich, wie es leider oft fälschlicherweise in den Medien heißt. Gleichwohl fand mit der Verhaftung der Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, die von den Alliierten nicht anerkannt worden war, am 23. Mai des Jahres dann auch die gewaltsame „feindliche Übernahme“ des gesamten deutschen Staates durch die Siegermächte statt. Kaum bekannt ist in diesem Zusammenhang übrigens, dass eben jene Regierung schon am 3. Mai 1945 die NSDAP aufgelöst hatte.

Theodor Heuss formulierte bereits im Mai 1949 und damit noch vor seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten, der 8. Mai 1945 bleibe „die tragischste und fragwürdigste Paradoxie unserer

> Die große Mehrheit der Deutschen nahm das Kriegsende ganz anders wahr

Geschichte für jeden von uns, ... weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“. In der SPD wurde die These von der Befreiung bis in die 1980er Jahre ebenso abgelehnt, und ihr erster Nachkriegs-Vorsitzender Kurt Schumacher, der selbst im Konzentrationslager gesessen hatte, wehrte sich vehement gegen eine solche Sichtweise. Auch linksliberale Medien in der Bundesrepublik Deutschland sahen es in jener Zeit nicht viel anders, zumindest aber wesentlich differenzierter als heute. Allein die Kommunisten in Ost und West betrachteten den 8. Mai 1945 stets als Tag der Befreiung.

Der in den Reihen der demokratischen Parteien vorherrschende Konsens, dass dem nicht so sei, geriet erst mit der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1985 ins Wanken, als er nämlich dezidiert vom „Tag der Befreiung“ sprach, was die deutschen Politiker und auch die Medien seither wie ein ex cathedra betrachten. Vergessen wird dabei allerdings, dass von Weizsäcker in seiner Rede zugleich sagte: „... der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern.“

Unbestreitbar ist, dass sämtliche Opfer der NS-Diktatur sich an jenem Tag befreit fühlen durften und dies selbstverständlich bis heute so sehen. Aber sie waren – ohne das relativieren zu wollen – eben nur eine Minderheit, denn die große Mehrheit der Deutschen dachte und empfand am 8. Mai 1945 ganz anders, was beim gegenwärtigen Gedenk-Ansatz leider immer wieder ausgeblendet wird. Insbesondere für die vertriebenen Ostdeutschen bildete jener Tag eine kaum vorstellbare Zäsur, und die damit verbundenen Ereignisse betrachteten sie zu Recht als die „dunkelste Zeit ihrer Geschichte“. Ihre „Befreiung“ bestand aus dem Verlust ihrer Heimat und ihres Besitzes, mithin ihres gesamten geistigen und materiellen Eigentums, und im übrigen Deutschland wurden unzählige Menschen infolge der Bombenschäden ebenfalls von all ihrem Hab und Gut „befreit“. Millionen von Soldaten und Zivilisten, vor allem jene, die nach Sibirien verschleppt wurden, „befreite“ man massenhaft von ihrem Leben, für Millionen anderer Deutscher bedeutete die „Befreiung“ den Verlust von Kunst- und Wertgegenständen oder auch Auslandsvermögen, und mit der Demontage wurde das Land in erheblichem Umfang von seinem Wirtschaftspotenzial „befreit“. Nicht zu vergessen sei schließlich, dass für die Hälfte Deutschlands und Europas die „Befreiung“ darin bestand, dass die bisherige braune durch neue rote Diktaturen ersetzt wurde.

> Nicht einmal die angeblichen Befreier selbst haben von sich behauptet, Befreier zu sein

Der Mediziner Rigolf Hennig schrieb vor zehn Jahren in einem Aufsatz mit dem Titel „Zur geistigen Befindlichkeit der Deutschen“: „Wenn jemand nach dem 8. Mai 1945 erklärt hätte, 60 Jahre später würden die Deutschen die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht als ihre ‚Befreiung‘ feiern, dann wäre er als Deutscher zum damaligen Zeitpunkt besorgt auf seinen Geisteszustand hin angesprochen worden.“ Leider, so muss man heute feststellen, hat sich diese ursprünglich von der DDR sowie von westdeutschen Linksextremisten vertretene These zwischenzeitlich fast ganz Deutschland offiziell zu eigen gemacht. Dabei hat, wie schon erwähnt, „das neue Befreiungsdenken, das die Idee von Feierlichkeiten unmittelbar in sich trägt, ... noch eine andere Schwachstelle: Es schreibt auch die Geschichte der alliierten Siegermächte um“, da von einer Befreiung Deutschlands bei ihnen seinerzeit explizit nicht die Rede war.

Da lohnt ein Blick nach Osteuropa, wo die Menschen der These von der Befreiung energisch entgegentreten. Als etwa am 8. Mai 2011 im Baltikum und in der Westukraine lebende Russen Befreiungsfeiern inszenieren wollten, stieß das auf massiven Widerstand bei der Bevölkerungsmehrheit vor Ort. Der litauische Historiker Saulius Suziedelis erklärte dazu: „Die Erfahrung der Litauer ist, dass etwa 5000 ihrer Landsleute vom NS-Regime umgebracht wurden, aber zehnmal mehr unter den Sowjets.“ Diese mutigen Worte könnten auch hierzulande ein Signal sein, um die derzeit gängige „einseitige Befreiungsthese“, die längst zum unumstößlichen staatlichen Dogma Deutschlands geworden ist, kritisch zu hinterfragen. *Wolfgang Reith*

Ein »Kassensturz«

Zu: Moral und Heuchelei (Nr. 17)

Die massenhafte Einwanderung afrikanischer Asylanten über das Mittelmeer nach Europa ist meines Erachtens neben schlechten Lebensbedingungen in ihren Heimatländern auch auf eine extreme Bevölkerungszunahme zurückzuführen. Diese Menschen bekommen zu viele Kinder und hoffen, dass der Himmlische Vater oder Allah oder Europa sie ernähren. Von Geburtenkontrolle wollen sie offenbar nichts wissen.

Als mein Mann und ich zwei Kinder hatten, haben wir seinerzeit „Kassensturz“ gemacht und gesagt, mehr Nachwuchs können wir uns eigentlich nicht leisten. Die Lösung ist bekanntlich die „Pille“ oder ein harmloser kleiner operativer Eingriff.

Die fruchtbare Erde ist endlich, also muss es auch die Zahl der Bewohner sein. Aber dieses Problem wird leider auch in den Medien nie angesprochen. Die Zeiten der Schöpfungsgeschichte von „Seid fruchtbar und mehret euch“ sind längst vorbei. **Eva Licht, Herrsching**



Bremer Wunschdenken? Bürgermeister Jens Böhrnsen und seine SPD beschwören vor der Bremen-Wahl am 10. Mai das „Miteinander“, während die Bürger in der Hansestadt viel Gegeneinander interessengeleiteter Politik zu spüren bekommen Bild: pa

Ein Grass-Wort

Zu: Alles nur Pose (Nr. 16)

Eine Danzigerin berichtete mir, dass Grass an einem einzigen Danziger Bundestreffen teilnahm. Als ihn nach Ende des Treffens viele bedrängten und beschimpften, soll Grass geäußert haben: „Ich weiß, am liebsten würdet ihr mich totschlagen.“ Daher meine ich, dass Grass etwas „Posenloses“ gesagt hat. **Willibald J.C. Piesch, Hamburg**

Des Pudels Pille

Zu: Die Wunderpillen des Herrn Hahnemann (Nr. 15)

Seit vielen Jahren nehmen wir homöopathische Heilmittel und haben deren gute Heilwirkung erfahren. Früher züchtete meine Frau Pudel und hat diese im Notfall mit homöopathischen Präparaten mit Erfolg behandelt. „Ungläubigen“ Freunden sagte meine Frau, die Hunde glaubten eben an uns. Unser letzter Pudel starb mit 17 Jahren. **Martin Knappke, Karlsruhe**

Erfolgreicher Enkeltrick der Bremer Politik

Zu: „Zum Regieren nicht gebraucht“ (Nr. 13)

Die gut lesbare Analyse zur Bremer Politikszene und der hier anstehenden Bürgerschaftswahl vermittelt auch Nichtbremern ein klares und aufschlussreiches Lokalbild. Die Hintergründe der dargestellten Verhältnisse ließen sich dagegen natürlich nicht in den so bereits recht umfänglichen Artikel einbringen. Deshalb hier ein paar Worte zu den Hintergründen der durchaus zutreffend als „griechisch“ dargestellten Bremer Verhältnisse, nämlich der extremen Verschuldung, der übermäßig hohen Arbeitslosigkeit und der gleichwohl unausgesetzten „Treue“ des Wahlvolks zur lokalen SPD und zu den Koalitionsabonnenten mit der grünen Tarnkappe.

Bremen mit seinen beiden Kommunen unter gewerkschaftlicher Anführung rühmt sich schon seit Jahrzehnten als die sozialste Stadt in deutschen Landen mit den üppigsten sozialen Leistungen. Das hat nicht nur den Ur-Bremern mächtig gefallen, sondern hat sich dann alsbald in den deutschen und späteren EU-Landen herumgesprochen mit der Folge entsprechend intensiven Zuzugs genau der Klientel, deren Lebensplanung eben auf „das Soziale“ abgestellt ist. Das Modell wiederholte sich in einer zweiten Stufe in den späten 80er Jahren mit dem Einsetzen des gewaltigen Zuwandererstroms aus ferneren Weltgegenden. Da propagierten sich die Bremer unter Anführung der DGB-Gewerkschaftler, der Grünen, der Antifa und der Autonomen, zudem mit behördlicher Unterstützung und als „Freie Flüchtlingsstadt Bremen“.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das hat sich dann weltweit schnell herumgesprochen und mit Hilfe der modernen Verkehrsmittel die entsprechende Zuwanderung und damit die sogenannte „Multikultur“ intensiv gefördert. Gratisangebote, insbesondere auch solche staatlicher Art, werden von Menschen in aller Welt eben gern genutzt. Man kann das als „sozialen Magnetismus“ bezeichnen, in dem eben eine positiv geladene (paramagnetische) Gesellschaft negativ geladene Teile anzieht und positive Teile abstößt. Vom alten hanseatisch bürgerlich-biederen Lebensstil, der noch bis in die späten 70er Jahre die lokale Atmosphäre prägte, ist dabei inzwischen kaum noch etwas übrig geblieben, aber den halten die heutigen Sozialisten anders als ihre sozialdemokratischen Vorfahren für restlos überflüssig, eigentlich sogar für „faschistisch“ und für „rassistisch“.

Innerstädtisch wie in den seltsamerweise dann ganz offiziell als „Problemviertel“ bezeichneten Stadtteilen mit dem doch so „bunten“ beziehungsweise „vielfältigen“ Bevölkerungsgemisch aus etwa 140 Ethnien ist eine völlig amorphe Atmosphäre eingekehrt, die ja nun deutlich jedenfalls dem politischen Willen der aktiven Bremer Wählermehrheit entspricht, die damit der den Urdeutschen und „germanisierten“ Einwanderern medial wie großkoalitionär täglich verordneten Toleranzpflicht nachkommt.

Die Einstellung der 45 Prozent Bremer Nicht-Wähler dazu ist schwer zu beurteilen. Sie bereitet aber unseren Toleranzpropagandisten offenkundig große Sorgen. Verbergen sich da etwa die vielen Nazis „in der Mitte der Gesellschaft“, die ja irgendwo stecken müssen. Das Ergebnis der dargestellten sozialen Wohltätigkeit ist dann der von der Bremer Politik im Dauerton beklagte Rekordanteil der „Armen“ wie auch der Arbeitslosen an der Stadtbevölkerung wie eben zwangsläufig weiter auch die entsprechende Rekordverschuldung vom Land und den beiden Städten. Wobei ich feststellen darf, dass diese „Armen“ so gut wie ausnahmslos über Kühlschrank, Telefon sowie Fernsehgerät verfügen und meist auch über Waschmaschine sowie Geschirrspülmaschine – alles Dinge, die in den 30er Jahren dem normalen Bürger unbekannt waren. Denn Telefon und Kühlschrank kannte damals nur eine privilegierte Oberschicht.

Ab 1945 haben die Menschen, die den Weltkrieg überlebt hatten, nach den Hungerjahren bis weit in die 50er Jahre hinein in erbärmlichen Verhältnissen gelebt, ohne sich als „arm“ zu fühlen. Dazu hatten die Leute damals gar keine Zeit. Die Erfinder der heutigen Armut, die Sozialfunktionäre aus der Wohlfahrtsindustrie, gab es damals auch noch nicht. Die hat erst der rote Sozialstaat hervorgebracht, um mit Hilfe der roten und kirchlichen Politik unter Plünderung der Staatskassen öffentlich wie medial regelrechte Sozialfeldzüge durchführen.

Doch zurück zur Rekordverschuldung Bremens, der prinzipiell auch die übrigen rot-grün regierten Bundesländer frönen: Dahinter steht die unausgesprochene, durchaus „griechische“ Einstellung der grünen oder roten Gutmenschen, diese Schulden nie zurückzahlen zu brauchen, sondern, wenn schon, dass dieses jedenfalls die Pflicht anderer, eben der Bösmenschen ist, die ja nach gutmenschlicher Überzeugung für die beklagte inflationäre „Armut“ verantwortlich sind. Es ist die hehre Moral dieser hinterhältigen Heuchler von der sozialen Wohltätigkeitsfront, die mit massiver Unterstützung der gleichgesinnten und -geschalteten Medien den Zweifelnden und Widerstrebenden, eben Böswilligen, unausgesetzt das schlechte soziale Gewissen einzureden bemüht sind.

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Dieser Enkeltrick der Politik ist bei den unpolitischen Ur-Deutschen leider ebenso erfolgreich wie der gleichfalls stets sozial getarnte Enkeltrick der gewöhnlichen Kriminellen gegenüber den Alten. Diese Naivität der herkömmlichen Bremer Wähler hat auch (k)ein Gesicht: das des gesichtslosen Bürgermeisters Jens Böhrnsen, ein kenntnisreicher Jurist und politischer Frühstücksdirektor, jederzeit gut für hehre moralische Phrasen und Verdammungssprüche gegen die überall lauernden Nazis, Rassisten und Islamophoben sowie für das ständige Abfeiern von meist öffentlich subventionierten Gutmenschenzirkeln im Rathaus.

Im Übrigen ist die Bremer Welt bestens in Ordnung. Zu entscheiden ist da also gar nichts, was irgendwie problematisch sein könnte. Und dieses Szenario der totalen Verantwortungslosigkeit werden die Bremer am 10. Mai 2015 genau so wieder wie bisher an der Wahlurne abfeiern. Er AfD hin oder her. **Henning Streu, Bremen**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 19 – 2. Mai 2015

MELDUNGEN

Zusammenarbeit der Ostseehäfen

Memel.– Vertreter der drei deutschen Häfen Hamburg, Kiel und Lübeck waren zu Gast im Hafen von Memel, um über eine weitere Zusammenarbeit zu sprechen. Litauens Exporte hatten sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und werden seeseitig über den Hafen Memel abgewickelt. Dieser tauschte im Vorjahr mit Hamburg 84000 Standardcontainer aus und ist mit Kiel durch einen festen Verkehr mit befahrbaren Schiffen für rollende Fracht verbunden. Lübeck und Memel sprechen zurzeit über die Einrichtung einer regelmäßigen Schiffsverbindung. Insbesondere die deutschen Transportunternehmer betonten, dass man auch die Beziehungen zu Russland aufrechterhalten müsse und hierzu allein schon gegenüber der russischen Bevölkerung verpflichtet sei. Die Bedeutung Memels als Exporthafen für russische Güter hat seit Beginn der westlichen Sanktionspolitik spürbar abgenommen. *T.W.W.*

Verbot von NS-Symbolen

Königsberg – Die Königsberger Duma arbeitet an einem Gesetz, das die bisherige Bestrafung im Zusammenhang mit der Zurschaustellung oder Herstellung von NS-Symbolen deutlich verschärft. Die Bußgelder dafür sollen deutlich erhöht werden. Würde man auch Sowjetsymbole in das Gesetz einbeziehen, hätte man freilich einen besseren Beitrag (nicht nur) zur Sanierung des Haushaltes geleistet. *T.W.W.*

Marriott plant Hotelbau

Königsberg – Die US-Hotelkette Marriott plant den Bau eines Hotels in Königsberg. Es soll zum zentralen Bestandteil einer Erweiterung des bisherigen „Fischdorfs“ werden und für die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 zur Verfügung stehen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Berghof [Tatary] – Napierken [Napierki], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Poweirsen [Powierz], Baustelle; Poweirsen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Nikolaiken [Mikołajki], Baustelle. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Altkelbunken [Stare Kiełbonki] – Puppen [Spychowo], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 63: Perlswalde [Perty] – Klimken [Klimki], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 65: Prostken [Prostki] – Grajewo, Baustelle. *PAZ*

Spielzone als Hoffnungsträger

Trotz zahlreicher Proteste: Gouverneur Zukanow hält an Einrichtung von »Amberland« fest

In dem von hoher Militärkonzentration, Wirtschaftsproblemen und Umweltschäden gebeutelten Königsberger Gebiet hat Gouverneur Nikolaj Zukanow einen großen Traum: Kasinos, Luxushotels, Kur- und Parkanlagen, Tagungs- und Vergnügungszentren, die die Kassen seines Gouvernements füllen sollen. Doch die Idee stößt auf Widerstand.



Auf Geheiß Moskaus aus den Städten verbannt: Ehemalige Spielhalle in Königsberg Bild: J. Tschernyschew

Bei der Besichtigung des Baugeländes der künftigen Spielzone zeigte sich Gouverneur Nikolaj Zukanow optimistisch. Wenn einmal alles fertig ist, rechnet er mit hohen Einnahmen und 20 Prozent mehr Touristen, da für sie zudem der Rubelkurs momentan sehr günstig ist. Die Pläne sind grandios: 50 Kilometer von der Gebietshauptstadt Königsberg entfernt, soll in Kirpehnen [Powarowka] im Kreis Cranz ein integriertes Kasino mit 800 Spielautomaten und 40 Spieltischen entstehen, Restaurants und Parkplätze sollen spätestens gegen Jahresende fertig sein, versichert der Hofarchitekt Artur Sarnitz. Ein Vier-Sterne-Hotel mit 270 Betten sowie ein „Sky-Kasino“ sind bebenfalls geplant. Ein Badezentrum, ein Aquapark und ein Golfklub sollen im folgenden Jahr entstehen. Ein zusätzliches Gelände von 700 Hektar soll mit einem Wohn- und Geschäftsviertel, Vergnügungszentren, Kongresssälen für internationale Foren bebaut werden. Für die „Jantarnaja“ genannte Zone gibt es auch schon neue, wenig erfinderische Namen: „Neustadt“ oder „Amberland“ soll sie heißen.

Das Projekt findet jedoch nicht nur zögernd Anklang bei Investoren, sondern stößt auch auf Widerstand unter Politikern und Bewohnern der Region, die die Pläne für illusorisch halten und ein derartiges "Sündenbabel" an der Ostseeküste ablehnen, das außer Touristen auch die kriminelle Szene anziehe.

Pläne für das Projekt gibt es schon seit Jahren, aber immer wieder wurde es auf Eis gelegt. Schon bei den Planungen gab es viel Hin und Her: Mal wurde die Zone aus Kostengründen verkleinert, dann wieder erweitert. Im April 2014 hatte Premier Dmitrij Medwedjew eine Erweiterung der Grenzen der Spielzone und Vergrößerung der Fläche auf 99,5 Hektar in der Siedlung Strobjehnen [Kulikowo] angeordnet.

Laut Berichten fällt es den Russen schwer, für die künftige Spielzone „Jantarnaja“ genügend Investoren zu finden. Die Gebietsregierung versuchte, zwei Grundstücke zur Bebauung zu verkaufen, allerdings fehlt in der Zone jegliche Infrastruktur. Deswegen plant die Gebietsregierung den

Arbeitsplätze und Touristen im Blick

Bau der Schnellverkehrsstraße „Primorskoje Kolzo“ (Küstenring), Kläranlagen für Abwasser und ein Großumspannwerk zur Stromversorgung. Nun sucht sie Investoren für den Bau von Hotels, Aquaparks, Sporteinrichtungen, Fußgängerzonen und einem Jacht-Hafen. Die Höhe der erforderlichen Investitionen wird auf 270 Milliarden Rubel (4,7 Milliarden Euro) beziffert. Die Russische Föderation will die Kosten für die Schaffung der Infrastruktur übernehmen – etwa 14 Prozent der Summe – den überwiegenden Teil sollen Investoren aus dem Spielsektor finanzieren. Der zu bebauende Gesamtkomplex soll 1000 Hektar umfassen. Nach optimistischen Prognosen wird bei Vollendung des Projekts die Zahl der Touristen von jetzt jährlich 500000 auf drei Millionen im Jahr 2025 steigen.

Nach dem Geschäftsplan für 2016 soll das Projekt zusätzliche Einnahmen von umgerechnet 6,3 Millionen Euro für den Gebietshaushalt erbringen. Außerdem sollen in einem Jahr in der Region 700 neue Arbeitsplätze entstehen, in zehn Jahren sogar 10000.

Da sich bislang keine Investoren gefunden haben, besserten Regierung und Parlament die Pachtbedingungen nach: Investoren der Glücksspielzone in Strobjehnen können, wenn sie alle Vertragsbedingungen erfüllt haben, mit der Eigentumsüberschreibung für die Grundstücke rechnen, in die sie investieren. Bei Nichterfüllung kann der Pachtvertrag gekündigt werden.

Zur Planung des Königsberger Projekts konnten dennoch die internationalen Firmen AECOM, Zentrale Los Angeles, und Steelman Partners, Sitz Las Vegas, gewonnen werden, die über eine 30-jährige Erfahrung beim Bau von Kasinos, Hotels und Vergnügungsparks in der ganzen Welt verfügen. Die beiden US-Firmen sind sich gewiefl genug, um an den Sanktionen gegen Russland vorbeizukommen.

Das Milliarden-Projekt ist hochumstritten. Es hat sich eine breite Protestbewegung gebildet, die so gegensätzliche Kräfte wie Kirche und Kommunisten eint und mit Demonstrationen und Medienaktionen gegen die Kasinostadt an der Bernsteinküste kämpft. Vereinzelte Abgeordnete des Gebietsparlaments haben sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt. Auch ein Referendum wurde angekündigt.

Hans-Joachim Hoppe

Uhren auf MESZ

Russland hat die Zeitumstellung abgeschafft

Seit Ende März gilt in Königsberg erstmals die Mitteleuropäische Sommerzeit (MESZ). Früher mussten Touristen ihre Uhren umstellen, wenn sie ins Gebiet reisten, und denken, den Zeitunterschied bedenken, damit sie nicht zu spät zum Flugzeug, Zug oder Bus kamen. Dieses Problem besteht nun nicht mehr.



Bild: J.T.

Tickt „europäisch“: Domuhr in Königsberg

Eine Ausnahme bilden die baltischen Staaten, wo die Zeit sich um eine Stunde von der mitteleuropäischen unterscheidet. Dort ist die Zeit eine Stunde voraus. In der Winterzeit werden die Uhren im Königsberger Gebiet und in Litauen dann wieder „gleich schlagen“.

Dass in Königsberg nun die MEZ gilt, geht auf ein neues Gesetz zur Zeitumstellung zurück. Am 1. Juli 2014 beschloss die Staatsduma eine Rückkehr zur Winterzeit in Russland. Im Herbst vergangenen Jahres wurden die Uhrzeiger zum letzten Mal eine Stunde zurückgestellt. Laut Gesetz gibt es in der Russischen Föderation elf Zeitzonen. In der ersten Zeitzone, eine Stunde weniger als Moskau, befindet sich das Königsberger Gebiet. Das nördliche Ostpreußen hat in diesem Jahr erstmals von März bis Ende Oktober die gleiche Zeit wie im Westen. Ende Oktober, wenn die EU-Länder die Uhren auf Winterzeit umstellen, wird es wieder eine Stunde Zeitunterschied geben. Im Herbst 2011 hatte der damalige Präsident Dmitrij Medwedjew die Zeitumstellung erstmals nach 30 Jahren abgeschafft mit der Begründung, der menschliche Organismus werde durch die Zeitumstellung zu großem Stress ausgesetzt. *J. T.*

Danzig in »Pole Position«

Unter den beliebtesten Touristenorten liegt die Hansestadt vorn

Jurij Kostjaschow, Königsbergs renommiertester Historiker, kennt von seinen Studenten die demonstrative Distanz, die Russen aus „Kjonik“ („König“, wie sie ihr „Kaliningrad“ nennen) dem „großen Russland“ entgegenbringen. Soziologen bestätigen, dass 70 Prozent der Königsberger noch nie in Mütterchen Russland waren, während sie oft nach „Europa“ reisen. Ohne Landverbindung zu Russland, aber zwischen den EU-Staaten Litauen und Polen eingebettet, nährt man zum Ärger Moskaus „separatistische Neigungen“ und leidet auch mehr als andere unter EU-Sanktionen gegen Russland.

Wenn Russen aus dem Königsberger Gebiet nach „Europa“ reisen, landen sie meist in der polnischen Patenstadt Danzig. Sie genießen den 2012 eingeführten „Kleinen Grenzverkehr“ mit Polen, wo alle Waren außer Benzin billiger sind, wo Alkoholika nicht gepanscht werden und die Sauberkeit der Läden sogar die in Russland legendären Standards von Königsberg überbietet. Die Fahrerlaubnis, ausgestellt vom polnischen Konsulat in Königsberg, gilt zwei Jahre, die Strecke nach Danzig beträgt 130 Kilometer, und wenn EU-Vorschriften es zuließen, gäbe es längst zwei Fahrbahnen – eine für russische Warenkunden und eine für polnische Bezinkäufer, da Russen-Sprit nur drei Zloty (75 Cent) kostet.

Hohe Besucherzahlen auch aus Deutschland und Skandinavien

Lukasz Wysocki, Danzigs Touristikchef, freut sich über steigende Besucherzahlen: 6,6 Millionen 2012, als Danzig eine der Spielstätten der Fußball-EM war, und acht Millionen 2014. Selbst wenn 41 Prozent weniger Russen wegen Sanktionen und Rubelschwäche kommen, wie die Grenzpolizei zählte, dann ist das für Wysocki und sein Team Ansporn, sich auf der Internationalen Tourismus-Messe in Königsberg mehr ins Zeug zu legen. Solange Deutsche (26 Prozent 2014), Skandinavier (20 Prozent), Briten (17 Prozent) kommen, ist russischer Rückgang zu verschmerzen. Auch sind Russen knausrig, mieten nur wenig Übernachtungen, gehören zu den Kurzbesuchern, die gerade 267 Zloty (52 Euro) ausgeben.

Geschätztere Touristen rücken 220 Euro heraus – für Erholung, Besichtigungen, Einkäufe und Kultur. Beliebteste Ziele sind in Danzig Altstadt, Marienkirche, Westerplatte, Krantor, Artushof und das neue Fußballstadion in der Form einer vergoldeten Baskenmütze.

Zu erwarten war, dass unter den Deutschen die „Nostalgiker“ den Jungen Platz machen, die auf Lech Walesas Spuren zur Danziger Werft streifen, bevor sie in der Diskothek landen. Das alles ist willkommen. Krystyna Hartenberger-Pater, Chefin des Regionaltourismus Pommerns, kennt die Konkurrenz um Touristen: „Jede größere Stadt kämpft um ihr Prestige.“ In diesem Kampf ist Danzig in der „Pole Position“, was Attraktivität und Infrastruktur angeht. *Wolf Oschlies*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute wollen wir ohne lange Vorrede gleich in die Vollen gehen, denn es gibt jede Menge an Fragen, Wünschen und Reaktionen auf unsere veröffentlichte Leserpost. Auch wenn es manchmal nur wenige Sätze sind, so zeigen sie doch, wie intensiv unsere Familienseite gelesen wird und wie selbst nebensächlich erscheinende Themen zum Anlass genommen werden, um sie zu einem größeren Fragekomplex zu erweitern. So hat unserer Aufruf in Folge 9 an ehemalige Internierte in dänischen Flüchtlingslagern, sich beim Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK) in Kassel als Zeitzeugen zu melden, eine beachtliche Resonanz gefunden. Der VDK veranstaltet am 8. August auf dem Friedhof von Esbjerg eine Gedenkfeier an die während der Lagerzeit verstorbenen Insassen, die von damaligen Mitgefangenen thematisch gestaltet werden soll. Auch wir können Anregungen unterbreiten, und das haben wir bereits getan – aber davon später, wenn sich die Sache konkretisiert hat. Auffällig ist, dass dieses Kapitel unserer Vertriebenengeschichte bisher wenig Aufmerksamkeit in den Medien gefunden hat, obgleich das Schicksal von Hunderttausenden Flüchtlingen durch die Internierungsjahre gravierend beeinflusst wurde. Nun aber zeigt sich verstärktes Interesse an diesem Thema, vielleicht auch durch die geplante VDK-Gedenkfeier in Esbjerg angeregt, und so werden erneut Anfragen nach Zeitzeugen und Quellenmaterial an uns herangetragen. Wir arbeiten daran.

Aussagen von Zeitzeugen benötigt auch der Schriftsteller **Michael Paul** aus Lahr für seinen nächsten Roman, der wieder in Ostpreußen spielen wird wie sein Roman „Wimmerholz“, der vor Kurzem erschien und bereits eine erfreuliche Resonanz zu verzeichnen hat. Wie bei diesem will sich der Autor wieder auf Erlebnisberichte stützen, und da ich ja selber mit meinen 99 Lebensjahren einen beachtlichen Zeitraum abdecke, wird er mich demnächst aufsuchen, und wir werden über „das Haus der Bücher“ am Königsberger Paradeplatz sprechen, denn dort wird sich ein Teil der Handlung abspielen. Natürlich habe ich noch viele und gute Erinnerungen an die Buchhandlung Gräfe und Unzer, die einmal die größte ihrer Art in Europa war und die sogar in Reiseführern als eine der 20 Sehenswürdigkeiten Königsbergs empfohlen wurde. Für mich als Leseratte war es das Haus meiner nie endenden Bücherwünsche, von denen viele auch dank meiner verständnisvollen Eltern erfüllt wurden. Dass hier sogar die Wurzeln für meinen schon sehr früh beginnenden Lebensberuf gelegt wurden, ist eine der Geschichten, die ich mit diesem Haus verbinde. Vielleicht haben auch andere ältere Leserinnen und Leser persönliche Erinnerungen an Gräfe und Unzer und können mit einem kleinen Beitrag dem Autor etwas von der kulturellen Atmosphäre vermitteln, die hier spürbar war. Besonders willkommen sind Fotos, die bei Besuchen gemacht wurden, und die Einblicke in das Alltagsleben in diesem repräsentativen Haus gegenüber der Universität geben. Außen- und Innenaufnahmen von dem Haus Paradeplatz Nr. 6 ohne Personen sind vorhanden. Was gänzlich fehlt, sind Aufnahmen von dem Haus in Rauschen, das Gräfe und Unzer seinen in Buchhandlung und Verlag beschäftigten Angestellten als Ferienheim zur Verfügung stellte. Da hierüber keine Daten oder andere Unterlagen vorhanden sind, ist für den Autor jede Information über dieses Ferienheim wichtig, die ihm auf seiner Spurensuche vor Ort im Juli dieses Jahres helfen könnten. (Michael Paul, Sofienstraße 9 in 77933 Lahr, E-Mail: mail@michael-paul.eu)



Schmökerecke für kleine Leseratten im „Haus der Bücher“ Bild: privat

Auf Spurensuche wollen wir uns auch heute begeben, und zu dieser wurde Herr **Harry Weigel** aus Halstenbeck auf eine unerwartete Art angeregt. Der 92-Jährige hatte für eine lokale Wochenzeitung über ein Osterfest geschrieben, das er als junger Soldat aus Hamburg in Ostpreußen miterlebte. Es war im Kriegsjahr 1941, seine Einheit lag in Wartestellung in einem Dorf in der Nähe von Goldap. Oft kamen Briefe und Karten, darunter auch an den „jüngsten Soldaten der Feldposteinheit 36011“ – und das war der damals 18-jährige Harry Weigel. Eine ganz besondere Post erhielt er kurz vor dem Osterfest: Es war eine Einladung, die Feiertage in dem masurischen Dorf Paaris zu verbringen. Herr Weigel erinnert sich: „Das Kirchdorf lag zwischen Bartenstein und Rastenburg. Ich musste mir ein Fahrrad besorgen, und das gab mir die Familie Gerhardt, bei der wir einquartiert waren, und los ging die Fahrt. In Paaris wurde ich von den Bewohnern freudig begrüßt. Es gab dort keine Einquartierung, und so war ich der einzige Soldat in diesem Ort!“ Er hatte immerhin fast 500 Einwohner, und so wurde der junge Soldat natürlich mit offenen Armen aufgenommen und erlebte zum Osterfest einen alten masurischen Brauch, an den er sich noch genau erinnert:

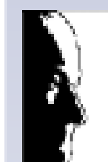
„Am Ostersonntag weckten die Jungens aus dem Dorf die Mädchen, indem sie versuchten, einen Eimer Wasser durch das Fenster in deren Betten zu gießen und dafür im Erfolgsfall als Belohnung Ostereier von den Erwischten bekamen. Am Ostermontag war es dann anders herum, und wir Jungens wurden von den Mädchen in gleicher Weise geweckt. Um meinen Gastgebern keine Schwierigkeiten zu machen, stand ich schon um 4 Uhr auf und ging in den Hof, um Holz zu hacken, damit mein Bett leer war und nicht nass wurde. Trotzdem bekam ich Ostereier zur Belohnung. Es war ein schönes Osterfest mit vielen Speisen und Getränken und Spielen. Zum Abschied gab es noch ein Paket mit Wurst, Schinken und Speck mit auf den Weg, das natürlich von meinen Kameraden freudig begrüßt wurde.“ Ja, da kann man verstehen, dass diese Erinnerung auch im Seniorenalter noch nicht verblasst ist und nun zur Spurensuche führt – angeregt durch Frau **Wegner** aus Ellerbek, die Herrn Weigel riet, sich an uns zu wenden. Und so fragen wir: Wer von den ehemaligen Bewohnern des im Kreis Rastenburg gelegenen Kirchortes Paaris erinnert sich an diese „Einquartierung“ und an die lustige „Schwaukserei“ zu Ostern. Schwieriger wird die Spurensuche nach der Familie **Gerhardt**, denn Herr Weigel weiß nicht mehr den Namen des Dorfes, das bei Goldap lag, wo Herr Gerhardt auf einem Gut arbeitete. „Meine hilfsbereite Quartiersfamilie hatte drei Mädchen und einen Jungen, die damals im Teenageralter waren. Ich frage mich oft, was aus ihnen geworden ist. Wenn Sie Unterlagen über die Gesuchten haben, wäre ich dankbar, wenn Sie die mir zukommen lassen!“ Damit können wir leider nicht dienen, denn wir haben nun einmal kein Einwohnerverzeichnis von ganz Ostpreußen – wie manche Anfragenden glauben –, sondern müssen die Suchbitte an unsere Leserinnen und Leser weitergeben. (Harry Weigel, Hagenwisch 18 in 25469 Halstenbek, Telefon 04101/588475, Fax 04101/589345.)

Die nächste Suche führt in den Kreis Osterode, genauer in die Gegend um den Gr. Damerausee. Dort ist der Vater von Herrn **Horst G. Konradt** aus Bochum als junger Mann auf einigen großen Gütern tätig gewesen und hat anscheinend eine Ausbildung zu einer Fachkraft auf dem Landmaschinensektor erhalten, was auch von ihm besuchte Kurse der Firma Lanz in Mannheim beweisen. Das geht – wenn auch schwer leserlich und deshalb nur bedingt verwertbar – aus der Bescheinigung hervor, die ihm der Gutsvorsteher von Gut Reichenau am 4. April 1926 ausgestellt hat. Diese Bescheinigung ist eine der wenigen Unterlagen, die Herr Konradt über die Tätigkeit seines Vaters in den 20er Jahren in Ostpreußen besitzt. Da er den Lebenslauf seines Vaters möglichst lückenlos nachvollziehen möchte, hat er sich an uns mit der Bitte gewandt, ihm bei dem Teil, den Ostpreußen in der väterlichen Vita einnimmt, zu helfen. Also versuchen wir es anhand der Unterlagen, die außer der Bescheinigung noch ein altes Foto, einen Kartengruß und einen Lageplan von Geierswalde enthalten, wo der junge **Paul** Konradt seit 1916 mit seinen Eltern lebte. Und zwar auf dem Vorwerk Geiershof, wie ich nun herausbekommen habe, wo anscheinend sein Vater tätig war. Das geht aus der Karte hervor, die im Jahr 1920 seine Mutter an ihre Tochter geschrieben hatte – als Wohnort war allerdings „Wrobeln“ verzeichnet. Das hatte nun zu Irritationen bei Horst G. Konradt geführt, denn er konnte diesen Namen auf keiner Karte finden. Auch ich war zuerst unsicher, denn der einzige Ort dieses Namens liegt im Kreis Johannisburg, konnte es also nicht sein. Aber dann stellte ich fest, dass das zu Geierswalde gehörende Vorwerk Geiershof ursprünglich Wrobbeln hieß – die Schreiberin hatte auf der Karte einfach ein b ausgelassen. Es liegt auf dem Lageplan an der Straße nach Reichenau, wo Paul Konradt sein berufliches Rüstzeug erhielt. So, das hätten wir wohl geklärt, aber es wäre gut, wenn dies noch mit Angaben aus unserem Leserkreis untermauert würde. Wer kannte die Güter oder hat dort auch gearbeitet und kann sich vielleicht noch an die Familie Konradt erinnern? (Horst G. Konradt, Efeuweg 12 in 44869 Bochum, Telefon 02327/76760.)

Unser immer aktiver Landsmann **Knut Walter Perkuhn** meldet sich wieder zu Wort, diesmal sucht er ein Buch, das ihm bei seiner Familienforschung behilflich sein könnte. Der vermutete Titel: „Schlösser und Gutshäuser in Ostpreußen“ verleitete mich dazu, ihn auf das Standartwerk von **Carl E. L. von Lorck** „Von Landhäusern und Gütern in Ost- und Westpreußen“ hinzuweisen, aber da war ich auf dem Holzweg. Das besitze er bereits, so sagte mir Herr Perkuhn am Telefon, auch ein ähnliches Buch, das 2001 in Allenstein von der polnischen Autorin **Margorzata Jackiewicz Garniec** herausgegeben wurde. Das von ihm seit Langem vergeblich gesuchte Buch erschien bereits viel früher, seines Wissens in den 70er Jahren, es hätte einen blauen Einband gehabt. Ich habe es leider nicht in meinem Archiv, wie Herr Perkuhn vermutete, und muss deshalb seine Bitte an unsere Familie weiterleiten. Er wäre schon dankbar, wenn ihm jemand den genauen Titel, den Verlag, das Erscheinungsjahr und den Autor nennen würde, damit er im Internet danach forschen könnte. Das Nonplusultra wäre natürlich, wenn jemand aus unserem Leserkreis dieses Buch besäße und es unserem Landsmann überlassen könnte. (Knut Walter Perkuhn, Bergstraße 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)

Eure

Ruth Gede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Sie weckt nicht nur Erinnerungen

Jörn Pekrul empfindet unsere Zeitreise in das Jahr 1945 als Dank an die Erlebnisgeneration

Dass unsere Zeitreise in das Jahr 1945 sehr aufmerksam verfolgt wird, stelle ich an dem Echo fest, das sie in unserem Familienkreis gefunden hat. Es kommt nicht nur von älteren Leserinnen und Lesern, die als Kinder oder junge Menschen dieses Schicksalsjahr erlebten, sondern auch von deren Kindern oder Enkelkindern aus der „Nachfluchtgeneration“, wie Herr Jörn Pekrull aus Frankfurt sie nennt. Er fühlte sich nun veranlasst, zu diesen zeitlich ineinander greifenden Zeitzeugenberichten seine Empfindungen mitzuteilen, und ich bin ihm sehr dankbar dafür. Denn sie bezeugen, dass meine Vorstellung von einer möglichst breit gefächerten Erlebnispalette, die termingemäß die unterschiedlichsten Schicksalsläufe der Flüchtlinge oder der in der zerstörten Heimat Verbliebenen, der Internierten oder Verschleppten offen legt, von unserer Leserschaft angenommen wird. Jörn Pekrull bestätigt dies mit seinen Worten:

„Aus der Nachfluchtgeneration ein besonderes Dankeschön an Sie und die Ostpreußische Familie für die Publikation der Fluchtberichte zum 70. Jahrestag. Die Reihe ist sehr gut zusammengestellt – viele persönliche Berichte aus unterschiedlichsten Perspektiven geben uns ein authentisches Bild der Ereignisse, die unsere persönliche Fürsorge mit unseren betroffenen Eltern ergänzen. Beides ergibt ein Gesamtbild, das wir in dieser Form sonst nirgends bekommen. Ich habe mir die Zeitungsartikel ausgeschnitten und in einer Kladde gesammelt, aus der ich in meiner ehrenamtlichen sozialen Tätigkeit mit jungen Menschen auf Beispiele verweisen kann.

Was ich neben der Anteilnahme und der Trauer mit den Betroffenen fühle, ist auch eine Hochachtung, die sich gar nicht genug in Worte fassen lässt. Man muss sich das einmal überlegen: Die Menschen, die diese Grausamkeiten überlebt haben, sind nicht als Bittsteller oder Forderer in den Westen unseres Landes gekommen. Sie haben die erlittenen Traumata mit sich im Stillen ausgemacht und nach außen hin nie geklagt – trotz aller Schwierigkeiten. Kein Selbstmitleid, keine Hängematte zum Ausruhen, keine Launen und keine Eigenheiten.



Bild: Pekrul

Frühlingsgruß aus Gumbinnen: Birkengrün in der Gartenstraße

Stattdessen haben sie unser Land wieder aufgebaut – mit Energie, mit Zielstrebigkeit, mit Selbstaufgabe. Und dies, obwohl das Erlittene keine Hoffnung mehr auf eine gesicherte Zukunft zuließ und die neue Umwelt oft mit Unwissenheit und Unverständnis auf sie reagierte. All diesen Widrigkeiten zum Trotz erbrachten die Heimatvertriebenen Leistungen, deren Würdigung – gerade im Vergleich zu heute – nicht hoch genau ausfallen kann. Ihnen, liebe Ostpreußische Familie, verdanke ich meine materielle Sicherheit bei meinem Erwachsenenwerden und meine Ausbildungsmöglichkeiten. Ich sehe das sehr klar und verneige mich in Dank vor Ihnen. Fixsterne menschlicher Schaffenskraft, die Beispiel und ein Ansporn für uns Nachkommende sind. Welche Lehren könnten unsere heutigen Schulen durch diese Vorbilder vermitteln. Ob eine öffentliche Anerkennung, die diesen Namen verdient, noch folgen wird, können wir heute nicht sagen. Es ist auch für mich kein Kriterium – es ist eine praktische Leistung, die zählt. Und was mich erfreut und diejenigen aus der Erlebnisgeneration, mit denen ich durch viele Leserbriefe in Kontakt bin, sind andere Momente: Stunden der Heimatverbundenheit, des konstruktiven Miteinander, des gemeinsamen Überwindens schwerer Stunden. Und die Freude an unerwarteten positiven Überraschungen.“

Die verspürte ich auch beim Lesen dieser Zeilen, die ich hiermit an die ganze Ostpreußische Familie weitergebe, denn ihr gilt ja der Dank von Jörn Pekrull. Und das wird vor allen den Mitdenkern und Mithelfern gut tun, die immer bereit sind, auf Fragen und Wünsche einzugehen und die dazu beitragen, dass unsere Ostpreußische Familie so viel Erfolg hat. Sie haben mit bewirkt, dass aus der einmal so schmalen Kolumne am Seitenrand ein „Fixstern“ wurde, wenn man diesen von Jörn Pekrul gewählten Begriff übernehmen kann, jedenfalls was Verlässlichkeit und Stetigkeit betrifft. Und so werden wir die Reihe „Heute vor 70 Jahren“ an dieser Stelle weiterführen, wenn auch aus Platzgründen mit Unterbrechungen, denn auch das Aktuelle dürfen wir nicht vernachlässigen. Deshalb werden wir in einer unserer nächsten Folgen einen Beitrag von Jörn Pekrul bringen, der als „Königsberger Wanderer“ einen Abstecher nach Gumbinnen unternahm und der auch nach 70 Jahren noch erkennbaren Stadt so begeistert war, dass er uns nicht nur einen detaillierten Bericht, sondern auch eine Fülle von großartigen Aufnahmen übersandte. Einen Vorgeschmack davon vorweg. *R.G.*



Zum 99. Geburtstag

Olschewski, Ernst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 14. Mai

Zum 98. Geburtstag

Tabatt, Erna, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Zum 97. Geburtstag

Gurgsdies, Kurt, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Wagner, Magdalene, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Zum 96. Geburtstag

Harder, Gerda, geb. **Meschonat**, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 11. Mai
Ruddies, Else, geb. **Urbigkeit**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Stryewski, Hildegard, geb. **Ullisch**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Mai
Wernik, Otto, aus Langsee, Kreis Lyck, am 10. Mai

Zum 95. Geburtstag

Adomeit, Curt, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Mai
Chmielewski, Margarete, geb. **Berg**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Krause, Ingeburg, geb. **Canditt/Thimm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 11. Mai
Szillat, Hedwig, geb. **Bolz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Zum 94. Geburtstag

Jacobeit, Prof. Dr. Wolfgang, aus Lyck, am 13. Mai
Panzer, Gerda, geb. **Sallowsky**, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Zum 93. Geburtstag

Bartels, Hedwig, geb. **Will**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Benz, Hildegard, geb. **Laurin**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Bertulat, Fritz, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Mai
Broschell, Gisela, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 14. Mai
Gäding, Anna, aus Postnicken, am 10. Mai
Müller, Frieda, geb. **Freitag**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 8. Mai
Patz, Auguste, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Ranzio, Elsa, geb. **Schmidt**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 9. Mai
Rettkowski, Hans, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Stramowski, Eva, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Zum 92. Geburtstag

Czerwonka, Gertrud, aus Lyck, v. Linsingen-Str. 9, am 9. Mai
Deimann, Hanna, geb. **Wiede**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Diekmann, Liesbeth, geb. **Balzer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Mai
Druschke, Hedwig, geb. **Markgraf**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Grzyb, Irmgard, geb. **Pauleit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Franke, Anny, geb. **Scheffler**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Neumann, Ella, geb. **Regnat**, aus Lindenweiler, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Mai
Olschewski, Otto, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, und aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Schmidt, Ruth, geb. **Steiner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai

Zum 91. Geburtstag

Aron, Paul, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Behnert, Margot, geb. **Scheffler**, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Doberleit, Bruno, aus Moditten, Kreis Samland, am 14. Mai
Eckloff, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. Mai
Funk, Agnes, geb. **Przygodda**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Haut, Hedwig, geb. **Bialluch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Mayer, Elfriede, aus Lyck, am 12. Mai
Nickel, Waltraut, geb. **Fernitz**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 10. Mai
Scherping, Hildegard, geb. **Ruschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Weise, Hedwig, geb. **Rattay**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai
Ziehm, Lieselotte, geb. **Klein**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 9. Mai

Zum 90. Geburtstag

Borawski, Herbert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Brassus, Doris, aus Babken, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai
Kaczinski, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Kovscek, Jutta, geb. **Janz**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Langmann, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. Mai
Lemke, Hildegard, geb. **Schirmer**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, am 10. Mai
Lietz, Adelheid, geb. **Pietrzenuk**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. Mai
Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai
Ludwig, Waltraud, geb. **Bodwan**, aus Dittersdorf, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Paasche, Lieselotte, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Mai
Parsczenski, Johanna, geb, **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Pörschke, Johannes, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. Mai
Siegmund, Christel, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Mai
Skubich, Irene, geb. **Mörer**, aus Balow/Ludwiglust, Kreis Lyck, am 9. Mai
Staklies, Waltraut, geb. **Neumann**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 9. Mai

Zum 85. Geburtstag

Birth, Gerhard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 12. Mai
Breithaupt, Elfriede, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Mai
Brockmann, Edith, geb. **Merchel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai
Dempke, Melitta, geb. **Döscher**, aus Hamburg, am 14. Mai
Edler, Heinz, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Erichsen, Hildegard, geb. **Galow**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 9. Mai
Ewert, Erna, geb. **Behlau**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 15. Mai
Genderka, Hildegard, geb. **Lippek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 9. Mai
Goeritz, Herbert, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Gollub, Adeltraud, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Hermes, Ruth, geb. **Jankowski**, aus Driegelsdorf, Kreis Johannisburg, am 11. Mai
Herrmann, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Hoffmann, Helmut, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 9. Mai
Laschkowski, Bruno, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Meinecke, Irma, geb. **Dickmann**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Mischke, Inge, geb. **Grzeski**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 11. Mai
Möller, Liselotte, geb. **Erlach**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 9. Mai
Olbrisch, Waltraud, geb. **Grabosch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Pettkus, Max, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Scharna, Monika, geb. **Preuss**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai
Schrenke, Eva, geb. **Gelhaar**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Steffen, Egon, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 15. Mai
Vonscheidt, Ilse, geb. **Jenzewski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 10. Mai
Willutzki, Günther, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Zentarra, Angelika, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Mai
Ziemann, Hanni, geb. **Roßmannek**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Mai

Zum 80. Geburtstag

Bierfreund, Elisabeth, geb. **Leiske**, aus Mohrungen, am 15. Mai
Christmann, Ilse, geb. **Szoebb**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 9. Mai
Conrad, Horst, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Doliwa, Ruth, geb. **Poganski**, aus Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Donat, Erika, geb. **Backhaus**, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 15. Mai
Drubba, Helmut, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 10. Mai
Hermann, Heinz, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 10. Mai
Hincke, Wally, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Höpting, Hildegard, geb. **Fröhlian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 9. Mai
Hüsgen, Elisabeth, geb. **Rosinski**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 11. Mai
Jorkowski, Heinz, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Klein, Anneliese, geb. **Rissmann**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Klement, Ruth, aus Peyse, Kreis Samland, am 12. Mai
Kopp, Horst, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 13. Mai
Kosik, Ewald, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Kruse, Eva, geb. **Woykenat**, aus Treuburg, am 9. Mai
Lankeit, Wilhelm, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Plogsties, Werner, **aus** Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Rama, Ruth, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Reisch, Irmgard, geb. **Sachs**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Riebeseel, Anna, geb. **Lottermoser**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Roth, Eveline, geb. **Hoffmann**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 12. Mai
Saborosch, Helmut, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Schröder, Hannelore, geb. **Ruibat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. Mai
Sdun, Christa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 10. Mai
Seidler, Günther, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 15. Mai
Slopianka, Günter, aus Hartwigswalde, Kreis Neidenburg, am 13. Mai
Trümper, Brigitte, geb. **Sukowski**, aus Marscheiten, Kreis Samland, am 9. Mai
Wallesch, Werner, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Weiß, Dieter, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 11. Mai
Zielasko, Gerhard, aus Sentken, Kreis Lyck, am 10. Mai

Zum 75. Geburtstag

Dormann, Erika, geb. **Günther**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hauschild, Bärbel, geb. **Podschun**, aus Treuburg, am 10. Mai
Kirstein-Maetzold, Bärbel, geb. **Kirstein**, aus Ebenrode, am 14. Mai
Kremin, Willy, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Kröhnert, Gerfried, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Leng, Gunter, aus Warschkeiten, Kreis Pr. Eylau, am 12. Mai
Narzi, Renate, geb. **Schaschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Nitsche, Gudrun, geb. **Wohlgefahrt**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Mai
Schreiber, Ilse, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 14. Mai
Sternberg, Gerhard, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai

Termine der LO

2015
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Königswinter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Versierte Referenten

Evangelische Ostpreußen treffen sich

Erneut bietet die „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen" (GeO) mit versierten Referenten vom 22. bis zum 26. Juni eine Ostpreußenwoche in Krelingen an.

Sie findet im „Geistlichen Rüstzentrum" (GRZ) Krelingen bei Walsrode statt. Das GRZ ist ein großes Zentrum für Studien, Bildung und Erholung in der Heide. Um die Geschichte, um Kunst, Kirche, Liedgut und die heutige Situation vornehmlich im russischen Teil des früheren Ostpreußens soll es im Juni gehen. Zu den Referenten gehören Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Lorenz Grimoni, Pastor im Ruhestand und Leiter des Museums „Stadt Königsberg" und Tatjana Wagner, russische Pastorin aus Königsberg. Die diplomierte Musikerin Lena Buko begleitet die Ostpreußenwoche musikalisch. Neben Referaten und Gesprächen wird es auch Zeit für Ruhe und Entspannung geben. Die Preise betragen je nach Ausstattung pro Einzelzimmer zwischen 172 und 220 Euro, pro Doppelzimmer zwischen 144 und 196 Euro plus 72 Euro Freizeitgebühr.

Rückfragen und Anmeldungen bei: Erhard und Luise Wolfram, Hudeplan 42c, 30453 Hannover, Telefon (0511) 3631102, E-Mail: erhard.wolfram@web.de.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 9. Mai, 11 Uhr, Phoenix: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (55): Mein 1945 – Norddeutsche erinnern sich an das Kriegsende.
Sonnabend, 9. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (57): Als die Russen kamen ... und gingen.
Sonnabend, 9. Mai, 22.30 Uhr, MDR: Die Brücke von Arnheim. Kriegsdrama, GB 1977.
Sonnabend, 9. Mai, 23.15 Uhr, NDR: Der Untergang der Lusitania. TV-Dokudrama, GB/D 2008.
Sonnabend, 9. Mai, 0 Uhr, WDR: Dünkirchen, 2. Juni 1940. Kriegsdrama, F/I 1964.
Sonntag, 10. Mai, 11.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Einem Mythos auf der Spur – Die Bernsteinzimmer in Deutschland.
Montag, 11. Mai, 21 Uhr, ARD-alpha: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (40): Als die Amerikaner in den Norden kamen.
Dienstag, 12. Mai, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Kinderkrankheiten – Gefahr in jedem Alter.
Mittwoch, 13. Mai, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Was folgt auf den Pflege-TÜV? – Die Suche nach einem neuen Bewertungssystem.
Mittwoch, 13. Mai, 17.35 Uhr, Arte: Elisabeth I. – Mörderin auf dem Thron.
Mittwoch, 13. Mai, 21 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (58): Friedland – Als die Väter nach Hause kamen.
Mittwoch, 13. Mai, 17.15 Uhr, ARD-alpha: Bis die Russen kamen ... Dokumentation, D 1995.
Mittwoch, 13. Mai, 21 Uhr, ARD-alpha: 1945 – Als die Franzosen Deutschland besetzten.
Donnerstag, 14. Mai, 12 Uhr, SWER/SR: Die Geschichte der Zeppeline – Vom Bodensee in aller Welt.
Donnerstag, 14. Mai, 20.15 Uhr, tagesschau24: Pegida – Zwischen Bürgerprotest und Radikalisierung. Dokumentation, D 2015.
Donnerstag, 14. Mai, 22 Uhr, RBB: Max Raabe & Palast Orchester – Eine Nacht in Berlin.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



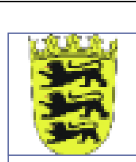
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de. Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen" klicken.

Königsberger Gebiet – 2. bis 12. August: Alljährliche BJO-Sommerfahrt. Diesmal wird der Lagerplatz im russischen Teil Ostpreußens im Elchwald aufgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Großen Moosbruch und der Elchniederung. Die Memel und Tilsit bleiben ebenfalls im Blick. Ein ganzheitliches Programm trägt dazu bei, sich vor Ort mit Ostpreußen auseinanderzusetzen und Gemeinschaft zu erleben. Die Anmeldefrist endet am 15. Mai. Um einen Platz zu bekommen, ist zu empfehlen, sich schnell anzumelden. Der Altersschwerpunkt der Fahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit allen Einzelheiten findet sich auf: www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 20. Mai, Salon Dachgarten, Parkhotel, Pforzheim: 137. Preußische Tafelrunde. Referent ist Dr. Christoph Hinkelmann Leiter der Abteilung Naturkunde/Landwirtschaft am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Er spricht zum Thema „Johannes Thienemann und sein Lebenswerk – die Vogelwarte Rossitten".

Frauengruppe – Dienstag, 12. Mai, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: „Muttertag und Pfingsten" – ein interessanter Nachmittag mit Brauchtum, Liedern, Geschichten und Gedichten unter der Leitung von Uta Lüttich. Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ludwigsburg – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 9. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Maifest. Walther von der Vogelweide und der in Königsberg geborenen Bildhauer Georg Fuhg sind das Thema. Dazu gibt es einen Vortrag in Wort und Bild von Peter Jermann und Ilse Hunger. Gemeinsam schöne Stunden wollen wir auch mit heimatlichen Frühlingsgedichten und Liedern erleben. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen.

– Ankündigungen –

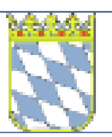
Leider fällt in diesem Jahr der Jahresausflug aus. So gibt es erst zum Erntedankfest ein Wiedersehen. Die Vorbereitung zur Jubiläumsfeier 65 Jahre LO Reutlingen am 14. November sind leider durch eine Erkrankung der 1. Vorsitzenden ins Stocken geraten, doch die monatlichen Treffen der Frauengruppe gehen weiter. Jeden 3. Mittwoch im Monat treffen wir uns. Weitere Informationen in der hiesigen Presse. Wünsche allen Mitgliedern und Freunden einen gesunden und schönen Sommer! Auf Wiedersehen! *Ilse Hunger, 1. Vorsitzende*

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 9. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

– Ankündigung –

Im August findet die Zusammenkunft auf dem Ernsthof bei Ehingen statt. Es wird eine Sammelfahrt ab den Ulmer Stuben geben. Zeitpunkt: 5. September, Abfahrt 14 Uhr vor den Ulmer Stuben. – Das Erntefest der Ost- und Westpreußen in Ulm ist für den 11. Oktober in den Ulmer Stuben geplant.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 13. Mai, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Diesen Nachmittag wollen wir unseren lieben Müttern widmen, die so viel haben leisten müssen besonders in der schweren Zeit. Wir werden Erinnerungen austauschen und mit schönen Beiträgen wie „Mütterchen" von Ruth Geede und „Als Gott die Frau schuf" von Erna Bombeck ihrer Gedenken. Anschließend gibt es noch einen Bericht über die Landesfrauentagung am 18. April in Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 16. Mai: Tagesausflug auf die Burg Hohenzollern, dem Stammsitz des preußischen Königshauses bei Hechingen. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus. Auskunft und Anmeldung bei Landsmännin Bethke, Telefon (09831) 80961.

Ansbach – Sonnabend, 16. Mai: Ausflug zur Hohenzollernburg bei Hechingen, der Stammburg des Fürstengeschlechts und des deutschen Kaiserhauses der Hohenzollern.

Bamberg – Mittwoch, 20. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Muttertagsfeier.

Erlangen – Donnerstag, 21. Mai, 15.45 Uhr, Raum 20, Freizeitenzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35: Vortrag und Diskussion über Käthe Kollwitz. Gäste sind herzlich willkommen.

Hof – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Muttertag – Sonnabend, 13. Juni, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung. Gäste sind bei beiden Veranstaltungen willkommen.

– Bericht –

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hatte zur Monatszusammenkunft im April geladen und viele Mitglieder und Gäste waren erschienen. In Vertretung des 1. Vorsitzenden Christian Joachim übernahm Kulturreferent Bernd Hüttner die Begrüßung und die Bekanntgabe von Vereinsmitteilungen. In seinen nachfolgenden Ausführungen erzählte Bernd Hüttner von seinem spektakulären Erlebnis der Sonnenfinsternis. Mit rund 70 Passagieren startet er am Flughafen Zürich mit einem Charterflugzeug zu den Färöern Inseln, um die totale Sonnenfinsternis zu erleben. Es war eindrucksvoll, für zwei Minuten herrschte dort komplette Dunkelheit.

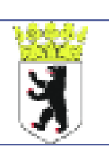
Gleichzeitig gedachte der Vortragende an den Österreichischen Schriftsteller, Maler und Pädagogen der Biedermeierzeit, Adalbert Stifter (1805 – 1868), der am 8. Juli 1842 die totale Sonnenfinsternis in den frühesten Morgenstunden beim günstigsten Himmel in Wien erleben konnte. Er schilderte damals dieses gewaltige Erlebnis, dass er nie in seinem ganzen Leben so erschüttert war, von Schauer und Erhabenheit, wie in diesen zwei Minuten, als hätte Gott auf einmal ein deutliches Wort gesprochen.

Die gleiche Ergriffenheit erfasste auch Bernd Hüttner am 20. März und ging auf die Zuhörer über. Dankbarer Beifall war der Ausdruck für diese einzigartigen Ausführungen. Nach gemeinsamen gesungenen Frühlingsliedern stellte Jutta Starosta traditionsgemäß den Prominenten des Nachmittags vor. Sie hatte Otto Ewald Drengwitz ausgewählt, der am 19. April 1906 in Georgenburg, Kreis Insterburg, geboren wurde. Er war ein begabter Bildhauer, der bis ins hohe Alter künstlerisch aktiv war. Er starb am 18. Januar 1997 in Berlin.

Mit einer Ehrenurkunde für 35-jährige Mitgliedschaft in Treue und Bekenntnis zu unserer Heimat dankte Jutta Starosta unter viel Beifall Beate Schardt. Mit einem heiteren heimatlichen Vortrag von Peter von Lossow und gemütlichem Plausch ging der unterhaltsame Nachmittag viel zu schnell vorüber. *Renate Pfaff, Schriftführerin*

Landshut – Dienstag, 19. Mai. 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel": Weißwurstessen.

München – Sonnabend, 16. Mai, 14.30 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Frühlingsfest mit gemeinsamen Singen und unterhaltenden Wortbeiträgen. Zu Beginn gibt es gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

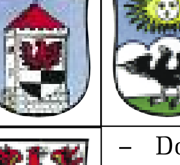
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



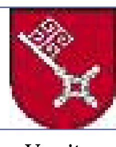
Bartenstein – Sonnabend, 9. Mai, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



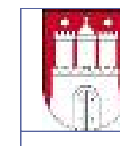
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin-Tempelhof: Gemeinsames Treffen zum Muttertag. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Alten Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

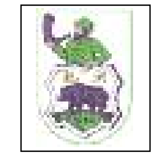
Bremen – Freitag, 29. Mai, 12.30 Uhr, Hotel Robben – Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland (Haltestelle Norderländer Straße der BSAG-Linien 1 oder 8): Spargelessen der Frauengruppe. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Es gibt pro Person 500 Gramm Stangenspargel, Sauce Hollandaise oder Butter, Salzkartoffeln sowie wahlweise Schnitzel, Schinken oder Schweinemedaillons. Zusätzlich kann Suppe und/oder Dessert bestellt werden. Der Preis beträgt 19,90 Euro. Anmeldungen bitte bis 26. Mai bei Frau Richter, Telefon 405515 oder in der Geschäftsstelle.



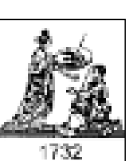
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Salzburger Verein – Sonnabend, 16. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen. Das Programm:

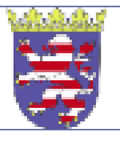
1. Gedanken zum Schriftsteller Günter Grass,
2. Film: „Unterwegs im Norden Ostpreußens – eine kulturhistorische Reise",
3. Zum aktuellen Stand der Neufassung der „Satzung des Salzburger Vereins e.V.". Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



Elchniederung – Mittwoch, 20. Mai, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek: Frühlingsfest mit Liedern, Gedichten und mehr. Wie immer sind Gäste herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 23. Mai, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8, Gemeinsames Treffen. Weitere Informationen: Hilde Janssen-Kayda, Telefon (040) 517931.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Gemeinsames Treffen. Nach der Kaffeetafel lautet unser Motto „Fröhlich in den Frühling". Unter musikalischer Begleitung wird mit Gesang, Gedichten und kleinen Geschichten der Lenz begrüßt. Wir hoffen, dass viele Mitglieder und auch Gäste Interesse an unserer Frühlingsveranstaltung haben, und zu einem guten Gelingen beitragen. Im Juni und Juli machen wir eine Sommerpause und treffen uns dann erst wieder am 15. August. Wir werden rechtzeitig informieren. Zur Kulturtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hessen: Sie fand am 18. und 19. April in Weilburg an der Lahn statt. An dieser gelungenen Veranstaltung nahm auch ein kleiner Kreis aus unserem Vorstand teil. Gerhard Schröder wird am 16. Mai alle Anwesenden über den Ablauf und die vorgetragenen Themen dieser Veranstaltung informieren.

Wetzlar – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Restaurant, „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Monatliches Treffen. Wolfgang Kopiske, aus Weilrod-Hasselbach spricht über die Vertreibung vor 70 Jahren. Außerdem gibt es Gedichte zum Muttertag, gelesen von Friederike Preuß und Karla Weyland. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Mai, 8.30 Uhr, Hauptbahnhof Busbahnsteig 1 (hinter der Aral-Tankstelle): Busfahrt der Frauengruppe nach Tann in der Rhön, dem beliebtesten Ferienort Hessens. Auf dem Programm stehen unter anderem eine Stadtrundfahrt und die Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro pro Person. Auch Nichtmitglieder der Frauengruppe sind herzlich willkommen. Anmeldungen bei Helga

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Kukwa (0611) 373521. – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Wie lieblich ist der Maien“ – Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit, gestaltet von unserer Frauengruppe und Mitgliedern des Chors. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

Wiesbaden – Das letzte Monatstreffen wurde als Jahreshauptversammlung durchgeführt. Nach der Totenehrung, bei der Helga Kukwa an die verstorbenen Mitglieder und Freunde des Vereins erinnerte, gab der Vorsitzende Dieter Schetat den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Vorstandes ab. Außerdem berichtete er über die Veranstaltungen im vergangenen Jahr. Erneut standen elf Monatstreffen auf dem Programm mit überwiegend heimatbezogenen Themen; unter anderem waren es Bildervorträge über Westpreußen, Masuren, die Kaschubische Schweiz und über bedeutende ostpreußische Frauen. Zudem erinnerten die Filme „Die Reise nach Tilsit“ und „Die Kurische Nehrung im Wandel der Jahreszeiten“ an die Heimat.

Des Weiteren gab es die traditionellen Zusammenkünfte beim Sommer-Gartenfest, „Närrischen Kreppelkaffee“ und den Feiern zu Erntedank und Weihnachten. Als herausragende Veranstaltung bezeichnete der Vorsitzende das letztjährige „Deutschlandtreffen der Ostpreußen“ in Kassel, an dem die Landsmannschaft mit rund 50 Personen teilnahm.

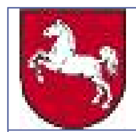
Bei den monatlichen Stammtischen wurden überwiegend ostpreußische Gerichte serviert. Besonderen Zuspruch fanden das „Grützwurst-Essen“ und das „Festliche Wildessen“, bei dem die hiesigen Jagdhornbläser mitwirkten. Die Leiterin der Frauengruppe, Helga Kukwa, lädt jeden Monat zum Heimatnachmittag ein, zu dem natürlich auch Herren willkommen sind.

Mit Freude vermerkte Schetat, dass im vergangenen Jahr sechs neue Mitglieder hinzugekommen sind und die Landsmannschaft, die im nächsten Jahr auf ihr 70-jähriges Bestehen zurückblicken kann, nun rund 170 Mitglieder zählt. Dem ältesten Mitglied, Irmgard Pietzko, gratulierte der Vorsitzende am 14. April zum 100. Geburtstag (siehe *PAZ*, Ausgabe 18).

Seit vielen Jahren greift der Verein bedürftigen Landsleuten im südlichen Ostpreußen finanziell unter die Arme und erfreut sie zum Weihnachtsfest mit Geldspenden.

Die Mitglieder entlasteten den Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr einstimmig. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüfer, Irmgard Gethöffer und Margot Schittko, erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung.

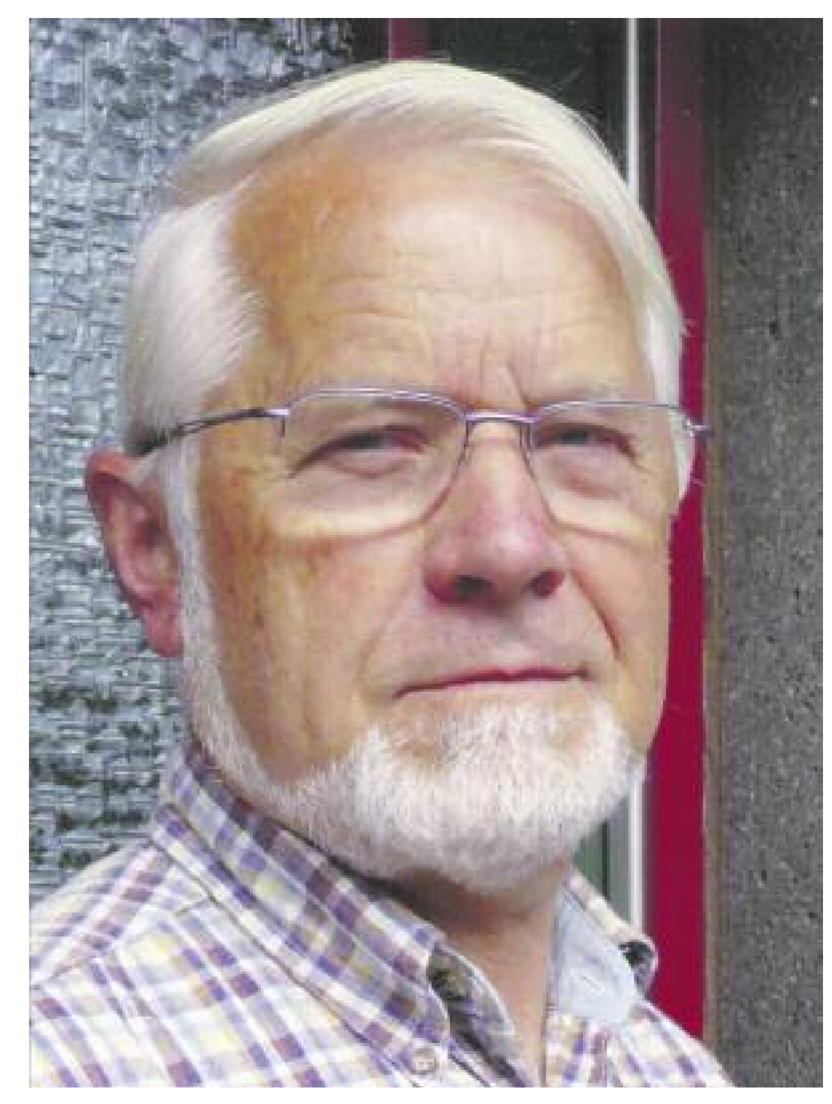
Nach dem offiziellen Teil zeigte Schetat Lichtbilder aus dem Vereinsleben des vergangenen Jahres.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Nachruf auf Wolfgang Weyer: Der am 18. Juni 1937 in Königsberg geborene Wolfgang Weyer ist am 16. März aus seiner Familie, aus der Mitte seiner ostpreußischen Schicksalsgefährten abberufen worden. Er gehörte zu den letzten der sogenannten Erlebnisgeneration. Wohl auch familienbedingt war die Pflege der Erinnerung an die Heimat aus seinem Leben nicht wegzudenken. So fand Wolfgang Weyer schon in jungen Jahren zur Gruppe Buxtehude der Landsmannschaft Ostpreußen.



Sein Herz schlug für Ostpreußen: Wolfgang Weyer (* 18. Juni 1937, † 16. März 2015) Bild: privat

Sein Herz hing an Ostpreußen, und daraus resultierte sein vorbildliches und unermüdliches Eintreten für seine Heimat. Als Vorsitzender der Gruppe Buxtehude gehörte er zu den Aktiven auch in der Bezirksgruppe Lüneburg, die aus der Landesgruppe Niedersachsen Nord hervorgegangen war. Seine Arbeit und sein Engagement in seiner Gruppe Buxtehude waren von großer Phantasie und Einsatzfreude, wenn es darum ging, nicht nur seinen Landsleuten, sondern auch Nicht-Ostpreußen das Land am Pregel nahezubringen.

Die Arbeit seiner Ortsgruppe in Buxtehude war beispielhaft. Wo immer sich eine Möglichkeit ergab, für Ostpreußen zu werben, es in der Öffentlichkeit zu präsentieren, Wolfgang Weyer war mit seiner Gruppe dabei. Als Beispiel sei nur die Beteiligung am Advents- und Weihnachtsmarkt in Buxtehude genannt.

Sein Einfallsreichtum, Menschen an die Gruppe Buxtehude heranzuführen, war groß. Natürlich standen auf seinem Veranstaltungsprogramm neben den regelmäßigen Zusammenkünften auch Fahrten zu den Aufführungen der Dittchenbühne in Elmshorn. Die Ausstrahlung der Gruppe war so groß, dass auch Einheimische bei ihm Mitglied wurden. Ganz besonders seien die von Wolfgang Weyer organisierten Fahrten nach Mitteldeutschland, Berlin und Ostpreußen hervorgehoben. Und schließlich: Ohne seine Initiative und sein Organisationstalent wäre so mancher Ostpreuße nicht zu den Ostpreußentreffen der Landsmannschaft gefahren. Neben dieser vorbildlichen Basisarbeit amtierte er als stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe und übernahm wichtige Aufgaben, wo immer seine Hilfe gebraucht wurde. Die Ostpreußen haben Wolfgang Weyer unendlich viel zu danken. Er wird allen Ostpreußen sehr fehlen. *L./K.*

Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse. Dazu je eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie einen Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg. Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Zwickauer Straße 12: Himmelfahrt, Treffen im Garten bei Frau Anders.

Holzminden – Im Mai wird die Vorsitzende Renate Bohn sich mit dem Leben und Wirken einzelner ostpreußischer Schriftsteller befassen. Ebenfalls im Mai ist je nach Witterung und Blüte kurzfristig ein Tag zur Orchideenwanderung eingeplant. Es werden schon jetzt Anmeldungen für die Tagesfahrt am 26. Juni zum Küchenmuseum in Hannover entgegengenommen.

Osnabrück – Donnerstag, 28. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Kreisgruppe möchte auf die Gästewoche der Ost-, Westpreußen und Sudetendeutschen in Seeboden in Kärnten hinweisen. Sie findet vom 21. bis 27. Juni statt. Ein umfangreiches Programm erwartet die Teilnehmer. Angehörige des Vorstandes aus Bielefeld haben schon an der Gästewoche teilgenommen und empfehlen diese Gästewoche sehr! Anmeldungen und weitere Informationen beim Tourismusbüro Seeboden, Frau Kutin, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden/Millstätter See, Telefon (0043) 476281210.

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 9. Mai, 7.30 bis 19.30 Uhr: „Kalter Krieg in der Eifel“ – Tagesexkursion zum Bunker der Landesregierung NRW nach Urft. – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Der Erste Weltkrieg in den Teilungsgebieten Polens“ – Vortrag von Dr. Wolfgang Kessler. – Donnerstag, 21. Mai, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 23. Mai, bis Sonntag, 24. Mai: 66. Sudetendeutscher Tag in Augsburg unter dem Motto „Menschenrechte ohne Grenzen“.

Ennepetal – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Haus Ennepetal. Gasstraße: 60 Jahre LO. Donnerstag, 21. Mai, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Essen – Freitag, 22. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: „Bernstein – Gold des Nordens und die Menschen bei der Bernsteingewinnung“ – Vortrag von Bernhard Kehren.

Leverkusen – Die Kreisgruppe traf sich am 18. April zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Nach dem Totengedenken für die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder berichtete die Vorsitzende Christa Olk unter anderem über die erschreckend abnehmende Mitgliederzahl und erneuerte die Bitte um Zusammenhalt. Die Schatzmeisterin und Kulturreferentin und die Frauengruppenleiterin berichteten über die erfreulich guten Ergebnisse und die sehr gute Arbeit der Kulturgruppen wie auch die stets große Beteiligung an den Treffen der Frauengruppe mit schönem Programm. Von allen wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass es weiter so bleibt. Die Kassenprüfer bescheinigten die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung ohne jegliche Beanstandung. Wiedergewählt wurde fast der gesamte, bisherige Vorstand. Zwei Beisitzer sind aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Ihre Positionen wurden neu besetzt. Die Kulturgruppen zeigten, nach dem Vesper, ihr Können mit Vorträgen, Tänzen und Liedern. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Land der dunklen Wälder“ wurde die diesjährige Jahreshauptversammlung. beendet.

Remscheid – Die Kreisgruppe Remscheid trifft sich erstmalig seit April um 14.30 Uhr im „Remscheider Hof jetzt „MK-Hotel“ am Bahnhof, da die „Zunftstuben“ Ende März geschlossen wurden. Die nachfolgenden monatlichen Treffen werden wie gewohnt am dritten Donnerstag im Monat um 14.30 Uhr im neuen Domizil gehalten. Obwohl das Erdgeschoß sich noch im Umbau befindet, tagen wir im ersten Stock (mit dem Aufzug zu erreichen). Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Gemeinsamer Ausflug.

Wuppertal – Die für Sonnabend, 9 Mai, geplante Ostpreußenrunde fällt aus, denn am Sonntag, 10. Mai, 14 Uhr, feiern alle Landsmannschaften das BdV-Frühlingsfest im Breuersaal in der Auer Schulstraße, in Wuppertal-Elberfeld. Das Programm wird von den Chorfreunden Wuppertal, der Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocks, einer Kindergruppe und von den einzelnen Landsmannschaften mit Wortbeiträgen gestaltet. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 21. Mai, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: „Skatertour von Mainz nach Masuren“ – Bericht mit Bildern von Johann Jotzo.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz/Zwickau – Die Heimatgruppe der Insterburger in Sachsen kann sich in der kommenden Zeit nicht mehr in den altbewährten Räumen treffen. Das Gebäude in der Hölderlinstraße wird totalrenoviert. Die Treffen finden daher in diesem Jahr in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 5. Juni, 11. September und 12. Dezember. Die Treffen beginnen um 14 Uhr, das Weihnachtstreffen um 12 Uhr.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 16. Mai, 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag zum Thema „Die schwere und leidvolle Geschichte der Wolfskinder“. Erna Felber berichtet von ihren eigenen Erfahrungen als Wolfskind. Der Nachmittag wird umrahmt mit heimatlichen Gedichten und Liedern. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.

– Porträt –

Unser Dank und unsere Anerkennung für seine hervorragende ehrenamtliche Tätigkeit gilt Kurt Weihe. Er war seit ihrer Gründung von 1993 bis 2013 Vorsitzender der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna und arbeitet weiter sehr aktiv im Vorstand mit. Seine Arbeit mit der Jugend ist einfach beispielhaft. Er leitet eine Arbeitsgruppe der Gerhart-Hauptmann-Oberschule Limbach-Oberfrohna. Mit vielen Ideen und großer Begeisterung beschäftigen sich die Kinder mit Bernsteinarbeiten. Zu unseren Heimatnachmittagen stellen sie voller Stolz die schönsten selbst gebastelten Dinge aus.



Hervorragende ehrenamtliche Tätigkeit in Limbach-Oberfrohna: Kurt Weihe Bild: privat

Nicht nur die Schätze unserer Heimat, sondern die gesamte Geschichte Ostpreußens bringt Kurt Weihe den Kindern nahe. So bereitete er mit Schülern der neunten Klassen eine öffentliche Veranstaltung für den Rat der Stadt vor. Ihr Thema: „Integration damals und heute.“ Alle Bürger waren dazu eingeladen. Am 17. April konnte der Bürgermeister dann zahlreiche Teilnehmer zu einer von Kurt Weihe gut vorbereiteten und hervorragend durchgeführten Veranstaltung begrüßen.

Sein Bestreben war schon immer, das Schicksal von Flucht, Vertreibung und Integration an die Jugend weiter zu vermitteln und damit zu erreichen, dass von deutschem Boden nie wieder etwas Ähnliches geschehen darf. Die junge Generation soll für die Erhaltung des Friedens und Völkerfreundschaft offen sein. Kurt Weihe organisierte auch einen Schüleraustausch mit Schülern aus dem Königsberger Gebiet und den Schülern der Gerhart-Hauptmann-Oberschule. Die russischen Schüler waren für eine Woche Gäste in Limbach-Oberfrohna. Die Schüler der Gerhart-Hauptmann-Oberschule waren zum Austausch im Königsberger Gebiet.

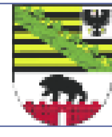
Weihe veranstaltete bereits 14 gemeinsame Fahrten mit unseren Landsleuten in die Heimat Ostpreußen und hat dabei gute Kontakte zu den heutigen Bewohnern geknüpft. Dabei wird vor allen Dingen die Jugend freundlich mit einbezogen. Die Arbeit mit den Schülern ist ihm sehr wichtig. Diese schönen gemeinsamen Fahrten organisiert Weihe in eigener Regie. Stets finden sie viel Zuspruch.

Der BDV-Landesverband bemühte sich mit dem Sächsischen Innenministerium eine Begegnungs- und Erinnerungsstätte für die Heimatvertriebenen einzurichten, was in der Stadt Reichenbach gelungen ist. Durch gute Kontakte und Gespräche mit den Vertriebenen schaffte es Weihe, dass wertvolle Dokumente und Gegenstände dem „Haus der Heimat“ zur Verfügung gestellt wurden.

Zwei neunte Klassen der Gerhardt-Hauptmann-Oberschule fuhren per Bus mit ihrem ihrer Geschichtslehrer und Weihe in das Haus der Heimat um vor Ort lebendigen Geschichtsunterricht zu erleben. Darüber entstand auch eine Filmdokumentation, die ebenfalls am 17. April vorgeführt wurde.

Kurt Weihe legt großen Wert darauf die Veranstaltungen der Kreisgruppe mit Kultur und Brauchtum unserer Heimat anspruchsvoll zu gestalten und durchzuführen. Seine einfühlsame Art, mit Menschen umzugehen, ist für alle Landsleute und auch für unsere Jugend ein wertvoller Schatz. Ein Grund warum wir immer mehr Mitglieder hinzugewinnen.

In heimatlicher Verbundenheit
Hannelore Kedzierski



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Muttertag.

Gardelegen – Donnerstag, 28. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagsfahrt zum Storchenhof Loburg.

Magdeburg – Dienstag, 19. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 29. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.

– Bericht –

Das Thema für das April-Treffen lautete: Orte und Flüsse der Heimat. Die Vorbereitungen für dieses Treffen lagen wie sonst auch in den Händen des Vorstandes und des Singekreises. Nachdem der Vorsitzende, Rudi Fieberg, die Landsleute und Gäste begrüßt hatte, wurden das Ostpreußenlied und das Westpreußenlied gesungen. Die Geburtstagskinder wur-

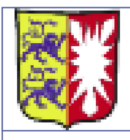
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

den beglückwünscht, und dann ging die Reise durch ein verlorenes Land los. Aber wie kann jemand über Ost- und Westpreußen berichten, der Jahrgang 1944 ist und aus dem Sudetenland stammt? Die Moderatorin, Dorothea Fieberg, forderte die Landsleute gleich zu Beginn auf, sich aktiv in das Programm einzubringen, und das taten sie dann auch.

Wo fängt man bei dieser Reise an? Logischerweise bei Königsberg! Ein kurzer Abriss der Geschichte, das Schloss, der Dom, der Pregel und natürlich Kant und die Verbindung zu Magdeburg durch Bruno Taut bildete den Auftakt. Dann ging es nach Allenstein, und der Landsmann Werner Maluck gab einen sehr informativen Bericht über die ehemalige Garnisonsstadt. Die Reise ging weiter über Marienburg nach Memel mit dem Denkmal des Ännchen von Tharau und nach Tilsit, wo besonders die berühmte Brücke Erwähnung fand und des Treffens der Königin Luise mit Napoleon gedacht wurde.

Eine Kahnfahrt auf der Kruttinna konnte von vielen Landsleuten mit eigenen Erlebnissen bereichert werden. Anschließend blieben wir auf dem Wasser und begaben uns auf den Oberländischen Kanal. Es wurde an die großartige Leistung der Vorfahren erinnert und daran, dass dieses technische Bauwerk noch heute präzise funktioniert. Die Städte Thorn und Posen folgten als nächste Ziele. Natürlich mussten das Frische und das Kurische Haff erwähnt werden. Den Abschluss bildete der Spirdingsee mit dem Stinthengst und den Maränen. Die Maränen lösten eine kleine Debatte unter den Landsleuten aus, denn es ergab sich die Frage, ob die Maränen im Spirdingsee und die Maränen im Arendsee die gleiche Qualität haben. Der Singekreis hatte zu jedem Ort und jedem Gewässer ein passendes Lied ausgewählt und nach jedem Bericht dargeboten. Für alle Landsleute war es wieder ein gelungener Heimatnachmittag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Mai, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Werner Lange aus Eutin zeigt einen Diavortrag über Masuren und Danzig. Gäste sind herzlich willkommen. Danach geht die Landsmannschaft in die Sommerpause und trifft sich am 8. September wieder zu ihrem monatlichen Nachmittag.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Mai, 10.30 Uhr, Altvaterturm bei Lehesten im Thüringer Wald: Einweihung einer Gedenktafel für Wolfskinder. Alle ost- und westpreußischen Landsleute, Heimatfreunde sowie interessierte Bürger sind herzlich eingeladen.

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



»Unser Torhaus ...

... werden wir nie vergessen«

Heimattreffen vom Fischhausen, Königsberg-Land, Labiau und Wehlau in Leipzig

Liebe Heimatfreunde,
wir laden Sie recht herzlich zu unserem dritten Regionaltreffen am 20. Juni 2015 in Leipzig, Gaststätte „Seilbahn“ Max-Liebermann-Straße 91 ein. Gern begrüßen wir auch alle interessierten Landsleute aus anderen Heimatkreisen Ostpreußens. Wir möchten erreichen, dass dieses jährliche Treffen mit Beteiligung verschiedener ostpreußischer Heimatkreise in Leipzig noch viele Jahre erfolgreich durchgeführt werden kann. Wir wollen damit die Verbundenheit zu unserer ostpreußischen Heimat aufrechterhalten und die Erinnerungen sowie das kulturelle Erbe weitertragen. Bisher haben immer weit mehr als 100 Heimatfreunde des nordostpreußischen Gebiets teilgenommen. Vorbereitet ist folgender Ablauf: Ab 9 Uhr Einlass; ab 10 Uhr Eröffnung und Grußansprachen; 11 Uhr Auftritt des Kinderensembles „Sonnenschein“; 12 Uhr Mittagspause; 13.30 Uhr Vortrag von H. Steinbach zum Thema „Der Elch in Ostpreußen“; 15 Uhr Auftritt des Männerchores Leipzig-Nord mit 33 Sängern als kultureller Höhepunkt.

Zwischen den Beiträgen wird Rudi Höpfner, gebürtiger Königsberger, selbst geschriebene Gedichte vortragen. Außerdem wird genügend Zeit für individuelle Gespräche an den Tischen zur Verfügung stehen. Spontane kleine Einlagen sind erwünscht. Gegen 17 Uhr wird die Veranstaltung zu Ende sein.

Bitte bringen Sie auch Familienangehörige und Freunde mit. Falls Sie es nicht schon getan haben melden Sie uns bitte Ihre Teilnahme. Ansprechpartner sind: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, Email: ebs.grashoff@web.de

Helmut Fellbrich, Telefon (0341) 2511008, Email: helmut.fellbrich@wehlau.net

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

16. Mai, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde in den „Südtiroler Stuben“, Freiherr-vom-Stein-Straße 280. Beginn: 11 Uhr. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Telefon (02102) 471477



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Angerapp, Masuren, Königsberg

In der Zeit vom 6. bis 16. August führt die Kreisgemeinschaft wieder eine ganz individuelle elftägige Busreise quer durch Masuren und das Königsberger Gebiet durch. Die Fahrt erfolgt ab Detmold über Hannover, Ahrensburg und Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Posen zur ersten Übernachtung. Am nächsten Tag geht es durch das masurische Seengebiet bis nach Nikolaiken für zwei Übernachtungen.

Hier erfolgt die Besichtigung der Wallfahrtskirche Heiligelinde mit anschließender Schiffahrt auf der Masurischen Seenplatte. In der Johannisburger Heide ist eine Kutschfahrt geplant, auf dem malerischen Flüsschen Krutinna eine traditionelle Stakfahrt.

Von Masuren geht es über Goldap in den russischen Teil nach Gumbinnen für zwei Übernachtungen. Wir werden Rast in der Rominter Heide machen, Angerapp, Trakehnen, das Gestüt ehemals von Zitzewitz in Weedern und vieles mehr besichtigen.

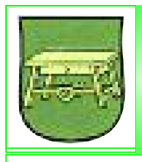
Danach geht es von Gumbinnen über Insterburg nach Königsberg für zwei Übernachtungen. Wir werden die Stadt erkunden (unter anderem auf dem Programm: Stadtrundfahrt, Dombesichtigung), auf die Kurische Nehrung fahren (Besichtigung der Vogelwarte in Rossitten) sowie Rauschen und Palmnicken ansteuern. In Palmnicken werden wir den Bernsteintagebau besichtigen.

Wir verlassen Königsberg in Richtung Danzig und werden durch die imposante Anlage der Marienburg geführt. Danach werden wir auf dem frisch restaurierten Oberlandkanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts, eine Schifffahrt erleben. Anschließend geht die Reise weiter bis nach Danzig für zwei Übernachtungen. Das Danzig-Programm ist sehr reichhaltig; es beginnt mit einem Besuch des Ostseebades Zoppot und endet mit einem Abendessen in einem traditionellen Danziger Restaurant. Die letzte Übernachtung wird in Stettin sein, nachdem wir die Stadt erkundet haben.

Es handelt sich um keine Katalogreise, sondern um eine erlebnisreiche Fahrt quer durch das ehemalige Ostpreußen. Die Teilnahme ist für jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Es sind noch wenige freie Plätze im Bus vorhanden. Bitte beachten: Für die Fahrt ist ein Reisepass erforderlich. Weitere Informationen und Auskünfte erteilt die Kreisvertreterin Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.

Jahreshaupttreffen

Das Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft findet am 30. Mai um 10 Uhr in der Gaststätte/Hotel Fuchs, Hauptstraße 35, 21256 Handeloh, Telefon (04188) 414 statt. Wir möchten Sie bitten, sich möglichst mittels der Anmeldekarten aus dem Heimatbrief anzumelden, damit die Gastronomie sich auf die Personalzahl hinsichtlich des Mittagessens einstellen kann. Hotelunterkünfte müssen selbst gebucht werden, da das Hotel Fuchs bereits ausgebucht ist. Zu dem Treffen sind alle Landsleute und auch Gäste ganz herzlich eingeladen.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Eydtkuhner-Treffen

10. bis 17. Mai, Bad Sooden-Allendorf: 46. Eydtkuhner-Treffen im Hotel Martina, Westerburgstraße 1. Anmeldung bei den Kirchspielvertretern Gerd Steinbacher und Hans Raeder.

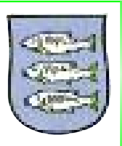


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Schwägerau und Waldhausen

13. Mai, Schmalkalden: Treffen der Kirchspielgemeinde Schwägerau/Waldhausen im Hotel Jägerklause, Pfaffenbach 45, 98574 Schmalkalden. Weitere Informationen: Siegried Schulz, Telefon (038458) 50552.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung und Vortrag

Sonnabend, 16. Mai, 10 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: Gelegenheit, die Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen“ zu besuchen. Um 15.30 Uhr: Beginn des Vortrags (mit Bildern) über „Schätze europäischer Bernsteinkunst“. Es spricht Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Der Eintritt ist frei.

OB zu Gast

Olaf Tauras, der Oberbürgermeister der Stadt Neumünster, der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lötzen, besuchte vergangenen Mittwoch, zusammen mit seinem Büroleiter Thorben Prieß, das Lötzener Heimatmuseum – aus besonderem Anlaß. Der in Neumünster seit drei Jahrzehnten wirkende Künstler Peter Schultz, bekannt als Maler, Grafiker, Zeichner und Designer, hatte für den Standort des Lötzener Museums drei große Wappentafeln geschaffen. Die wetterfest versiegelten Faserplatten zeigen das Wappen der Stadt Lötzen, das Wappen des Landkreises Lötzen und das Wappen der Stadt Neumünster in leuchtenden Farben.

Die drei Wappentafeln wurden an einer Außenwandfläche des Museumsgebäudes montiert und sind jetzt ein Blickfang mit Fernwirkung. Dazu ist jetzt endlich auch eine große Schrifttafel vorhanden, auf der zu lesen ist: „Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. in der Patenstadt Neumünster“. Die Nachbarschaft hat bereits sehr positiv auf diese „Blickfänge“ reagiert. In der Böcklersiedlung leben auch die Eltern des Künstlers, die aus Schlesien und aus Elbing stammen. Oberbürgermeister Tauras, Peter Schultz und einige der Gäste nahmen sich Zeit, sich auch von der aktuell im Lötzener Museum vorhandenen Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen“ einen Eindruck zu verschaffen. Die anwesenden Journalisten der „Kieler Nachrichten“ und des „Holsteinischen Courier“ nutzten die Gelegenheit für Interviews. Tauras und Prieß machten deutlich, daß bei ihnen die Patenschaft weiterhin einen hohen Stellenwert hat.

Dorfgemeinschaft Weidicken

23. Mai, Davensberg: Treffen der Dorfgemeinschaft Weidicken (und umliegende Gemeinden) in der Gaststätte Haus Börger, Burgstraße 60. Organisation: Johannes Waschulewski, Telefon: (05251) 55524.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin (kommissarisch): Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Änderungen im Vorstand

Im neuen Jahr gab es Veränderungen im Vorstand der Kreisgemeinschaft. Unser 1. Vorsitzender Hartmut Krause ist von seinem Amt zurückgetreten. Ebenso ist die stellvertretende Kreisvertreterin Gisela Harder – aus persönlichen Gründen – Anfang des Jahres zurückgetreten. Beide bleiben aber weiterhin Mitglieder des Kreistages. Die Kreisgemeinschaft bedauert deren Entscheidung und dankt für die Arbeit im Verein. Die Kreisgemeinschaft wird zurzeit von Ingrid Tkacz, stellvertretende Kreisvertreterin und Frank Panke, Schatzmeister, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 19. September weitergeführt.

Zu berichten gibt es unter anderem, dass am 19. Februar der Jahresabschluss 2014 von den Kassenprüfern: Roswitha-E. van Dorsten und Erwin Kornitzki – ohne Beanstandung – durchgeführt wurde.

Am 20. Februar fand in Gießen eine außerordentliche Kreistagssitzung statt, folgende Themen wurden behandelt und beschlossen: Auszahlung der Bruderhilfegelder im Juni. In 2015 werden nur zwei MHN-Ausgaben (Frühlings- und Weihnachtsausgabe) gedruckt. Die Frühlingsausgabe wird im Mai verschickt.

Leider sind die Spendeneingänge sehr rückläufig und somit mussten wir Einsparungen beschließen. Unser Heimatkreistreffen findet am 19. und 20. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, statt. Sie sind alle herzlich eingeladen. Leider findet die gut vorbereitete und in der MHN 134 angekündigte Busfahrt in die Heimat nicht statt, da sich zu wenige Teilnehmer dafür angemeldet haben.

Blicken wir mit Zuversicht in die Zukunft! Allen Landsleuten und Heimatfreunden ein gesundes und sonniges Pfingstfest!

Ingrid Tkacz, stellvertretende Kreisvertreterin

Termine aus der Heimat

Freitag, 19. Juni, 11 Uhr, Kirche Groß Simnau [Szymonowo]: Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen

20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine in Sensburg [Mragowo].

25. Juli: Das Dorf Kröcken (Gr. Arnsdorf) feiert sein 700-jähriges Jubiläum. Freunde und ehemalige Bewohner sind herzlich eingeladen. Wir wären dankbar für Informationen oder alte Fotos für die Jubiläumsfeier. Ansprechpartner: Leszek Meller, Vorsitzender des Freundeskreis Groß Arnsdorf, Am Wäldchen 1 a, D 66292 Riegelsberg, E-Mail: L.Meller@t-online.de.



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

17. Mai, Hamm-Westtünnen: Regionaltreffen.

ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Amtsbezirke und Kirchspiele

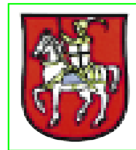
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Albrechtsort und Groß Dankheim.

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Großheidenau und Kannwiesen.

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten und Steinhöhe.

9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Malschöwen, Mensguth und Rummau.

9. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Wasserung des Stinthengstes

9. Mai, Remscheid: 54. traditionelle Stinthengstwasserung am Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133. Beginn: 15 Uhr.

Kirchspieltreffen Sorquitten

Am 25 April, dem langjährig bewährten letzten Sonnabend des Monats, fand das 20. Sorquitter Kirchspieltreffen statt.

Die 80 angereisten Teilnehmer – darunter 16 Landsleute aus dem Warpuhner und sechs aus dem Ribbener Kirchspiel – waren mit großem Optimismus und freudiger Erwartung zum Jubiläumstreffen angereist.

Bevor laut reichhaltigem Programm der offizielle Teil begann, blieb genügend Zeit, sich gegenseitig zu begrüßen und erste Erinnerungen auszutauschen. Das Glockengeläute der Sorquitter Kirche, das ein wenig später aus dem Lautsprecher ertönte, und die stimmgewaltig gesungene Ostpreußenhymne erzeugten bereits eingangs eine erhebende Atmosphäre. Zunächst schilderte der Sorquitter Kirchspielvertreter in seinen Begrüßungsworten, dass seit Beginn des Heimattreffens dieser Art genau 30 Jahre vergangen sind. 1985 hat das erste Treffen, organisiert durch den inzwischen verstorbenen Landsmann Gerhard Pfennig in Bad Sassendorf, stattgefunden. Die Zahl der Teilnehmer sei kontinuierlich gestiegen, was auch auf die seit 2012 teilnehmenden Landsleute aus der Warpuhner Region zurückzuführen ist. „Aber wir verkennen keineswegs", sagte der Redner, „dass nicht wenige Heimatfreunde, die uns hier in Bad Sassendorf und euch Warpuhner seinerzeit in Bad Pyrmont begleitet haben, aus gesundheitlichen Gründen oder wegen des hohen Alters nicht mehr unter uns weilen können. Außerdem sind viele unserer Heimatfreunde, Bekannte, Verwandte und Angehörige für immer von uns gegangen. Wir gedenken ihrer heute, an diesem Jubiläum in Wehmut und Dankbarkeit."



„Zeitreise durch die Erinnerung": das 20. Sorquitter Kirchspieltreffen. 80 Teilnehmer trafen sich in Bad Sassendorf Bild: privat

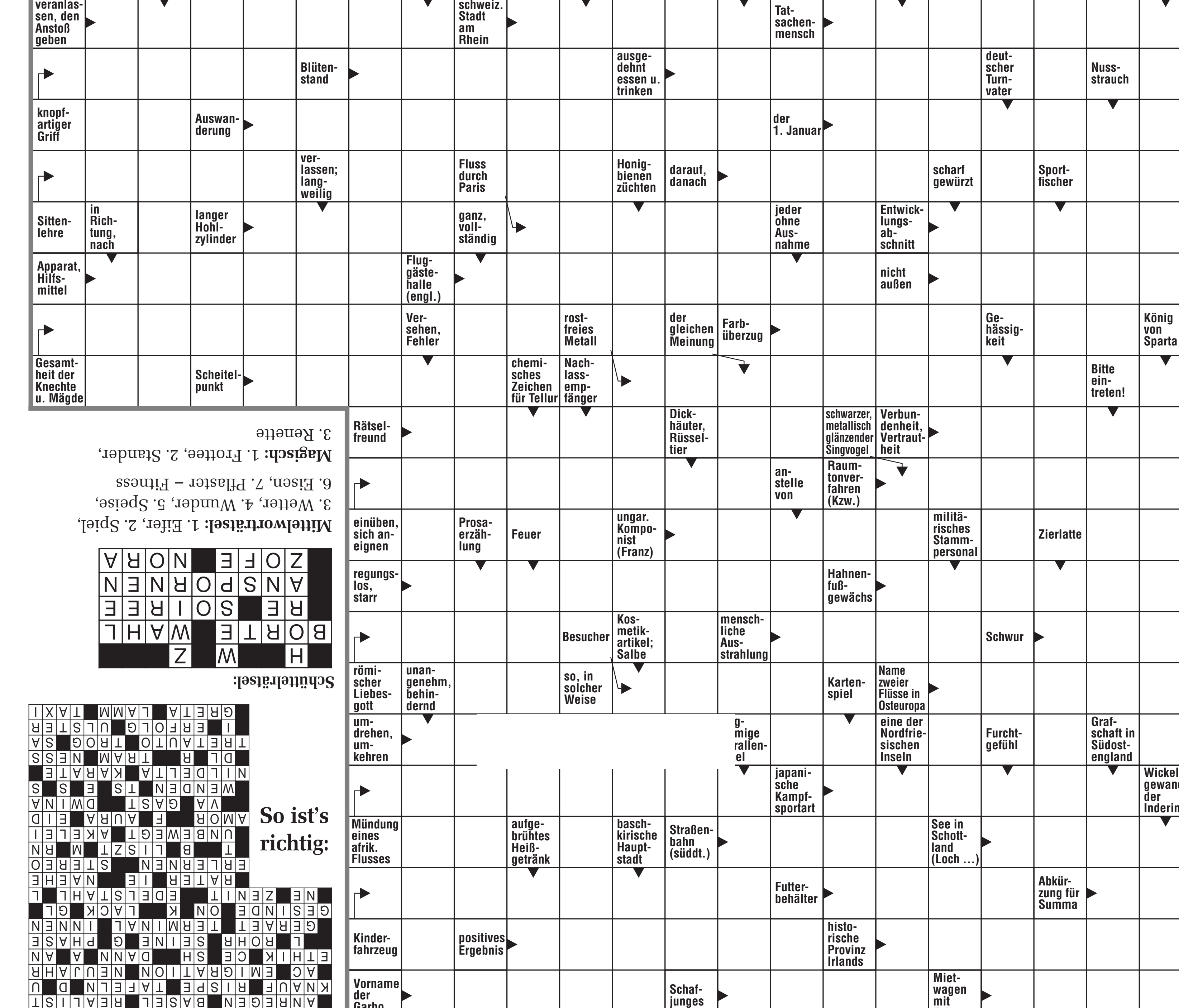
Der Sprecher erinnerte dann an das Jahr 1945. Im Januar vor 70 Jahren habe die Flucht vor der gefürchteten russischen Armee begonnen. Es ging ins Ungewisse. Und weiter führte er aus: „Weihnachten lag gerade hinter uns. Doch die vertraute Engelsbotschaft ‚Fürchtet euch nicht. Siehe, ich verkündige euch große Freude', konnte nicht trösten. Wie Hohn dröhnten diese Worte im nahenden Kanonendonner nachhaltig in unseren Ohren. Wir sollten uns nicht fürchten!? Und Freude? Worüber?"

In seinen weiteren Schilderungen ging der Sprecher sodann auf die Flucht ein. Einem großen Teil unserer Sensburger Landsleute war die Flucht bis in eine gewisse Sicherheit, außerhalb der Reichweite der russischen Truppen, gelungen. Die Grausamkeiten, dies Tausende erlebt haben, sind ihnen erspart geblieben. Und der Sprecher wurde anschaulicher, als er sagte: „Zu denen, für die es kein Entrinnen gab, gehörten wir, die heute hier Versammelten. Die Flucht begann zu spät. Die Straßen waren von den Trecks zugestopft." Und er sollte mit seiner Aussage Recht behalten. Auf die Frage, ob sie den Russen in „die Hände gefallen" seien, bestätigten dies alle mit einem eindeutigen Handzeichen. Buchholz erinnerte an die Zeit, in der sich die russische Besatzungsmacht zurückzog und die Polen aus Zentralpolen unsere Heimat vereinnahmten. In den ersten Jahren habe die deutsche Bevölkerung noch bei Weitem überwogen. Aber nach und nach galten die Eiheimischen als Fremde in ihrer Heimat.

Eine weitere Zeitreise in der Erinnerung an das Jahr 1955 ergab, dass auch zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die meisten der zum Treffen Anwesenden noch in Ostpreußen lebten. Diese Zeit sei eine Zeit der großen Ungewissheit gewesen. Der Sprecher verzichtete auf die Aufzählung der Schwierigkeiten, von denen wir in diesen Jahren umgeben waren. „Aber jeder von Euch hat sie erlebt", meinte er, „und jeder hat sie in der Erinnerung behalten."

Und in der Erinnerung an weitere zehn Jahre nach Kriegsende vermochten nur Vereinzelte zu bestätigen, dass sie 1965 noch in der Sorquitter oder Warpuhner

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

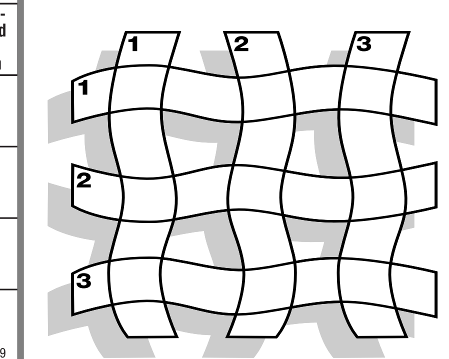
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AHORZ		ENOR	EEPSW		INRWZ		ANOR	EEHR	AELN
					AHLW				
BEORT			EEIORS						
AENNNOPRS									
EFOZ					ANOR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für gute körperliche Verfassung.

1	FEUER		SUCHT
2	SKAT		FELD
3	DONNER		BERICHT
4	WELT		KERZE
5	NACH		KARTE
6	BUEGEL		BAHN
7	HEFT		STEIN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 raues, gekräuseltes Gewebe
2 kurze, dreieckige Flagge (Seemannssprache)
3 Apfelsorte

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Gegend lebten. Die große Ausreisewelle hatte bereits 1956/57 begonnen. „Das Gros der Deutschen, die in der Heimat nicht mehr erwünscht waren, hatte bereits 1965 im neuen Zuhause Fuß gefasst und bewiesen, dass die Ostpreußen tüchtige und arbeitsame Leute sind, die sich alsbald emporarbeiteten."

Eindringlich mahnte der Redner: „Erinnerung an die Heimat muss bleiben. Was wir als Kinder oder Jugendliche erlebt und erfahren und auch erduldet haben, kann uns niemand aus dem Gedächtnis rauben. Es wird für immer in uns bleiben. Die Erinnerung an die Heimat ist aber zugleich ein Vermächtnis, das wir weitergeben können. Ein Vermächtnis kann vererbt werden. Vererben wir es unbedingt weiter! Wie das geschehen kann? Etwa durch einen Erinnerungsbericht aus den Tagen damals in der Heimat, den wir schnellstens in den ‚Sensburger Heimatbrief' stellen sollten. Warum ich dazu ermuntere? Es werden kaum noch Beiträge eingesandt. Der ‚Sensburger Heimatbrief' verliert an Gewicht und Umfang, wenn er nicht durch Euch angereichert wird. Oder er erlischt gänzlich. Aber ohne den Heimatbrief wäre dann unsere Erinnerung an die Heimat wesentlich ärmer."

Abschließend bekundete der Beauftragte für das Sorquitter Kirchspiel: „Liebe Heimatfreunde, unsere Aufgabe ist es, an die verloren gegangene Heimat zu erinnern. Wir zeigen hier und heute, dass wir wissen, was verlorene Heimat bedeutet. Wir bekennen auf dem heutigen Treffen, dass wir treu zu ihr stehen. So werdet Ihr, liebe Landsleute, Euch heute während der Unterhaltungen der Zeit in der Heimat entsinnen. Erinnert Euch dabei auch an ihre wunderbare Einmaligkeit, an die masurische Heimat mit ihren unzähligen Seen und Wäldern! Unternehmt eine Zeitreise in die Vergangenheit, heute – am 20. Sorquitter Kirchspieltreffen! Und so Gott will, treffen wir uns zur nächsten Begegnung, zum 21. Heimattreffen im kommenden Jahr, hier in Bad Sassendorf, wieder."

Alsdann wurde der enormen Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht. Danach erfolgte die traditionelle, namentliche Erinnerung an die im letzten Jahr in bei den Kirchspielen verstorbenen Landsleute. Ebenso gedachte man des Ehrenmitgliedes des Sensburger Kreistages und ehemaligen Sorquitter Kirchspielvertreters, Gerhard Terner, der Grüße übermittelte. Wegen eines Krankenhausaufenthalts war ihm die Teilnahme am Treffen nicht möglich. Auch der neugewählte Mitbeauftragte für das Kirchspiel Sorquitten, Werner Albrecht, der erst kurz vor dem Treffen das Krankenhaus verließ, konnte nur Grüße bestellen und in Gedanken das heimatliche Treffen verfolgen.

Der Kirchspielvertreter dankte den Sorquittern Heimatvertriebenen für den finanziellen Einsatz bezüglich der abgeschlossenen Innenrenovierung der Sorquitter Kirche. Die Spendenaktion, zu der aufgerufen und für die eigens ein Konto errichtet wurde, erbrachte ein überaus gutes Ergebnis und war somit eine große Hilfeleistung für die in der Erinnerung gebliebene Heimatkirche. Der anschließende Informationsteil nahm einen breiten Raum ein. Er ist langjähriger Bestandteil der Treffen und findet guten Anklang. Seine drei getätigten Ostpreußenreisen des vergangenen Jahres erörterte Heimatfreund Manfred Buchholz anhand vielfältiger Fotos.

Das Jubiläumstreffen als Zeitreise in die Erinnerung wird helfen, das Gedenken an die Heimat weiterhin wachzuhalten.

Manfred Buchholz, Sorquitter Kirchspielvertreter

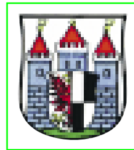


TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

SRT-Schultreffen

Die Schulgemeinschaft Realgymnasium/Oberschule für Jungen zu Tilsit trifft sich vom 16. bis 19. Mai in Potsdam im Altstadthotel, Dortustraße 9–10, Telefon (0331) 284990 Fax: (0331) 28499-30 E-Mail Altstadthotel@tnp-online.de. Das Treffen beginnt am Samstag, 16. Mai, um 15.30 Uhr mit der gemeinsamen Kaffeetafel. Für die nächsten Tage sind Dampferausflug, Busrundfahrt und Besichtigung des Neuen Palais Sanssouci vorgesehen. Abreisetag ist Dienstag, 19. Mai. Auf Wiedersehen in Potsdam!



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreterin: Eva Knierim, Kaiserstraße 38, 58300 Wetter, Telefon (02335) 846853, e-knierim@t-online.de. Geschäftsführerin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984 (Fax: 3970), iklink@gmx.de. www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Schwentainen trifft sich

17. bis 22. Mai, Fintel (Nähe Lüneburg): Treffen Schwentainen im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Hannelore Kedzierski, Telefon (0371) 855079 oder Fritz Pulla, Telefon (0451) 59621, E-Mail: Fritz.Pulla@web.de.

Treffen der ostpreußischen Waisenkinder

„Die Kinder Königsbergs" – unter dieser Bezeichnung treffen sich Menschen aus Königsberg und Umgebung, die während der Kämpfe um die Stadt zu Waisen wurden. In der Zeit vom 4. bis 7. Juni werden sie sich im Ostheim in Bad Pyrmont zusammenfinden. Die Veranstalter bitten alle Teilnehmer, die ihre damaligen Erlebnisse niedergeschrieben haben, ihre Aufzeichnungen mitzubringen. Anmeldungen bei Ingrid von der Ohe, Telefon (04131) 63202 oder Hannelore Neumann, Telefon (06034) 4581.

Sprecher auf Reisen

Wichtige Gespräche mit polnischen Amtsträgern – Positives Resumee

Ein positives Fazit zog Stephan Grigat, Sprecher der Landmannschaft (LO) und Kreisvertreter des Heimatkreises Goldap, nach seiner Arbeitsreise ins südliche Ostpreußen. Im Anschluss an die Arbeitstagung der Deutschen Vereine (*PAZ* 16, Seite 13) hatte er sich zu Gesprächen mit hochrangigen polnischen Vertretern aus Politik und Verwaltung getroffen. Inhaltlich ging es vor allem um die derzeitige politische Situation nach den Kommunalwahlen und vor den anstehenden Parlamentswahlen zum Sejm im Herbst. Ein weiteres wichtiges Thema war die Pflege der vielen erhaltenswerten deutschen Denkmäler sowie die Frage, wie sich die Lage der deutschen Bevölkerungsgruppe in der Republik Polen weiter verbessern lässt.

Nach den Kommunalwahlen traf Grigat auf gute Bekannte in neuen und alten Positionen, aber auch auf bislang noch unbekannte Gesichter. In Goldap beispielsweise konnte er Landrat Ciolek zur Wiederwahl gratulieren, und Tomasz Luto zur Neuwahl als Bürgermeister. In Allenstein besuchte er Jaroslaw Sloma. Er war aus dem Amt des Vizemarschalls in das des Vizestadtpräsidenten gewechselt.

Sloma und Ciolek sind alte Freunde der Kreisgemeinschaft Goldap. Beide betonten, wie wichtig ihnen herzliche Beziehungen zur Landsmannschaft seien. Goldaps neuer Bürgermeister Luto zeigte sich sehr geschichtsbewusst und ebenfalls an einer guten Zusammenarbeit interessiert.

Letzter Gesprächspartner Grigats war Gustaw Marek Brzezin, der neue Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren. „Ein gutes Gespräch in angenehmer Atmosphäre", war das Fazit des Sprechers zur Unterredung, die ebenfalls in Allenstein stattfand. Der Marschall – sein Amt entspricht ungefähr dem eines deutschen Ministerpräsidenten – habe deutlich gemacht, dass es für ihn normal und selbstverständlich sei, dass auch die deutsche Bevölkerungsgruppe zu Polen gehöre und der Kontakt zu den Vertretern der früheren deutschen Volksgruppe wichtig sei.

Frank Horns



In Goldap traf sich Stephan Grigat (re.) auch mit dem neugewählten Bürgermeister Tomasz Rafal Luto Bild: Gladkowska

Zeitzeugen gesucht

Der BdV möchte eine Zeitzeugendatenbank erstellen und hat die Landsmannschaft Ostpreußen um Mithilfe gebeten.

Die BdV-Bundesgeschäftsstelle erreichen zahlreiche Anfragen von Lehrern, Studenten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Journalisten nach Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung, die beispielsweise im Rahmen einer Unterrichtsstunde oder eines Vortrages bereit sind, sich Fragen zu ihrem Schicksal und ihren Erlebnissen stellen zu lassen. Ein Zeitzeuge, der authentisch erzählen kann, ist als Multiplikator für das Vermitteln des Lebens in der Heimat, des erlebten Leides, aber auch des Ankommens in der neuen Heimat unübertroffen. Aus diesem Grund bitten wir alle diejenigen, die sich in der Datenbank mit Name, Geburtsjahr, Herkunftsort und -region, Wohnort, der jetzigen Postadresse sowie Telefonnummer und E-Mail-Adresse (soweit vorhanden) registrieren lassen möchten, sich schriftlich bei Roland Zillmann (BdV) zu melden: BdV-Bundesgeschäftsstelle, Grundsatz- und Jugendfragen, z. Hd. Herrn Roland Zillmann, Godesberger Allee 72–74, 53175 Bonn.

Mehr als ein klebriges Stück Papier

Die »One Penny Black« ist die älteste Briefmarke der Welt – Im Mai 1840 wurden erstmals Briefe mit dem Wertzeichen frankiert

Vor 175 Jahren begann der Verkauf der ersten Briefmarke der Welt. Hierbei handelte es sich um die legendäre One Penny Black. Durch ihren Einsatz wurde der Versand von Poststücken deutlich vereinfacht beziehungsweise verbilligt und damit nun auch für weniger Begüterte möglich.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwies sich das britische Postwesen zunehmend als umständlich, teuer und wachstumshemmend. Beispielsweise wurde das Briefporto nach Entfernung berechnet, wodurch ein ganz normaler Brief von Schottland nach London einen Schilling kostete – das war immerhin der halbe Tageslohn eines Arbeiters.

Zugleich freilich konnten viele Mitglieder des Adels ihre Post kostenlos versenden. Diese Situation schrie geradezu nach Reformen, wobei die brauchbarsten Vorschläge hierzu von dem Birminghamer Lehrer Rowland Hill kamen, der Anfang Januar 1837 seine Streitschrift „Post Office Reform, its Importance and Practicability“ veröffentlichte. Darin forderte er radikale Vereinfachungen: So sollte zukünftig nicht mehr der Empfänger das Porto bezahlen, sondern der Absender; darüber hinaus wollte Hill sämtliche Ausnahmeregelungen abschaffen. Hierdurch, so sein Plan, würde eine landesweite Einheitsgebühr für normalgewichtige Briefe möglich, welche lediglich einen Penny betrage, also das Zwölftel eines Schillings.

Weil diese Vorschläge dem Unterhausabgeordneten Robert Wallace aus der Seele sprachen, leitete er sie an Schatzkanzler Lord Monteagle of Brandon weiter, welcher die berechtigte Frage stellte, wie denn die Vorauszahlung der Beförderungsgebühr in der Praxis aussehen solle. Daraufhin meinte Hill am 13. Februar 1837, ihm schwebe vor, dass der Absender eine Art Etikett erwerbe, das heißt „ein Stück Papier, gerade groß genug, um einen Stempel zu tragen, mit einer klebrigen Substanz auf der Rückseite“ zwecks Anbringung auf dem Brief.

Damit knüpfte er an frühere Erfindungen wie das „Billet de port payé“ des Pächters der Pariser Stadtpost, Jean-Jacques Renouard de Villayer, an – allerdings waren dessen Gebührenstreifen ungummiert gewesen. Dahingegen dürfte Hill nichts von den „aufklebbaren Brieftaxstempeln“ gewusst haben, die der österreichische Rechnungsbeamte Laurenz Koschier bereits am 31. Dezember 1835 angeregt hatte, was ihm den Ehrentitel „Erfinder der Briefmarke“ eintrug, obwohl sein Vorschlag nie zur Ausführung kam.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1837 wurden Hills Reformideen vom Generalpostmeister Lord Lichfield als „irrwitzig“ abqualifiziert, was dazu führte, dass Wallace 1838 eine politische Kampagne für die Senkung der Portogebühren entfachte, an deren Ende die Bildung einer parlamentarischen Sonderkommission stand. Und dieses Gremium stellte dann tatsächlich im März 1839 fest, dass es möglich sei, genau so zu verfahren, wie von Hill vorgeschlagen – nur sollte das Einheitsporto zwei Pence betragen.

Daraufhin regte sich erneut Widerstand in der Bevölkerung: so gingen über 2000 Petitionen mit insgesamt 260 000 Unterschriften im Parlament ein, die eine schnelle Reform sowie auch die Ein-Penny-Gebühr forderten. Aufgrund dessen sah sich der liberale Premierminister William Lamb, der Viscount of Melbourne, dann tatsächlich veranlasst, ein entsprechendes Gesetz einzubringen, das am 15. August 1839 beschlossen wurde. Es sah die Senkung des Portos zum 5. Dezember 1839 auf vier Pence und zum 10. Januar 1840 auf einen Penny vor, gleichzeitig wurden alle Privilegien bezüglich des kostenfreien Postversands abgeschafft, darunter sogar das von Königin Victoria höchstselbst.



Teure Marken: Philatelisten haben ein gutes Auge für seltene Postwertzeichen Bild: pa

Nun fehlte nur noch die entsprechende Briefmarke, deshalb erhielt Hill am 14. September 1839 vom Schatzamt den Auftrag, eine solche zu konzipieren. Dabei legte sich der Postreformer relativ schnell darauf fest, dass das „Prepaid-Label“ eine Größe von 19 mal 22 Millimetern haben und im besonders fälschungssicheren Stichtiefdruck-Verfahren hergestellt werden sollte.

Um einiges schwieriger verlief hingegen die Suche nach dem passenden Motiv. Hierzu veranstaltete Hill einen Wettbewerb, in dem immerhin 100 Pfund Preisgeld winkten. Jedoch fand letztendlich keiner der eingegangenen 2600 Entwürfe seine Zustimmung. In dieser Situation erinnerte sich Hill an eine Medaille des königlichen Chefgraveurs William Wyon aus dem Jahre 1837, welche den Kopf der jungen Königin im Profil zeigte. Den ließ er von dem Maler Henry Corbould abzeichnen und dann von den beiden Stempelschneidern Charles und Frederick Heath in die Druckplatten gravieren. Selbige waren so gestaltet, dass sie den Druck von Bögen mit jeweils 240 Marken im Wert von insgesamt genau einem Pfund ermöglichten. Perforierungen zum Trennen der Marken gab es allerdings noch nicht – diese kamen erst nach 1850 auf. Deshalb mussten die Postbediensteten jedes einzelne Stück mit der Schere abschneiden.

Die Herstellung der Bögen erfolgte in der renommierten Wertpapierdruckerei Perkins, Bacon & Petch, wo man sicherheitshalber Papier mit Wasserzeichen, nämlich einer Krone, verwendete. Alles in allem wurden seit dem 11. April 1840 bemerkenswerte 68 Millionen Marken gedruckt, die ab dem 1. Mai zum Verkauf standen.



Die schwarze One-Penny-Marke

Nachfolgend kam es zu einem Anstieg des Postverkehrs auf das Vierfache, obwohl sich die One Penny Black schnell als unpraktisch erwies: Zum einen leckten viele Nutzer die Gummierung auf der Basis von Kartoffelstärke vollkommen ab, zum anderen gab es Probleme mit den Entwertungsstempeln. Deren rote Farbe konnte extrem leicht entfernt werden, und die dann alternativ verwendete schwarze Stempelung war auf der ebenfalls in Schwarz gehaltenen Marke natürlich kaum zu erkennen. Deshalb wurde sie schon am 10. Februar 1841 durch die motivgleiche Penny Red ersetzt. Und das ist dann auch der Grund dafür, dass heute noch etwa sieben Millionen Exemplare der ersten Briefmarke der Welt existieren, weswegen sich ihr Sammlerwert in Grenzen hält: Mäßig erhaltene Stücke gibt es auf dem Sammlermarkt bereits für deutlich unter 100 Euro.

Nach dem Siegeszug der Penny Black begannen bald weitere Länder mit der Herausgabe von Briefmarken, so die USA (1841) sowie Brasilien und die Schweiz (1843). Und ab dem 1. November 1849 gelangte schließlich auch die erste deutsche Briefmarke zum Einsatz: der „Schwarze Einser“ des Königreiches Bayern.

Wolfgang Kaufmann

Bleibe immer froh und gut

Noch’n Gedicht? – In Facebook-Zeiten haben es Poesiealben schwer

Ein unbekannter Dichter reimte dies zusammen: „Rosen, Tulpen, Nelken / alle Blumen welken. / Nur die eine, die welkt nicht / Die da heißt Vergißmeinnicht.“ Ein treuherziger Spruch, ebenso schlicht wie einprägsam wie dieser Eintrag im Poesiealbum: „Blüh auf wie das Veilchen im Moose / so sittsam, bescheiden und rein / und nicht wie die stolze Rose, die immer bewundert will sein.“

Derlei Verse benutzt heute kaum noch jemand, obwohl sie auch im Internetzeitalter nicht völlig untergegangen sind. Denn an die Stelle des einstigen Poesiealbums ist das Freundealbum getreten. Auch dieses soll die Erinnerung an einstige Schulkameraden wachhalten, aber sein Konzept ist profaner. Man klebt ein Passfoto von sich ein und schreibt in vorgefertigte Felder neben Namen, Geburtsdatum und Sternzeichen seine persönlichen Vorlieben wie Lieblingsfilme und -bücher, Hobbys oder Lieblingsessen. Sucht man einen passenden Spruch, findet man ihn im Internet.



Lieb und teuer: Poesiealbum Bild: MRK

Die Generation der heute 40- bis 50-Jährigen ist noch vertraut mit den tradierten Poesiealben, in denen keine Fragen beantwortet wurden, sondern neben individuell ausgesuchten Gedichten Glanzbildchen eingeklebt wurden, und man auch selbst seine malerischen Talente unter Beweis stellen konnte. Wer solche heute kulturgeschichtlich ergiebigen Erinnerungsbüchlein noch besitzt, kann Vergleiche ziehen. Nach wie vor wollen sich die Kinder mit ihren Eintragungen einen Platz im Gedächtnis ihrer Freunde sichern. Doch anders als früher geschieht dies auf eher sachliche und nicht sonderlich zeitaufwendige Weise. Dennoch erstaunt die Langlebigkeit dieses Brauchs.

Das Poesiealbum in der althergebrachten Form geht auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück und folgte dabei der Tradition des studentischen Stammbuchs, das Mitte des 16. Jahrhunderts aufkam. In dieses Liber amicorum (Freundebuch) ließ man jene hineinschreiben, die einem lieb waren, Freunde und Verwandte. Sie wählten Bibelzitate oder Klassikeraussprüche aus, umgaben sie mit Scherenschnitten oder gepressten Blumen und zeichneten auch selbst. Der moralische Zeigefinger prägte schon im 18. Jahrhundert die Einträge in Musenalmanachen und Damen-Kalendern, und auch die Biedermeierzeit garantierte einen idealen Nährboden für diese Gebräuche. Es ging um Glück und Freude, Redlichkeit, Edelmut, Tugendhaftigkeit.

Ermahnungen gab es in Fülle, zum Beispiel „Die Mutter darfst Du nicht vergessen / damit du auch nicht Gott vergisst ...“ oder „Bleibe immer froh und gut, / Bleibe deiner Eltern Wonne“... Beliebt noch in den 1950er Jahren war die Ermahnung „Halte Ordnung, liebe sie / Ordnung spart dir Zeit und Müh“. Dagegen lässt sich ebenso wenig sagen wie gegen die Empfehlung „Du musst, eines Menschen Wert zu erfassen, ihn erst über andere urteilen lassen“.

Heute wird weniger gedichtet als „gepostet“ und werden „Likes“ versendet. Das Internet macht es möglich, denn Facebook ist nichts anderes als ein riesiges digitales Freundebuch. Und es ist keine reine Frauendomäne mehr. Auch Männer sammeln Namen wie Trophäen und sind stolz, wenn auf ihren Seiten 500 oder mehr „Freunde“ aufgelistet sind. Dass man die meisten dieser Personen nie im Leben getroffen hat, spielt im anonymisierten weltweiten Netz keine Rolle. Da ging es zu Zeiten der Poesiealben wenigstens persönlicher zu. *Heide Seele*

Verstaubt im Stauraum

Wenn Platznot um sich greift – Mietlager werden immer beliebter

Schon wieder kein Platz! Was tun, wenn es in der eigenen Wohnung an Abstellraum mangelt, wenn der Internet-Händler nicht genug Platz für sein Warenangebot hat oder der Freizeitsportler einen gesicherten Aufbewahrungsort für seine teure Sportausrüstung sucht? Bei Platznot aus vielerlei Gründen bietet sich die Möglichkeit der Auslagerung in ein Mietlager an, auch bekannt unter dem Begriff Selbstlagerzentrum. Vorausgesetzt natürlich, ein solches Mietlager befindet sich in der Nähe des eigenen Wohnorts.

Dem steigenden Bedarf an zusätzlichem Stauraum kommt das Angebot der Selbstlager-Unternehmen entgegen, einen Teil der beweglichen Habe für später oder für den Verkauf in ihren Lagergebäuden unterzubringen. Gewerbegebäude dieser Art sind in Deutschland eine noch junge Nische am Immobilienmarkt, und es sind höchst lukrative Anlageobjekte. Im gesamten deutschsprachigen Raum gibt es mittlerweile Mietlager an rund 200 Standorten. Vor allem ist es ein großstädtisches Phänomen.

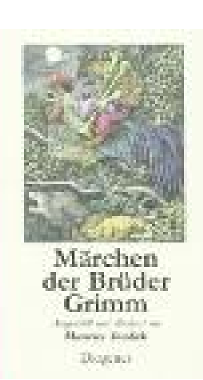
Allein in Berlin wird die Firma „MyPlace“, einer der Marktführer auf dem Segment, demnächst neun Filialen unterhalten. Der ausschlaggebende Faktor für die anhaltend wachsende Nachfrage nach Mietlager-Angeboten ist laut Auskunft von „MyPlace“ die „urbane Dichte“, also der wachsende Wohnungs- und Platzmangel in den Großstädten durch hohe Zuzugsraten und daraus resultierenden steigenden Mietpreisen. Daraus ergibt sich der Trend zu kleineren Wohnungen. Hinzu kommt die hohe Mobilität im privaten und beruflichen Bereich, gerade auch bei den Städtern. Laut der Geschäftsführung von „MyPlace“ ist kein Zusammenhang zwischen einem Kundenzustrom und bestimmten Einflüssen wie steigenden Zahlen bei Privatinsolvenzen zu verzeichnen. Die Nutzer sind zu zwei Dritteln Privatleute, zu einem Drittel Gewerbetreibende.

Waffen und Tiere dürfen nicht eingelagert werden

Es ist eine Geschäftsidee aus den USA, die hier 40 Jahre später Ende der 90er Jahre Einzug hielt. Ab 2005 verzeichnete die Branche jährlich zweistellige Zuwächse bis zu 50 Prozent, 2014 betrug der Zuwachs 25 Prozent. In den mehrstöckigen, von zahllosen Gängen durchzogenen Lagergebäuden gibt es abgeteilte, durch Metalltüren verschließbare Zellen mit einem Stauraum ab einem Meter Grundfläche. Bei einer Stapelhöhe von 2,85 bis drei Metern entspricht dies einem Volumen von drei Kubikmetern. Daneben werden Lagerboxen mit wesentlich größerer Grundfläche angeboten. Für eine Box mit zehn Quadratmetern Grundfläche werden rund 230 Euro monatlich fällig. Sogar ein vollständiger Hausrat kann auf diese Weise untergebracht werden, wobei zehn bis 15 Prozent der Wohnfläche als Stauraum gebraucht werden. Nicht eingelagert werden dürfen verderbliche Lebensmittel, Waffen, Chemikalien und selbstverständlich auch keine lebenden Tiere. Im Hinblick darauf ist es allerdings bedenklich, dass der Kunde bei dem Unternehmen keine Inventarliste vorlegen muss.

Durch das wachsende Mietlager-Angebot macht sich bereits ein Preisdruck bemerkbar. „Discounter“ versuchen, neue Kunden mit Rabatten anzulocken, andere werben mit der Offerte, die einzulagernden Gegenstände vor Ort durch Mitarbeiter einzupacken und abzutransportieren.

Standard beim Nutzerservice ist der ungehinderte Zugang der Kunden zu ihrer Mieteinheit ohne Anmeldung fast rund um die Uhr. Das wichtigste Kriterium für potenzielle Kunden sind die Bedingungen der Räumlichkeiten, in denen ihr Eigentum für längere Zeit untergebracht werden soll. Dazu gehören eine konstante Temperatur, Belüftung der Räumlichkeiten sowie Sicherheit durch Überwachungskameras. Empfehlenswert ist der Abschluss einer Zusatzversicherung zur Hausratsversicherung, die man zugleich mit dem Mietvertrag abschließen kann. *D. Jestrzemski*



Zauber und Schrecken

Neuauflage: Grimms Märchen

Zumindest die Illustrierte „Stern“ zeigt sich jüngst begeistert: „Ein wahres Grimm-Spektakel: Eindringlicher sind Zauber und Schrecken in der phantastischen Traumwelt von Schneewittchen, Hänsel und Gretel oder Gevatter Tod nie dargestellt worden.“

Die Rede ist von einer aktuellen Neuauflage aus dem Diogenes Verlag: „Märchen der Brüder Grimm, ausgewählt und illustriert von Maurice Sendak“ aus dem Jahre 1974. Sendak, der 2012 im Alter von 84 Jahren starb, ist wohl einer der bekanntesten Illustratoren und Autoren von Kinderbüchern der letzten Jahrzehnte. Seine Popularität außerhalb des englischsprachigen Raums beruht vor allem auf seinem Bilderbuch „Wo die wilden Kerle wohnen“, das 1967 in deutscher Sprache erschien und 2006 sogar verfilmt wurde.

So verbreitet wie die Luther-Bibel

Noch berühmter sind natürlich Jacob und Wilhelm Grimm. Ihre Märchen gelten neben der Luther-Bibel als das bekannteste und weltweit am meisten verbreitete Werk der deutschen Kulturgeschichte. Die Handexemplare der „Kinder- und Hausmärchen“, mit den persönlichen Notizen der beiden unermüdlichen Geschichtensammler, zählt die Unesco zum Weltkulturerbe.

Aus ihrem Märchenfundus wählte Sendak damals zusammen mit der US-amerikanischen Literaturwissenschaftlerin Lore Segal 27 Geschichten für das Diogenes-Buch aus. Sie folgen wort- und buchstabengetreu der letzten, von Wilhelm Grimm besorgten Ausgabe der „Kinder- und Hausmärchen“ (7. Auflage, Göttingen 1857). Durch die veraltete Sprache unterscheiden sich die Texte oft erheblich von den aktuelleren Bearbeitungen. Die Aufnahme einiger Märchen in ihrer ursprünglichen plattdeutschen Überlieferung in diese Sammlung ist sicherlich ein ehrgeiziges Anliegen der Literaturwissenschaft, doch wem könnte heute damit gedient sein, da kaum noch jemand Plattdeutsch sprechen und lesen kann? Ebenso ungewöhnlich wie die Sprache der Märchen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts sind die Illustrationen von Sendak selbst. 27 Federzeichnungen sind es. Sie seien monumental in der Dichte, bedrohlich und hypnotisch in ihrer Kühle und Starre, erklärt der Verlag. In einer einzigen Zeichnung drücke Sendak aus, was das Märchen bedeutet.

Bizarr, vieldeutig, suggestiv

Ganz so positiv mag man die Zeichnungen denn doch nicht sehen: Anders als bei den allgemein bekannten, gefälligen Illustrationen zu den Kinder- und Hausmärchen ist hier nichts dem wirklichen Leben entlehnt. Sendaks Kompositionen im Stil zwischen Comicstrip und den feinen Federzeichnungen des 19. Jahrhunderts sind bizarr, geheimnisvoll und suggestiv. Wenn überhaupt, wirken sie nur wenig erheiternd. Oft sind die zum Ausdruck gebrachten Emotionen verhalten und vieldeutig, und sie korrespondieren auf ein und demselben Bild meist nicht miteinander. Manche Kritiker monieren generell, dass die düsteren Bilder und Gruseleffekte in Sendaks Büchern Kinder überfordern. Sein „Grimm-Spektakel“ ist daher auch eher für ältere Kinder und fast mehr noch für Erwachsene zu empfehlen. Sie erleben dann allerdings eine interessante und sehr andersartige Herangehensweise an das allseits bekannte deutsche Kulturgut.

Dagmar Jestrzemski

***„Märchen der Brüder Grimm, ausgewählt und illustriert von Maurice Sendak“**, Diogenes Verlag, Zürich 2015, gebunden, 249 Seiten, 16.90 Euro*



Unglückliche Mütter

Vollzeitjob und Kindererziehung? Zwei Frauen sagen nein

In der öffentlichen Wahrnehmung ist es meist ganz einfach. Beruf und Familie lassen sich wunderbar miteinander vereinbaren. Die Rahmenbedingungen müssen eben nur stimmen.

Aber wie sieht die Realität aus? Susanne Garsoffky und Britta Sembach – beide Jahrgang 1968, beide zweifache Mütter und studierte Politikwissenschaftlerinnen – haben die Doppelbelastung durch Vollzeitarbeit und Kindererziehung selbst lange Jahre bewältigen müssen. Irgendwann aber stellten sich die beiden Journalistinnen der Tatsache, dass die Bedürfnisse ihrer Lieben bei diesem Lebensstil entschieden zu kurz kamen und dass sie selbst darüber unglücklich waren.

Der hohe Preis der Berufstätigkeit

In Gesprächen mit Freunden und Bekannten erfuhren sie, dass sie keineswegs die einzigen überforderten und bekümmerten Mütter in derartiger Lage waren. Allen gemeinsam war die bittere Erfahrung, dass sie als Mütter für ihre Berufstätigkeit einen hohen Preis zahlten und mit ihnen die ganze Familie.

Außerdem beklagten sich viele darüber, dass am Ende von dem – meist geringeren – Gehalt der Ehefrau nicht viel übrig bliebe. Bei einem doppelten Einkommen steigen die Kita-Gebühren. Zusätzlich wird meist eine private Kinderbetreuung notwendig. Für die Autorinnen war dies der Anlass, den gesellschaftspolitischen Hintergrund der verschwiegenen Misere in den Familien genauer zu betrachten. Nun hielt sie nichts mehr. Sie schrieben ein Buch, dessen aufrüttelnder Inhalt sich schon im Titel wiederfindet: „Die Alles ist möglich-Lüge. Wieso Familie und Beruf nicht vereinbar sind“.

Das Thema weckt Emotionen und bedarf gerade deshalb einer nüchternen und klugen Analyse. Dieser Erwartung werden die Autorinnen gerecht. Man schließt sich am Ende ihrer Forderung an, dass ein tiefgreifender Kulturwandel nötig ist. Sonst, so ihre Warnung an die Politik, werden Frauen entweder keine Kinder haben oder keine Karrieren.

Unsere Gesellschaft ist im globalisierten Wettbewerb über ihre Ökonomisierung gestolpert, lautet der Befund des deutschen Soziologe Hans Bertram, auf den sich die Autorinnen mehrfach beziehen. Allein Erwerbsarbeit werde gesellschaftlich anerkannt, Familienarbeit dagegen nicht. Die fatalen Folgen dieser Entwicklung betreffen den innersten Kern der Gesellschaft, die Familie.

Manche Mütter wollen arbeiten, andere müssen es. Oft ist ein zweites Einkommen bitter nötig, etwa um die horrenden Mieten in den Ballungsräumen aufbringen zu können. Wer darüber hinaus auch noch Karriere machen möchte, steht vor besonderen Anforderungen im Hinblick auf die Arbeitszeit. Zehn Stunden täglich und Konferenzen bis in die Abendstunden seien bei Führungskräften in der Privatwirtschaft die Norm. Wer früher das Büro verlässt, wird zur Hinterbänklerin.

Eine zweite Karriere ab 40

Punkt für Punkt entlarven Susanne Gasoffky und Britta Sembach die wohlklingende Alles ist möglich-Behauptung als Lügengebäude. Die Politik fördere dieses Modell als probates Mittel gegen die zunehmende Ungleichheit und Verarmung. Sie überlasse es den Bürgern, sich für die steigenden Lebenshaltungskosten abzurackern, wenn es sein muss mit Niedriglöhnen und mehreren Minijobs. Hinzu kommt, dass sich Erziehungszeit später als Minderung der weiblichen Renten niederschlägt, da der Gesetzgeber in dieser Hinsicht bisher nur mit einer gänzlich unzureichenden Maßnahme gegensteuerte. Von Mehrfachbelastung betroffen sind auch Frauen im mittleren Lebensalter, die bei der Pflege von kranken Angehörigen einspringen. Sie reduzieren in der Folge ihre Arbeitszeit oder nehmen eine Auszeit, was sich dann ebenfalls später als Rentenlücke abbildet.

Für die Autorinnen steht fest, dass eine andere Familienpolitik her muss. Die lückenlose Erwerbsbiografie als Grundlage für die Bemessung der Rente sei nicht mehr zeitgemäß und ungerecht vor allem gegenüber Frauen, erklären sie. Gleichzeitig stellen sie klar: In einigen Lebensphasen muss und soll der Beruf im Mittelpunkt stehen, aber eben nicht in allen. Eine grundlegende Veränderung wäre gegeben, wenn allen Arbeitnehmern eine berufliche Laufbahn in Wellen offenstünde, und zwar ohne Nachteile, beispielsweise bei der Rente. Eine zweite Karriere ab 40 sollte möglich, ja selbstverständlich sein. Bleibt zu hoffen, dass auch diesem Buch eine nennenswerte Karriere beschieden ist. *Dagmar Jestrzemski*

***Susanne Garsoffky, Britta Sembach: „Die Alles ist möglich-Lüge. Wieso Familie und Beruf nicht vereinbar sind“**, Pantheon Verlag, München 2014, gebunden, 256 Seiten, 17,99 Euro*



Der Patient als Mensch

Eine Streitschrift gegen die »Fünf-Minuten-Medizin«

Wer kennt das nicht? Der Arzt schaut auf seinen Computerbildschirm, um sich über uns und unsere Krankheitsgeschichte zu informieren. Wie wäre es, wenn der behandelnde Mediziner sich einmal den Menschen vor sich genauer ansähe, sich mit ihm und seinem Umfeld, seinen Lebensumständen befasste?

Keine Zeit, kein Geld, nicht machbar. So die alltägliche Erfahrung zwischen Arzt und Patient. Die Therapie in den meisten Arztpraxen und Krankenhäusern sei eine, so der Autor Klaus-Dieter Platsch, „standardisierte Fünf-Minuten-Medizin“. Sie müsse dringend reformiert werden.

Wer in seinem Buch „Die Medizin heilen. An der Schwelle einer neuen Gesundheitskultur“ aber eine Anleitung zur Reform des Gesundheitssystems erwartet, liegt falsch. Die Medizin selber sei heilungsbedürftig, meint Platsch. Der Facharzt für Innere Medizin, Akupunkturspezialist und Psychotherapeut leitet im bayerischen Bad Endorf das Institut für Integrale Medizin. Der Name verrät es schon. Platsch zählt zu jenen Ärzten, die sich der alternativen Heilkunde verschrieben haben. Die Kollegen von der herkömmlichen Schulmedizin mögen sie belächeln, viele Menschen aber schwören auf sie, denn sie haben dort Heilung gefunden

Sein eigener Lebensweg habe ihn dazu gebracht, die Welt ganzheitlich zu sehen, erklärt der Autor. Er habe sich intensiv mit der chinesischen Medizin beschäftigt sowie mit der Psychosomatik, also der Lehre, die den Zusammenhängen von Körper und Geist nachspürt. All das habe bei ihm einen neuen Blick auf die Medizin entstehen lassen.

Es brauche dort ein fundamental neues Denken, denn Körper, Seele und Geist seien untrennbar miteinander verbunden. Ebenso sei im Gesundheitssystem alles miteinander verbunden. Damit die Arzt-Patienten-Verbindung gelinge, müsse sich die Grundhaltung des medizinischen Personals ändern. So könne ein menschenwürdigerer Umgang mit den Patienten zu einer befriedigenderen und besseren Medizin führen. Heilung sei nämlich immer dann besonders erfolgreich, wenn sie alle Ebenen des Lebens umfasse. Der Autor nennt sechs Thesen, die grundlegend seien für eine Medizin des dritten Jahrtausends, für eine neue Ärztegeneration. Unter anderem würde er es begrüßen, wenn Meditation und psychologische Schulung Bestandteil des Medizin-Studiums wären. So könnte sich die ärztliche Persönlichkeit weiterentwickeln. Dass hier Nachholbedarf besteht, weiß jeder, der sich schon ein paarmal als Patient in Arztpraxen und Kliniken wiedergefunden hat. *Silvia Friedrich*

***Klaus-Dieter Platsch: „Die Medizin heilen. An der Schwelle einer neuen Gesundheitskultur“**, Verlag systemische Medizin, Bad Kötzting 2014, broschiert, 253 Seiten, 24,80 Euro*

Bahnbrechende Untersuchung?

Eine Studie untersucht, wie stark Hitler und andere Diktatoren in das Familienleben eingriffen

Mit diesem Buch lässt sich trefflich hadern. 749 Seiten ist es stark. Der Autor Paul Ginsborg, Jahrgang 1945, ist Zeitgeschichtler an der Universität Florenz. In Italien wurde sein Werk zum Sachbuch des Jahres gewählt. „Eine längst überfällige, bahnbrechende Untersuchung“, jubelte die Tageszeitung „La Repubblica“ aus Rom über „Die geführte Familie. Das Private in Revolution und Diktatur 1900–1950“.

Paul Ginsborgs Fragestellungen: Wie tief drangen die Diktaturen des 20. Jahrhunderts ins Private ein? Wie stark versuchten neue Ideologien die Familie zu verändern und zu formen? Schon der Umfang des Buches macht deutlich, dass Ginsborg die Familie in den Mittelpunkt einer großangelegten Studie stellt. Der Autor möchte an Hand namhafter historischer Beispiele, aber auch am Alltag einfacher Leute zeigen, wie politische Theorien und Ideologien versuchten, auch die kleinste Einheit der Gesellschaft zu formen.

All dies bringt Ginsborg dem Leser in einem durchaus schlüssigen Konzept nahe: Sechs Kapitel, jedes etwa 100 Seiten lang, behandelt sechs Systeme: Lenins Bolschewismus, Atatürks Autoritarismus, Mussolinis Faschismus, Francos Bürgerkrieg, Hitlers Nationalsozialismus und Stalins Terror. Ihnen allen gemeinsam ist, was Walter Benjamin schon 1926 herausstrich: Mangel an Respekt für die Privatsphäre und das häusliche Leben. Sämtliche zivilgesellschaftlichen Initiativen werden für den Staat und dessen Ideologie vereinnahmt.

Noch größer als die Gemeinsamkeiten sind aber die Unterschiede. Sogar innerhalb der gleichen Ideologie bleiben Art und Wert der Familie unklar. Familiengesetze spielten zudem – auch dies eine Gemeinsamkeit der Systeme – eher eine untergeordnete Rolle. Der Stalinismus kreiste vorrangig um Kolchos, Industrialisierung und politischen Terror. Der türkische Kemalismus konzentrierte sich auf die Armee und auf kriegstaugliche Reformen. Der Nationalsozialismus irrlichterte der „Volksgemeinschaft ohne unerwünschte und artfremde Elemente“ entgegen. Da blieb wenig Raum für Gesetze im Sinne von Hegels Postulat nach dem Staat als prinzipieller Vereinigung von Familie und bürgerlicher Gesellschaft. Wo es einmal positive Ansätze gab, etwa bei Lenin oder Kemal Atatürk, da machte zählebige Gewohnheit sie zunichte.

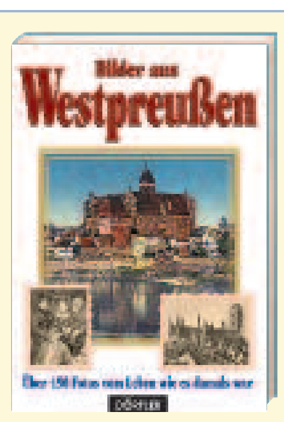
„Mit großer Erzählkraft macht der Autor den Gegensatz sichtbar zwischen neuen Normen und Kodizes einerseits und realem Familienleben andererseits“, behauptet der Verlag Hoffmann und Campe. Genau da aber liegt das Problem. Den Leser stören nicht nur Übersetzungsfehler sondern auch ein überladener Text und die verworrene Kapitel-Anordnung. Lenins Familienpolitik steht zu Beginn, sein Nachfolger Stalin ist mit seinen Sozialgesetzen ans Ende des Buchs gerutscht. Monotone Wiederholungen derselben Aussagen von Atatürk, Hitler und anderer sind nicht nur überflüssig, sondern auf Dauer auch ermüdend. So bleibt am Ende der Eindruck, dass man „Das Private in Revolution und Diktatur“ auch auf deutlich weniger Seite hätte darstellen können. *Wolf Oschlies*

***Paul Ginsborg: „Die geführte Familie. Das Private in Revolution und Diktatur 1900–1950“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2014, gebunden, 749 Seiten, 38 Euro*

Journal jenseits des Mainstreams

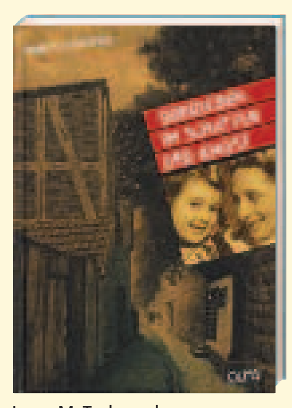
Mit vielen lesenswerten Beiträgen jenseits des Mainstreams und der Massenpresse wartet auch die jüngste Ausgabe des Deutschland-Journals auf. Herausgegeben von der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft erscheint das Magazin zweimal jährlich. Kluge Köpfe sind auf den rund 150 Seiten vertreten. In der jüngsten Ausgabe setzt sich zum Beispiel Professor Menno Aden aus Essen mit dem Begriff des „Zweiten Dreißigjährigen Krieges“ für die Zeit von 1914 bis 1945 auseinander.

Zu bestellen ist das Magazin bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Postfach 261827, 20508 Hamburg, Telefon (040) 41400828, E-Mail: geschaeftsstelle@swg-hamburg.de, Internet: www.swg-hamburg.de. Um eine Spende von fünf Euro wird pro Exemplar gebeten.



Heinz Csallner
Bilder aus Westpreußen
Über 450 Fotos vom Leben wie es damals war
192 Seiten/Gebunden
Nr. P A0653 **10,95 €**

Keine andere deutsche Provinz wurde so oft geteilt, zerschnitten und wieder neu zusammengefügt. Der Autor Heinz Csallner führt uns in diesem umfassenden Bildband mit über 450 zeitgenössischen Ansichten zurück in die Zeit vor 1945. Brillante Fotos, einfühlsame Texte und viele erklärende Hinweise lassen die alte Heimat wieder vor uns lebendig werden und geben dieser in ihrer Art einmaligen Dokumentation einen bleibenden Wert. Der Autor hat sich an die letzten Grenzen dieses einstigen Ordenslandes gehalten, an die Grenzen zwischen 1939 und 1945, denn 19 Jahre lang zuvor, von 1920 bis 1939 gab es das jahrhundertealte Westpreußen nicht offiziell als eigene Provinz.

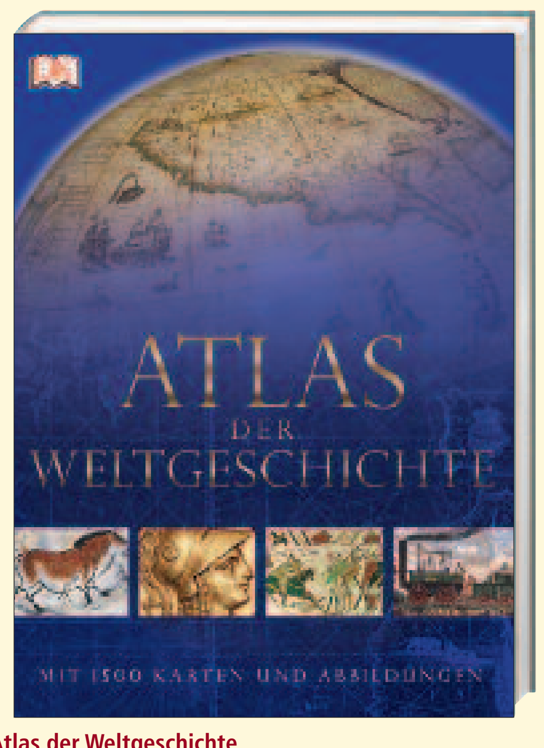


Werner Buxa
Bilder aus Ostbrandenburg
Über 360 Fotos vom Leben wie es damals war
176 Seiten/Gebunden
Nr. A0654 **10,95 €**

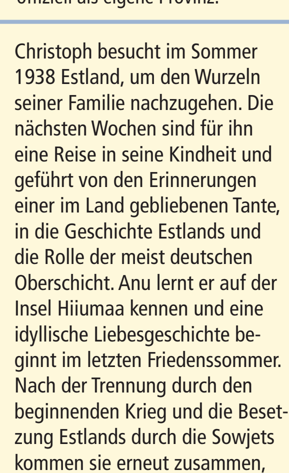
Es ist still geworden um Ostbrandenburg, einem alten deutschen Land jenseits der Oder zwischen Hinterpommern und Schlesien. Vergessen sind die vielen Schlösser, Kirchen und Klöster, der Warthebruch, die vertrauten kleinen Flüsse Mietzel, Pleiske, Obra, Bober und die unzähligen romantischen Seen. Der Autor Heinz Csallner führt uns in diesem umfassenden, einfühlsamen Bildband mit über 360 Ansichten zurück in die Zeit vor 1945, und viele bekannte Orte, Erinnerungen an die Kindheit und Jugend, aber auch der Schmerz und die Wehmut über den Verlust der geliebten Heimat werden wieder lebendig. Brillante Fotos, eine große Vielfalt von Texten und erklärende Hinweise geben dieser Dokumentation einen bleibenden Wert.



Prof. Dr. Siegfried Neumann
Der Alte Fritz
Geschichten und Anekdoten aus dem Volksmund
Ein vergnüglicher und zugleich bibliophiler Band. 176 Seiten
Nr. A0836 **Gebunden** **14,95 €**



Atlas der Weltgeschichte
Mit 1.500 Karten und Abbildungen
Ein Atlas der Superlative, der in punkto Wissensvermittlung Maßstäbe setzt. Die ideale Verbindung aus anschaulich aufbereitetem Karten- und Bildmaterial sowie politischen, ökonomischen, demographischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Informationen gestattet eine einzigartige Sicht auf die Entwicklung der Menschheit sowie der Länder und Regionen. Verfasst wurde diese aktualisierte Neuauflage von renommierten Wissenschaftlern aus aller Welt. Während der erste Teil einen ausführlichen chronologischen Überblick über die wichtigsten Epochen verschafft, widmet sich der zweite Teil detailliert der regionalen Geschichte einzelner Gebiete und Kontinente. Der dritte Teil schließt das Buch mit einem umfangreichen Glossar mit Querverweisen und einem Register ab. Format: 37,4 x 27,4 cm. 352 Seiten
Nr. P A0687 **Gebunden mit Schutzumschlag** **49,95 €**



Lutz Dettman
Anu
Eine Liebe in Estland
320 Seiten/Gebunden
Nr. P A0513 **19,99 €**

Christoph besucht im Sommer 1938 Estland, um den Wurzeln seiner Familie nachzugehen. Die nächsten Wochen sind für ihn eine Reise in seine Kindheit und geführt von den Erinnerungen einer im Land gebliebenen Tante, in die Geschichte Estlands und die Rolle der meist deutschen Oberschicht. Anu lernt er auf der Insel Hiiumaa kennen und eine idyllische Liebesgeschichte beginnt im letzten Friedenssommer. Nach der Trennung durch den beginnenden Krieg und die Besetzung Estlands durch die Sowjets kommen sie erneut zusammen, halten aneinander fest. Ihre Liebe bleibt unbesiegt, eine Liebe, die die tägliche Angst vor dem Tod, Trennung und Leid überwindet.



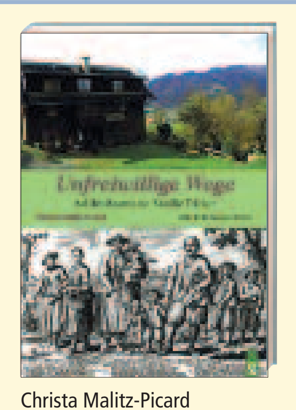
Irene M. Tschernak
Überleben im Schatten der Angst
178 Seiten
Gebunden
Nr. P A0813 **19,80 €**

Antonia ist temperamentvoll und selbstbewusst, Tochter eines Mecklenburger Kaufmanns, Ehefrau des Cellisten Alfred, Mutter der kleinen Marlene. Aber für die Nazis ist sie vor allem Jüdin. Ihre „privilegierte Mischehe" mit einem „Arier" bewahrt sie zunächst vor dem Schlimmsten, und so harrt die Familie im kriegsgeschüttelten Berlin aus und versucht dem Wahnsinn zu trotzen: mit Anstand und Hilfsbereitschaft trotz Misstrauen und Hass. Doch die Bedrohung bleibt stets spürbar: Die Schikanen durch immer neue „Judengesetze", die Angst vor Deportation, der Schrecken der Bombennächte und die Sorgen um Freunde und Verwandte sind Antonias ständige Begleiter.



Das große Preußenbuch für Kinder
Mal- und Rätselspaß rund um den Alten Fritz und Co.
64 Seiten/Gebunden
Nr. P A0709 **9,95 €**

Endlich ein Buch, das jungen Menschen die Geschichte und Gegenwart Preußens auf ansprechende und unterhaltsame Weise nahe bringt. „Das große Preußen-Buch für Kinder" gibt Raum für eigene Kreativität und führt Kinder von 6 bis 12 Jahren spielerisch an die schönsten Seiten der preußischen Geschichte wie auch der Berlin-Brandenburgischen Schlösserlandschaft heran. Zeichne dich selbst als Alten Fritz! Bau dir dein eigenes Gutshaus! Male das Kleid der Königin aus! Claas Jansen ist selbstständiger Illustrator für Verlage und Werbeagenturen, lebt in Frankfurt und hat dieses Werk für Kinder von 6 bis 12 Jahren verfasst.



Christa Malitz-Picard
Unfreiwillige Wege
Auf den Spuren der Familie Trinker
Gebunden mit Schutzumschlag. 223 Seiten
Nr. P A0568 **15,00 €**

Die Familiengeschichte beginnt 1687 mit der Geburt Wolf Drinkhers im Pongau, der zusammen mit seinem Bruder Hans als Bergbauernsohn im Salzburger Land aufwächst und 1731 aufgrund seines evangelischen Glaubens vertrieben wird. Als Teil des 20.000 protestantische Salzburger umfassenden Exilantenzuges machen sie sich auf den Weg nach Ostpreußen, wo sie mit ihren Familien eine neue Heimat finden und fortan Trinker heißen. Vier Generationen leben hier, bis sich die Familie Trinker am Ende des Zweiten Weltkrieges werden sie mit einem Großteil der ostpreußischen Bevölkerung vertrieben. Die Autorin zeichnet in ihrer detailreichen Familiengeschichte die Erlebnisse der Trinkers nach.

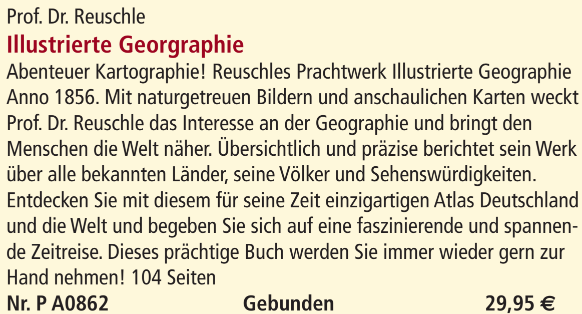


Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 **16,95 €**



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 **16,95 €**





Prof. Dr. Reuschle
Illustrierte Georgraphie
Abenteuer Kartographie! Reuschles Prachtwerk Illustrierte Geographie Anno 1856. Mit naturgetreuen Bildern und anschaulichen Karten weckt Prof. Dr. Reuschle das Interesse an der Geographie und bringt den Menschen die Welt näher. Übersichtlich und präzise berichtet sein Werk über alle bekannten Länder, seine Völker und Sehenswürdigkeiten. Entdecken Sie mit diesem für seine Zeit einzigartigen Atlas Deutschland und die Welt und begeben Sie sich auf eine faszinierende und spannende Zeitreise. Dieses prächtige Buch werden Sie immer wieder gern zur Hand nehmen! 104 Seiten
Nr. P A0862 **Gebunden** **29,95 €**



Hans-Jürgen Hufeisen
Kein schöner Land in dieser Zeit
Das Volksliederalbumg mit CD
Gebunden. 32 Seiten
Nr. P A0710 **6,95 €**

Hans-Jürgen Hufeisen begeistert als Blockflötist jung und alt. Bekannt wurde er vor allem durch seine Improvisationen über traditionelle Melodien. In diesem Buch mit CD nimmt er bekannte und beliebte Volkslieder als Ausgangspunkt für Improvisationen, die überraschen und anrühren. Die wunderschönen Fotografien und Meditationstexte von Hans-Jürgen Hufeisen zeigen, wie sehr der beliebte Musiker sich von Natur und Landschaften inspirieren lässt. Die im Buch enthaltene CD hat eine Spielzeit von 16:39 Minuten.



Friedrich Torberg
Die Tante Jolesch und die Erben der Tante Jolesch
Gebunden. 336 Seiten
Nr. P A0629 **9,99 €**

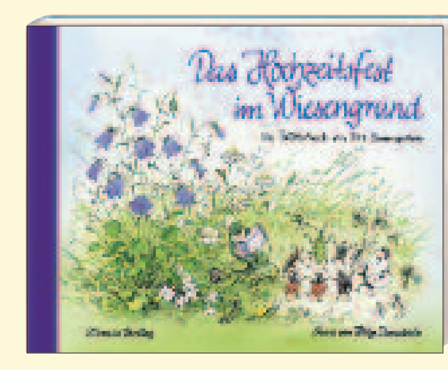
Zwei Meisterwerke voller Wehmut und Melancholie, aber auch voller hintergründigem Humor, Bonmots und Aphorismen. Mit viel Sprachwitz lässt Friedrich Torberg seine Tante Jolesch den Alltag in der jüdischen Bohème des nachkaiserlichen Wiens beschreiben und ihre seelenverwandten Erben von der unmittelbaren Vor-Hitler-Zeit, der Emigration und der Rückkehr nach Europa berichten. So beschwört der berühmte österreichische Schriftsteller die unvergleichliche Atmosphäre des versunkenen Österreichs herauf. Friedrich Torberg war wohl einer der letzten, der aus eigener Erinnerung die Atmosphäre des ehemals habsburgischen Kulturkreises so intensiv zu beschwören vermochte.



Kurfürstlicher Magenbitter
Ostpreußischer Likör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5687 **19,95 €**



Kuren-Kaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 **16,95 €**



Fritz Baumgarten
Das Hochzeitsfest im Wiesengrund (Format 26,5 x 21 cm)
Zur Käferhochzeit sind viele Gäste von nah und fern eingeladen. Doch bevor sie glücklich im Wiesengrund eintreffen, gibt es das eine oder andere Hindernis zu überwinden. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0849 **Gebunden** **8,95 €**



Fritz Baumgarten
Immerwährender Geburtstags-Wandkalender
Immerwährender Geburtstagskalender mit den wunderschönen Motiven aus Fritz Baumgartens Wichtelland mit Spiralbindung. 12 Blatt.
Nr. P A0846 **Gebunden** **6,50 €**



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 **19,95 €**



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 **19,95 €**



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 **19,30 €**



Schüttboden Herrenkümmel
Schlesischer Kümmelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5675 **17,90 €**



Rabenvater
Feinbitter
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5806 **17,90 €**

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Nicola Baxter
Geschichten aus der Spielzeugkiste
Könnten Spielsachen sprechen, würden sie manch interessante Geschichte erzählen. Zehn liebevoll illustrierte Geschichten aus dem Kinderzimmer vermitteln einen neuen Blick auf den Inhalt der Spielzeugkiste. 80 Seiten
Nr. P A0847 **Gebunden** **7,95 €**



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 **19,95 €**



Danziger Kurfürsten
Kräuterlikör
38 % vol., Flasche 0,5 Liter
Nr. P 5812 **14,50 €**



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Doppelt so viele Asylbewerber

Berlin – Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die erwartete Zahl von 2015 erwarteten Asylbewerbern von bislang 300 000 auf 400 000 angehoben, doppelte so viele wie im Vorjahr. Einige Bundesländer hatten bereits eine Prognose von 500 000 errechnet, was vom BAMF seinerzeit entschieden zurückgewiesen worden war. *H.H.*

Petition gegen Bargeldverbot

Berlin – Bereits kurz nach dem Start hat eine Internet-Petition gegen eine drohende Abschaffung des Bargelds bereits mehr als 14 000 Unterstützer gefunden. Initiator der Petition „Bargeld erhalten“ ist Sven von Storch, Ehemann der EU-Parlamentarierin Beatrix von Storch (AfD). Die Autoren der Petition halten die Möglichkeit eines Bargeldverbots (siehe auch Seite 7) für eine reale Gefahr und warnen: „Der gläserne Bürger wird Wirklichkeit.“ Unterzeichnen kann man die Petition unter der Netzadresse civilpetition.de *H.H.*

ZUR PERSON

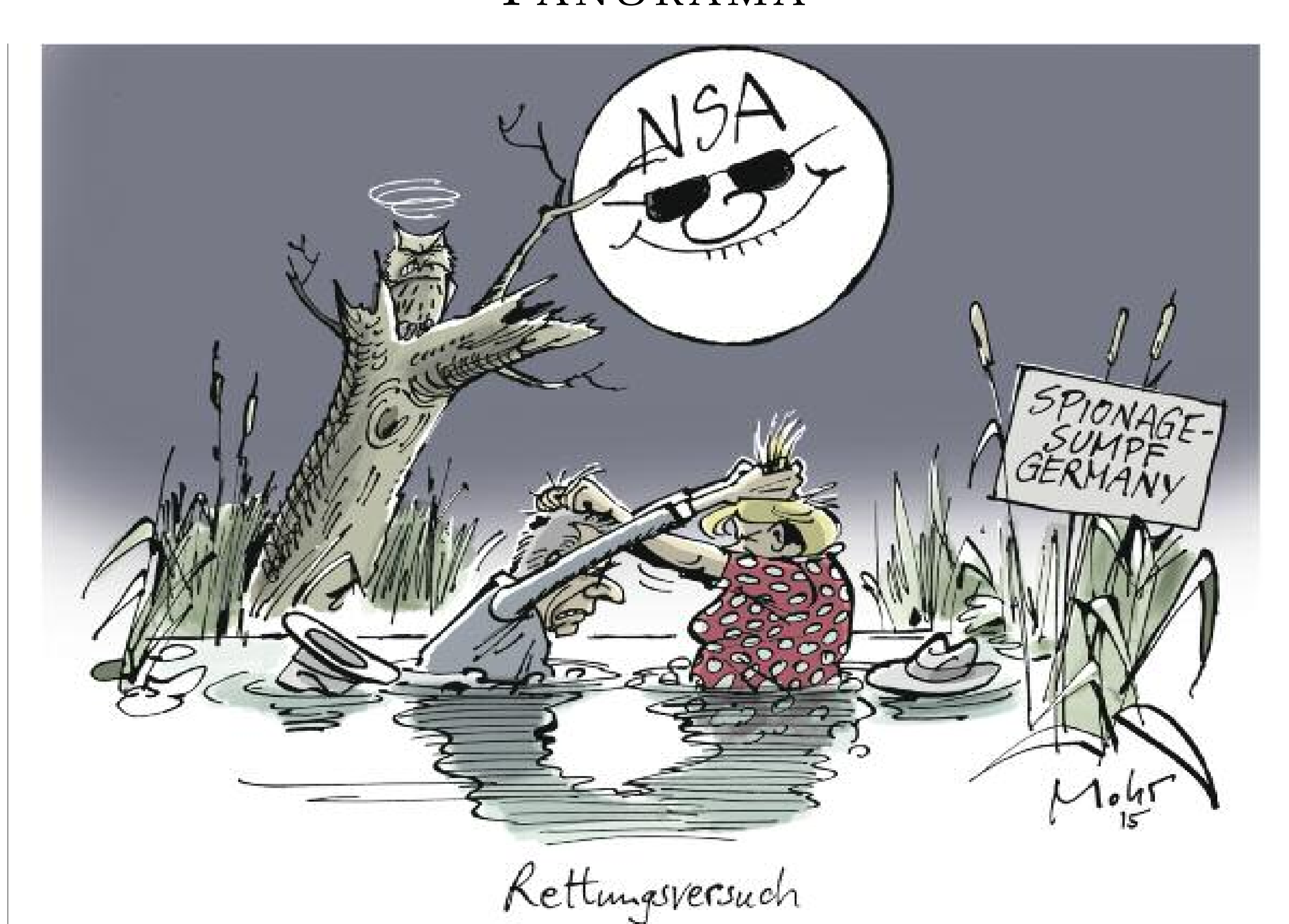
Ein gehasster »Bahnsinniger«

Den Titel „meistgehasster Mann Deutschlands“ trägt keiner gerne. Außer **Claus Weselsky**. Der Chef der Lokführergewerkschaft GDL nimmt diese „Auszeichnung“, die ihm einige Medien auf ihren Titelseiten andichten, stolz als Bestätigung seiner Beharrlichkeit. Seit dem Herbst 2014 verärgert er vor allem bahnreisende Pendler mit ständigen Warnstreiks. In diesen Tagen lassen die in seiner GDL organisierten 34 000 Lokführer und Zugbegleiter sogar eine ganze Woche lang die Züge stehen.

Für diese Standfestigkeit wird Weselsky von den eigenen Mitgliedern wie ein Star gefeiert. Nach einer Zugfahrt versammelte sich das Personal am Bahnsteig und applaudierte dem 56-jährigen Dresdner. Denn es geht um deren Existenz. Mit der Forderung nach einem eigenen Tarifvertrag will die Spartengewerkschaft verhindern, dass die mächtigere Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG mit ihren 210 000 Mitgliedern bei künftigen Tarifauseinandersetzungen die kleinere Schwester schluckt.



Der Sachse mit CDU-Parteibuch ringt wie Rambo als Einzelkämpfer ums Überleben als GDL-Chef. Der Ex-Lokführer fühlt sich allein im Führerhaus am wohlsten. Ohne je SED-Mitglied zu sein, wurde der geschiedene Vater eines Sohnes bei der DDR-Reichsbahn zum Lokführer ausgebildet. 1992 bediente er das letzte Mal den Schalthebel einer Lok, um sich dann der Gewerkschaftsarbeit zu widmen. Nachdem er 2012 als erster Mitteldeutscher den Vorsitz einer Gewerkschaft übernommen hatte, schaltete er zwei Stellvertreter aus, um seine als Lokführer gewohnte Alleinherrschaft ausüben zu können. Dafür wird er sogar innerhalb der GDL gehasst. Die Anti-Weselsky-Fraktion, die Vorgänger Schell gründete, besiegte ein kampferprobter Gewerkschaftsboss wie Weselsky mühelos. *Harald Tews*



Das Wasser steigt

Warum ein SPD-Politiker so geschockt ist, was seine eigene Partei damit zu tun hat, und wovor wir mehr Angst haben als vorm Atomkrieg / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wir halten den Atem an: In Weimar hat ein ruppiger Mob eine Kundgebung des DGB zum 1. Mai attackiert, vier Personen wurden verletzt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider wollte gerade seine Rede beginnen, da stürmten etwa 50 Extremisten auf den Platz, entrissen ihm das Mikrofon und brüllten Parolen wie „Arbeiterverräter“. Beim anschließenden Handgemenge kam es zu den Verletzungen.

„Ich stehe noch immer unter Schock. So etwas habe ich noch nie erlebt. Ich bin fassungslos“, so Schneider später. Laut „Tagesspiegel“ herrscht in Weimar „Entsetzen“. „Das war wie ein Überfall in den 30er Jahren“, so der 39-jährige Schneider, „als die Nationalsozialisten damals Veranstaltungen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften störten, wie man das aus Filmen über SA-Angriffe in der Nazi-Zeit kennt.“

Alle großen Medien haben den Skandal gemeldet, waren von dem Vorfall angewidert wie wir alle. Eine aggressive Rotte stürmt eine friedliche Versammlung, um sie auseinanderzujagen – ekelhaft, absolut inakzeptabel.

Dennoch löst Schneiders „Schock“ auch Verwirrung aus. Meint er etwa, dass sich so etwas seit den 30er Jahren in Deutschland nicht mehr ereignet hat? Seit Monaten versuchen politkriminelle Banden, die Versammlungen friedlicher Bürger mit Steinen, Flaschen, Fäusten und sogar Brandsätzen zu sprengen.

Ach so, das ist ja ganz was anderes: Dort sind die Gewalttäter Linke, während ihre Opfer meist zu Ablegern der Pegida-Bewegung gehörten. Selbst wenn die gleiche Gruppe von Menschen, demokratisch gewählte Politiker nämlich, von Extremisten bedrängt wird, ist das noch lange nicht dasselbe. Als linke Aktivisten kürzlich versucht haben, einen EU-Parlamentarier aus dem Zug zu drängen, spendeten Politiker von SPD und Linkspartei dem Mob sogar Beifall. Der Bedrängte war ja bloß AfD-Sprecher Bernd Lucke (die *PAZ* berichtete).

Es gab einmal einen strikten demokratischen Konsens in diesem Land: Man mochte politisch noch so weit auseinanderliegen, sobald jemand gewalttätig attackiert oder an der Ausübung seiner Rechte gehindert werden sollte, standen alle anderen wie ein Mann zu ihm. Das Bedrängen eines EU-Abgeordneten oder die gewaltsame Blockade einer friedlichen Bürgerversammlung wäre seinerzeit von allen aufs Schärfste verurteilt worden. Und zwar aus ehrlichem Herzen, denn die Weimarer Zustände steckten noch allen in den Knochen.

Seit Jahren schon aber bohren Angehörige des linken Spektrums bis weit in die „Mitte“ hinein Löcher in den Rumpf dieses Konsenses in dem festen Glauben: Sinken tun ja sowieso nur die anderen.

Nun spürt ein Mann wie Carsten Schneider plötzlich, wie das Wasser an seinen Knöcheln hochsteigt. Das kann einem schon mal einen „Schock“ versetzen.

> Seit Jahren bohren sie Löcher in den demokratischen Konsens – nun beginnt er zu sinken

Sie bohren dennoch weiter. Am selben Tag marschierten 270 „Antifaschisten“ durch das Dorf Tröglitz, in dem zu Ostern der Dachstuhl eines unbewohnten Asylheims ausbrannte. Wer die Täter waren, ist immer noch unbekannt, was die politische und mediale Öffentlichkeit wie üblich nicht daran hindert, trotzdem jemanden als Schuldigen festzunageln: die Bürger von Tröglitz.

Aufgestachelt von der monatelangen Hatz auf das 2800-Seelen-Dorf zogen die Linken, die mit Bussen aus Berlin, Halle und Leipzig gekommen waren, durch den Ort. Sie beleidigten die Bewohner aufs Übelste und schleuderten Flaschen gegen deren Häuser. „Wir sind hier aus purer Feindschaft gegen eure Dorfgemeinschaft“, lautete eine der Parolen, andere hießen „Drecksnest“, „Nie wieder Deutschland“ oder „Kühe, Schweine, Ostdeutschland“. Aus Furcht vor linker Gewalt sagten die Tröglitzer ihr Maibaumsetzen ab, zumal dabei auch ein Kinderfest geplant war.

Eine wüste Horde von Fanatikern fällt also über ein Dorf her, terrorisiert und beleidigt die Einwohner. Wie reagiert die große Politik? Richtig: gar nicht.

Wie lange kann ein demokratisches Gemeinwesen eigentlich so vor sich hingammeln, bis das ganze Gebälk zusammenkracht? Ach, das kann noch sehr lange gehen. Vor allem die Westdeutschen, deren Diktaturerfahrung längst verblasst ist, sind folgsamer denn je. Wie im Dämmerschlaf brabbeln wir jeden Blödsinn nach und holen uns unsere „Überzeugung“ aus der „Tagesschau“. Selbst vor einem Atomkrieg scheinen wir weniger Angst zu haben als vor jenem grässlichen Monster namens „Eigene Meinung“. Man könnte ja anecken!

Neulich habe ich jemanden ganz fies reingelegt und ihn gefragt: „Stell dir vor, da latscht ein Wildfremder in deine Wohnung. Er sagt, bei ihm zu Hause gefalle es ihm nicht mehr, deshalb müsstest du ihm bei dir ein Zimmer freimachen, außerdem wolle er zu essen und zu trinken gratis sowie Taschengeld, und seine Arztrechnung sollst du gefälligst auch bezahlen. Was würdest du machen?“

Mein Bekannter hat den Braten natürlich gerochen: Ich hatte von den meisten der sogenannten „Flüchtlinge“ geredet. Die Masse der so Benannten ist bekanntlich gar nicht vor Verfolgung oder Krieg geflohen, sondern aus demselben Grund in unser Land gekommen wie der imaginäre Wohnraumbesetzer in die Wohnung. Und mit demselben Recht, nämlich keinem.

Ich konnte beobachten, wie es in dem verunsicherten Bekannten zu rumoren begann. „Das kann man nicht vergleichen!“ „Und wo ist der Unterschied?“, fragte ich zurück. Und wieder: „Das kann man nicht vergleichen.“

Als ein befreundetes Ehepaar mit mutmaßlich politisch-korrektem Weltbild zu uns stieß, bekam es der Bekannte regelrecht mit der Angst zu tun. Angst vor seiner eigenen Meinung, sprich davor, dass jemand mitbekommen könnte, dass er in der „Flüchtlingsfrage“ vom Mainstream weniger überzeugt ist, als er tut. Unbeholfen versuchte er, das heikle Thema zu verlassen. Großmütig spielte ich mit und dachte nur: du armes Schwein.

Das muss es wohl sein, was die Leute meinen, wenn sie von unserem Staat als der „DDR light“ sprechen. Bei meinen Besuchen in der „Zone“ habe ich erlebt, wie ein eben noch offenherziges Gespräch über Politik von einer Sekunde auf die andere zum Thema Fußball hinüberglitt, weil sich jemand dazugesellt hatte, den man nicht so recht einordnen konnte, so wie mein Bekannter.

Aber sind wir deshalb schon eine „DDR light“? Ist das nicht ziemlich polemisch?

Klar, denn erstens stehen die meisten von uns materiell viel besser da als die armen Brüder in Honeckers Reich, und wir dürfen reisen und wählen gehen. Zweitens haben wir einen viel zeitgemäßeren Grund dafür, heikle Themen zu meiden.

Im SED-Staat konnte ein gefährlicher Zungenschlag der falschen Person gegenüber ernste Konsequenzen zeitigen. Wir dagegen riskieren meist nur, dass uns vermeintliche „Freunde“ von ihrer Telefonliste streichen oder man uns ebenso dumme wie garstige Unterstellungen an den Kopf wirft. Für Leute mit DDR-Erfahrung sind solche „Drohungen“ vermutlich lachhaft. Da sind wir viel empfindsamer, denn wenn man sich erst mal eingerichtet hat in seiner Feigheit, ist jede noch so kleine Zumutung schon viel zu viel fürs zarte Gemüt.

Daher können wir diese Montagsspazierer in Dresden nicht ausstehen. Die scheren sich offenbar keinen Deut darum, ob sie wegen ihrer Meinung angegiftet werden. Sie sagen sie trotzdem, einfach so. Das ist uns unheimlich, mit denen kann irgendetwas nicht stimmen.

Die müssen einfach „böse“ und „gefährlich“ oder wenigstens „verblendet“ und „dumm“ sein. Denn wären sie es nicht, müssten wir uns selbst ziemlich peinlich sein.

Indes, auf eines dürfen wir stolz sein: Mit Figuren aus unserem Holz kann ein demokratisches Gemeinwesen noch sehr lange weitergammeln – wenn nur die Weckrufe aus Dresden endlich verstummen.

MEINUNGEN

Die frühere Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, ***Erika Steinbach****, erklärt im „Spiegel“ (2. Mai), warum der 8. Mai 1945 für Millionen Menschen* ***kein „Tag der Befreiung“*** *war.*

„Wie erklären Sie deportierten Kindern, Frauen, Männern, dass sie ‚befreit‘ wurden? Oder den Millionen, die vertrieben wurden? Was denken die vielen Frauen, die nach Kriegsende von sowjetischen Soldaten vergewaltigt wurden? ... Für den Menschen, der Opfer wird, ist egal, wer ihn quält. Erst wenn die Qual aufhört, ist er befreit. Wenn eine neue Qual kommt, nicht.“

Der designierte ***Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels*** *kritisiert im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“ (30. April) die kaum durchdachten Bundeswehrreformen und nennt sie* ***„Pseudo-Optimiererei“****, mit der Schluss sein müsse:*

„Das Hin und Her mehrerer zu schnell aufeinander folgender Strukturreformen nervt die Truppe enorm. Da ist viel Motivation vernichtet und Geld verbrannt worden ... Die Bundeswehr sollte nicht mit Karrieregeschwurbel und Hochglanzzackigkeit werben, sondern mit der unperfekten Welt, in der Soldaten einen Beitrag leisten, weil es anders nicht geht.“

Fast 17 Jahre nach seiner legendären Rede in der Paulskirche, in der er die ***„Instrumentalisierung“ des Holocaust*** *„für gegenwärtige Zwecke“ anprangerte, präzisiert der Schriftsteller* ***Martin Walser*** *im „Spiegel, (2. Mai), wen er damit gemeint habe:*

„Es war vielleicht leichtsinnig von mir, von der Instrumentalisierung des Holocaust zu sprechen, ohne Namen zu nennen. Ich habe an Günter Grass, Joschka Fischer und Walter Jens gedacht. Ignatz Bubis hat geglaubt, ich würde ihn damit meinen. Das war natürlich fatal.“

Für ***Konrad Kustos*** *ist die* ***parlamentarische Demokratie*** *der Bundesrepublik* ***am Ende****. Im Portal „geolitico.de“ (3. Mai) stellt er ernüchtert fest:*

„Normalerweise würde sich in einem funktionierenden Parteiensystem fast jede Partei gierig auf die potenziellen Wähler stürzen, die Schwierigkeiten mit dem Einwanderungsstrom haben, und man würde zumindest vorgeben, sich ihrer annehmen zu wollen. Stattdessen artikuliert das postdemokratische Parteienbündnis mit einer Stimme Hass und Verachtung gegen die, die es vertreten sollte ... Die parlamentarische Demokratie hat vielleicht nie wirklich gut funktioniert – jetzt ist sie am Ende.“

In seinem Blog „Denken erwünscht“ (2. Mai) echauffiert sich ***Klaus Kelle*** *über die* ***Gleichgültigkeit****, mit welcher die Bundesbürger die linken* ***Krawalle*** *zum 1. Mai quittieren:*

„Auf jeden Fall muss die Polizei deeskalieren, damit sich die neue SA auf den Straßen deutscher Großstädte nicht provoziert fühlt, zum Beispiel durch grimmigen Gesichtsausdruck eines Beamten oder die bloße Anwesenheit Uniformierter. Die Polizisten, die für uns alle die Knochen hinhalten, wie man das in meiner Heimat sagt, dürfen nicht nur keinen Dank der Gesellschaft erwarten, sondern nicht einmal Interesse. So, wie übrigens auch unsere Soldaten. Es ist schäbig.“